

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

(28.5.1866) Stenographischer Bericht über die 44. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer vom 28. Mai 1866

Stenographischer Bericht

die 44. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer vom 28. Mai 1866.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. Von Seiten der Regierung anwesend: Ihre Excellenzen die Staatsminister Dr. Stadel und v. Edelheim, Generalleutnant Ludw. v. Ig und Staatsrath Dr. Kamey. Tagesordnung: Berathung des vom Abg. Kirchner erstatteten Berichts über die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits im Betrag von 1,070,800 fl. zur Bewilligung von 1400 Militärpferden.

Nach Eröffnung der Diskussion erhält das Wort v. v. K. o g e n b a c h: Ich habe in einer der letzten Sitzungen eine Interpellation an die große Regierung angeknüpft, über deren Gründe und Veranlassung ich bereits Gelegenheit hatte, mich in diesem Hause auszusprechen; zunächst, als ich dieselbe ankündigte; dann, als ich sie auf die heutige Diskussion vertagte. Dennoch will ich kurz wiederholen, was meine Absicht bei der Ankündigung dieser Interpellation war. Es war eine doppelte: Einmal war es mein Wunsch, der großen Regierung Gelegenheit zu geben, so weit es mit den Interessen, die sie zu vertreten hat, verträglich sein könnte, sich über die Zielpunkte ihrer Politik in diesem gegenwärtigen ersten Augenblicke, dem vernünftigen, der vielleicht seit lange über unser Vaterland gekommen ist, offen vor diesem Hause auszusprechen. Sodann war mein weiterer Wunsch, auch in diesem Hause Gelegenheit zu geben, seine eigenen Ansichten in dieser Frage kund zu thun, damit auch die Regierung sich ein Urtheil über die Wünsche und Interessen des Landes bilden könne. Es schien unumgänglich, daß auch die Vertretung des Landes offen ausspreche, welchen Gang man von Seiten dieses Hauses die große Regierung nehmen sehen möchte. Ich glaube, Sie werden Alle mit mir einverstanden sein, daß noch niemals ein Moment war, wo es so wichtig für das Land, wie die Regierung war, daß beide, das gesammte Volk und die Regierung vollständig einig zusammen gehen und daß noch nie ein Augenblick war, in welchem notwendiger gewesen wäre, daß auch innerhalb der Bevölkerung das bestimmte und klare Bewußtsein geweckt werde, und vollständiger Aufschluß gegeben werde, zu welchem Ende die großen Opfer aufgetragen werden, welche die Regierung im Besitze ist, zu verlangen und mit welchen Ausblicken das badische Volk den Gefahren entgegen geht, welche ein allgemeiner Krieg oder eine nur ernste Uneinigkeit der größten deutschen Staaten für jeden einzelnen Theil mit sich führt. Ich glaube, das Haus hätte erwarten können, daß die große Regierung von vornherein ohne alle unangenehme Rücksicht auf die kleinsten Mängel, die daraus etwa hervorgehen könnten, wenn auch mit steter Rücksicht auf die höchsten Interessen, die eine Regierung zu beobachten hat, unerschrocken und wahrhaftig unparteiisch, die die große Regierung gemacht hätte, sowohl über die Vermählungen, die die große Regierung aufwände, um die gegenwärtigen Gefahren zu verhindern oder um denselben noch jetzt vorzubeugen. Als die Regierung freilich den Wunsch aussprach, diese Mittheilungen lieber in der Kommission über die Rüstungsanforderung, als selbst in geheimer Sitzung zu machen, so ist die Kammer mit Bereitwilligkeit diesem Wunsche entgegen gekommen. Ich hoffe, die große Regierung wird darin einen neuen Beweis finden, wie das hohe Haus das erste Bestreben hat, der Regierung jede Unterstützung zu Theil werden zu lassen, die sie nur wünschen kann. Dadurch ist aber die Pflicht für uns nicht geringer geworden, unsere Ansicht und Anschauung ebenso offen und unumwunden auszusprechen und der großen Regierung damit eine feste Grundlage für ihr ferneres Verhalten zu geben. Diese Pflicht besteht nicht nur der großen Regierung gegenüber, sondern wir haben dieselbe auch gegenüber dem Land und über dasselbe hinaus gegenüber den übrigen deutschen Kammern und gegenüber dem ganzen deutschen Volk. Wir dürfen nicht vergessen, daß zu der Zeit, als diese Frage an uns herantrat, die badische Kammer allein, verammelt waren von allen deutschen Kammern, daß wir also die einzigen Repräsentanten der Stimmung des deutschen Volkes waren in dieser Stunde, welche über seine Geschichte auf lange hin entscheidend ist. Ich glaube, diese Betrachtungen werden genügen, um darzutun, wie wichtig es ist, daß endlich, wenn auch in diesem späten Zeitpunkt in diesem Hause, eine Diskussion über die Frage stattfindet, wie dieses Land und dieses Volk sich zu dem Kampfe stellen soll, der unaufhaltsam über das Vaterland hereinzubrauchen droht. Bei einer früheren Gelegenheit hat dieses Haus zwar in der Lage, sich über die Angelegenheit der von der königl. preussischen Regierung angeregten Bundesreform auszusprechen, durchaus aber nicht darüber, welche Stellung in der Kriegesfrage eingenommen werden soll. Weil ich aber weiß, wie sehr die große Regierung befohlen ist, daß durch die Diskussion vielleicht ihre Stellung in den Unterhandlungen und die Möglichkeit, auf dem Wege der Unterhandlung noch ferner für den Frieden zu wirken, gefährdet werden könnte, so will ich absehen, überhaupt irgend eine Anfrage an die Regierung zu stellen. Ich will ihr vollständig überlassen, dem Hause das zu sagen, was ihr zulässig und wünschenswerth erscheint und nehme dafür nun auch für mich die volle Freiheit in Anspruch, auch ohne Rücksicht auf jede diplomatische Bedenklichkeit um so offener meiner Seite den Standpunkt zu bezeichnen, den die große Regierung in der gegenwärtigen Lage einnehmen müßte und — ich zweifle nicht — auch einnehmen wird. Ich will dabei Alles vermeiden, was nicht streng zur Diskussion und zu der Ausführung gehört, die ich vor diesem Hause heute zu machen wünsche. Ich werde namentlich den ganzen patriotischen Theil andern Rednern überlassen, die dafür geeigneter und geschickter sind. Bevor ich aber zu dem eigentlichen Gegenstande übergehe, muß ich sagen, daß die Lage, in der wir uns befinden, in der That eine unerhörte ist, denn unerhörte ist es, daß in einer deutschen Kammer Anforderungen an Bewilligung von Rüstungen gestellt werden, wozu alle und jede Begründung fehlt. Ich bin weit entfernt, indem ich dies sage, der großen Regierung einen Vorwurf aus dieser Kargheit zu machen, sondern ich will

damit nur die ganz ungeheure Lage selbst mit einem Worte kennzeichnen. Es werden Mittel zu einer Rüstung gefordert, wo keine Gefahr ist, wo wenigstens keine nachgewiesen wird und wo auch zur Stunde kein Bundesbeschluß vorliegt, der diese Rüstung verlangt und durch sein Verlangen rechtfertigen könnte. Sie werden gefordert nicht gegen eine Bedrohung vom Ausland her, sondern zum Krieg einzelner Theile des deutschen Volkes gegen einander, also zu einem Kampfe, den ich, wenn ich ihn nicht Bruderkrieg nennen soll, brudermörderischen Krieg nennen muß. Das ist eine Lage, in der eine deutsche Kammer noch nie gewesen ist und ich hoffe, daß auch keine Kammer jemals wieder in eine solche Entscheidung gestellt werden wird. Unsere Lage ist aber auch unerhört in einer zweiten Beziehung; denn ich muß sagen, daß mit der Vertheilung am Kriege die größte Gefahr über uns hereinbrechen wird, die überhaupt über uns kommen kann, die Bedrohung unserer staatlichen Existenz und des ganzen territorialen Systems in Deutschland, auf dem unsere Existenz ruht. Es wird Niemand in Deutschland sein, der nicht sagen wird, wenn wir in die Lage kommen, von dieser Rüstung Gebrauch machen zu müssen, und wenn dies auch geschehen soll, zur Aufrechterhaltung des deutschen Bundes, daß es dann mit dem deutschen Bunde vorüber ist und das deutsche Volk zu sehen mag, wie der schwerste Schaden für seinen nationalen Bestand vermieden wird — und daß es dies nur thun kann und thun wird, wenn es seine nationale Zusammengehörigkeit und die Liebe des Vaterlandes über alles Andere stellt. Es mag etwas Neues kommen nach diesem Kriege; das ist möglich, mit dem alten Bunde aber, für den wir in den Krieg gehen sollen, wie es scheint, wird es vorüber sein und wie sehr wir auch gerade in Baden für unsere parafutäre Zukunft Garantien haben durch die Einigkeit, welche zwischen Fürst und Volk besteht, so können doch auch für uns Momente eintreten, die diese sicherste Stellung, die irgend ein deutscher Staat hat, und damit auch unsere eigene Selbstständigkeit bedrohen. Man sagt zur Begründung dieser Rüstungsforderung und weiter nichts, als „die Verhältnisse“ bringen sie mit sich. Sie werden mir erlauben, daß ich deshalb eine etwas genauere Untersuchung über diese Verhältnisse anstelle, die uns das Angeheuer zumuthen, um uns in einen Krieg gegen unsere deutschen Mitbürger zu stürzen. Ich wiederhole dabei ausdrücklich, daß ich damit durchaus nicht irgend etwas sagen werde, was gegen die große Regierung und gegen die Vorlage gerichtet sein könnte.

Der Ausgangspunkt aller dieser „Verhältnisse“ dieser unheiligen Verwicklung ist wie Allen wohlbekannt, die schlechtholsteinische Frage. Ich kann vollständig unterlassen, irgendwie auf deren Gang zurückzukommen. Nur einen Punkt muß ich hervorheben, den nämlich, daß, wie sehr wir in diesem Hause, und ich speziell in meiner früheren Stellung und auch später von dieser Stelle aus, die Politik verurtheilt haben, welche sowohl Preußen als Oesterreich in den Herzogthümern verfolgt hat, wir Alle doch dem weiteren geschichtlichen Gang der Ereignisse auch Rechnung tragen; und wie müssen Alle sagen, daß zur Zeit daselbst ein Zustand geschaffen wurde, den wir Alle mißbilligen, den wir aber mit Waffen ungeschicklich zu machen für uns heute keinerlei Pflicht vorliegt. Es war ein Augenblick zu Anfang dieser Verwicklung, wo das geschlossene Auftreten der süddeutschen Mittelstaaten für Das, was sie als Recht erkannt hatten, dem von ihnen vertretenen Standpunkte vielleicht zum Siege hätte verhelfen können. Es war der Moment, wo die große Regierung selbst in der Lage war, Zeugnis zu geben für den Glauben, mit welchem sie dieser nationalen Sache sich hingab, indem sie in Würzburg anregte, mit Aufbietung selbst der äußersten Mittel, für dieselbe und für Mittheilung am Kriege, einzutreten, um gerade zu verhindern, was durch Nichttheilnahme für diese Staaten nunmehr hervorgegangen ist. Ob zur Zeit aber die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer gleichen Politik noch vorliegt, ob es heute an der Zeit ist, in der heftigsten Sache aktiv zu werden, noch dem, es in drei Jahren nicht geschehen ist, dürfte bezweifelt werden. Um so mehr, als Jeder sich erinnern muß, daß zur Zeit ein Bundesbeschluß, welcher das formelle Recht irgend eines Prätextes in's Klare stellt, nicht vorliegt und zwar aus dem bestimmten Grunde nicht vorliegt, weil zur Zeit keine Majorität zu der Anschauung des rechtlichen Standpunktes, den die süddeutschen Staaten innegehalten haben, zu Stande zu bringen ist, und weil überhaupt der Bund formell über das Herzogthum Schleswig, vor dessen Aufnahme in den Bund, nicht beschließen kann. Die Sache liegt also so, daß da zur Zeit eine Bundesmajorität für irgend eine Lösung, auch nicht die von der großen Regierung stets geforderte Selbstbestimmung des Volkes der Herzogthümer vorhanden ist — wir genöthigt sind, unsere Parteinahme, so weit die schlechtholsteinische Angelegenheit die Grundlage der „Verhältnisse“ abgibt, auf welche die Vorlage zur Rechtfertigung der Rüstungsforderung Bezug nimmt, auf ganz andere Erwägungen, als unsere Auffassung der Successionsfrage zu bauen. Wir müssen uns vielmehr fragen, welches die Momente und Gesichtspunkte sind, nach welchen diese Parteinahme sich ganz absehen von ihr regeln könnte und da glaube ich, wird das Haus und die Regierung einverstanden sein, daß durchaus kein Grund für uns zur Zeit vorliegt, irgendwie eine der beiden Großmächte durch unsere kriegerische Unterstützung zu bevorzugen. Beide haben etwas gethan, was wir verurtheilen, sie haben sich in den Besitz eines Landes gesetzt, auf das sie kein Recht haben, und haben das Recht des Landes gebrochen, das zunächst ein Recht an sich selbst hat. Durch internationale Verträge ist ein Theil an Preußen überliefert, ein anderer an Oesterreich gewiesen. Ist bundesrechtlich etwas verwerflich an diesem Besitze, so ist es kein Zweifel, daß es der österreichische Besitz Holsteins noch weit mehr ist, als der Besitz Preußens in Schleswig, das dem Bund zur Zeit noch fremd ist. Für uns stehen beide Großmächte aber auch deshalb ganz in gleicher Lage, weil sie beide auf der Basis des Wiener Friedens stehen und das ist, so sehr der Fall, daß auch noch heute beide, Oesterreich mit eingerechnet, auf derselben in den Krieg gehen

und daß auch noch zur Stunde Oesterreich bereit ist, den Besitz Holsteins an Preußen zu cediren, wenn ihm nur dafür eine genügende Entschädigung gegeben wird, und daß es sehr gerne dann auf jede bundesrechtliche Lösung verzichten würde. Auch die Stellung, in der wir zu der holsteinischen Regierung in Kiel stehen, hat an Innigkeit für das Land und auch für die Regierung verlieren müssen, denn die große Regierung wird wohl wissen, daß die herzogliche Regierung in Kiel sich nicht die Aufgabe gestellt hat, in dem Gegensatz zwischen den Großmächten, die schon von weither mit einer schweren Verwicklung drohen, zu vermitteln, sondern daß gerade ihr Agent in Wien, mit unter den ersten gewesen ist, welcher das Kriegsfeuer angeblasen hat. Ich erwarte, daß diese meine Behauptung von irgend einer Seite widerprochen wird. Das ist also auf jeden Fall aber auch richtig, daß kein Recht eines einzelnen deutschen Fürstenhauses, auch nicht das klarste, auch nicht das des Herzogs von Augustenburg, und gar kein Bestehen eines einzelnen Staates wichtig und groß genug ist, um daß darüber ein solcher Krieg entstehen dürfte, wie der ist, der uns bedroht, und Recht und Glauben aller Throne und Völker in Frage stellt. Ich hätte daher jeden Schritt von Seiten des Herzogs von Augustenburg, jedes auch weitgehende Maß von Verzicht auf irgend welche bevorzugte Stellung mit Freude gesehen, damit diese Karolinate vermieden worden wäre, um der Nation willen und als Zeugnis einer aufgeklärten Vaterlandsliebe. Ich hätte geglaubt, daß er dadurch nur eine würdige patriotische Bestimmung an den Tag gelegt haben würde, die das Wohl der Gesamtheit, nicht allein sein eigen Recht, spürsüchtig und juristisch im Auge behält. Ich glaube, daß dies geschehen könnte, ohne daß derselbe irgendwie seiner Fürstwürde, und noch weniger seinem Lande, geschadet hätte; im Gegentheil, er würde seiner Sache genügt haben, und es würde als Lösung dann immerhin eine landesherliche Stellung von legendärer Wirksamkeit für ihn hervorgegangen sein. Jetzt sehe ich hiezu fast jede Aussicht verloren, denn wenn auch dieser drohende Krieg zu Ende geführt wird, so glaube ich, kann darüber kein Zweifel sein, daß in dem künftigen Frieden, wenn auch Preußen unterliegt, das Wiener Cabinet gewiß viel besser und nützlichere Dinge zu thun haben wird, als daß es auf dem Besitze und die Wiederherstellung des Herzogs von Augustenburg Werth legen sollte, den es bis zur Stunde als berechtigt anzuerkennen gezeugt hat. Weit eher wird es für das Wiener Cabinet angebracht sein, den Besitz von Schlesien für sich zu sichern und dies wird unzweifelhaft auch der Fall sein, ohne daß ich meiner Seite dem österreichischen Cabinet bei solcher Wahl des Siegespreises Vorwürfe machen könnte. Ich wiederhole also, die Verhältnisse, von denen gesprochen wird, liegen nicht in der schlechtholsteinischen Frage.

Man wird mir sagen, ja die Verhältnisse, die wir meinen, sind die allgemeine Lage. Man rüftet in Oesterreich, in einem bedenklichen Umfang und in Preußen in einem nicht minder bedenklichen. Alle Nachbarn rüsten. Es ist also unmöglich, daß wir ungerüstet bleiben. Damit bin ich vollständig einverstanden und werde der Regierung gerne jede Forderung bewilligen, da ich vollkommen überzeugt bin, daß diese Rüstung im Interesse des Landes verwendet werden wird. Sehen wir aber der Sache etwas näher ins Auge, so müssen wir uns sagen, daß die Bedrohung, die in dieser Rüstung Oesterreichs und Preußens liegt, immerhin nur eine Rüstung im gewissen Umfang verlangt. Ich weiß nicht, wie die Geschichte überhaupt irgend groß sein soll, die wir von Oesterreich zu erwarten haben, und was die Gefahr betrifft, die wir von Preußen zu erfahren haben, so ist diese so mäßig, ich möchte sagen illusorisch, daß wir nur eine kleine Rüstung notwendig haben, um etwa ein Observationscorps gemeinschaftlich mit den süddeutschen Regierungen gegen die Grenze aufzustellen, die wir bedroht glauben. Aber den letzten Mann im Lande, und Alles, was geht und steht anzubieten, wie es in Hessen und Württemberg geschrieben soll, dazu muß ich sagen, scheint mir in der allgemeinen Lage ein Grund nicht vorzuliegen. Ich sage, die Bedrohung, welche von Seiten Preußens stattfindet, ist nicht so groß, denn wenn ich recht unterrichtet bin, war Preußen von jeher bemüht, die deutschen Staaten darüber zu beruhigen, daß preussischer Seite kein Angriff auf sie irgend in dem Sinn kommen könne. Ich glaube nicht, daß der kriegerische Muth in Berlin so stark ist, daß man sich wirklich muthwillig durch einen Angriff auf diese andern deutschen Staaten, die 200,000 Mann in's Feld stellen können, auch deren Gegnerschaft auf den Hals laden werde, zu den 800,000 oder 900,000 Oesterreichern, mit denen man, wenn die Zeitungsberichte nicht irre, ohnedies zu thun haben wird. Die allgemeine Lage, so weit deutsche Staaten in Frage stehen, rechtfertigt eine Rüstung, wie unsere Nachbarn sie treffen, eine Rüstung in diesem Umfang nicht, wie sie in Süddeutschland in's Werk gesetzt werden soll. Ich wiederhole, es würde höchstens gerechtfertigt sein, ein Observationscorps aufzustellen, wenn man sich überhaupt von Kreuznach her bedroht glaubt, was ich meiner Seite gar nicht thue, um so weniger, als ich bestimmt weiß, daß zur Zeit als die süddeutschen Stämme durch die Nachricht des angeblichen Lageres in Kreuznach in Kriegesstimmung geredet werden sollten, in Kreuznach gar kein Lager war und das 8. preussische Armeecorps erst in Folge der hessischen und württembergischen Kriegeslebenshaft mobilisirt wurde. Ich bin auch noch heute überzeugt, daß, wenn in dieser Hinsicht ein Wunsch ausgesprochen würde, die preussische Regierung sich gerne herbeilassen würde, dieses Kreuznacher Corps zurückzuziehen, oder sonst wo aufzustellen, wo es keinen Vorwand zu Gegenrüstung abgeben kann. Auch die Bedrohung vom Auslande her scheint mir zur Zeit diese umfassende Rüstungen nicht zu rechtfertigen. Man hat gesagt, es könne von Italien her der Bundesgrenze Manches drohen, und ich will nicht läugnen, daß wenn es in Venedig zum Kriege kommen wird, die Bundesgrenze gefährdet sein kann. Aber ich glaube nicht, daß die italienische Regierung so gar unbesonnen und eifrig sein wird, dieses Resultat herbeizuführen, um auch mit dem Bunde in Krieg zu kommen. Was aber die Nothwendigkeit der Vertheidigung von

Venetien angeht, so weiß ich, daß in Süddeutschland sehr viele Personen der Meinung sind, daß die Festhaltung von Venetien ein wesentlicher Schutz der deutsch-nationalen Territorialinteressen sey. Seitdem ich aber weiß, daß die österreichische Regierung schon seit längerer Zeit nicht prinzipiell gegen die Aufgabe dieses Landstriches Einwendungen macht und schon längere Zeit ein Aufgeben in ihre Kombinationen aufgenommen hat und es sich dabei nur noch um die Gegenleistung handelt, so bin ich meiner Seite etwas beruhigt über diesen Punkt und seitdem ich weiß, daß unter Umständen sogar für diesen Besitzstand nicht allein eine Entschädigung in außerdeutschen Gebietstücken, z. B. in der Türkei in's Auge gefaßt wird, sondern auch eine Entschädigung, die auf deutscher Erde liegen könnte, bin ich vollkommen beruhigt. Also auch die Bedrohung Venetiens kann keinerlei Begründung der Rüstungen abgeben. Es bleibt also nur noch eine Bedrohung durch unsern Nachbar im Westen übrig — an die gedacht werden könnte. Da muß ich sagen, daß bisher die süddeutschen Staaten sich in einem ganz ausgezeichneten Maße der freundschaftlichen Gesinnung des erleuchteten Beherrschers der Franzosen zu erfreuen haben, so daß mir von dieser Seite sehr wenig und am allerwenigsten eine Gefahr zu drohen scheint, am allerwenigsten jetzt, in einem Augenblick, wo die Beschließung des Kongresses angeregt ist. Will wenig eine Bedrohung durch das Ausland vorliegt, mag aber auch der Umstand bezeugen, daß gerade gegenwärtig die Bundesversammlung ein von fast allen deutschen Staaten gestellter, von den Großmächten nicht widersprochener Antrag auf Abrüstung vorliegt und eine Rüstung Angesichts dieses von der großh. Regierung selbst gestellten Antrags fast etwas Komisches hat. Es bleibt unverständlich, daß ein Gesichtspunkt, der allerdings von größter Wichtigkeit ist, —

Es ist die Thatsache eines drohenden Krieges zwischen zwei großen Armeen wie die deutschen Großmächte und die Nothwendigkeit für die Mittelstaaten dieser Thatsache gegenüber eine selbstständige Stellung einzunehmen. Wenn also die Rüstungen irgend einen verhängenden Grund haben, so haben sie ihn darin, daß die Mittelstaaten das Bedürfnis haben, ihrer politischen Stellung einen militärischen Hintergrund zu geben und insofern bin ich mit einer Rüstung vollständig einverstanden, daß wenn dies die Quelle der Rüstung ist, dies äußerst zweckmäßig und wünschenswert ist. Wir haben aber gewiß um so mehr Ursache und ein gutes Recht, dann zu fragen, was ist diese Stellung der Mittelstaaten und was kann diese selbstständige Politik der Mittelstaaten möglicherweise sein, und mit welcher Freundschaft zu geben und insofern bin ich mit einer Rüstung vollständig einverstanden, daß wenn dies die Quelle der Rüstung ist, dies äußerst zweckmäßig und wünschenswert ist. Wir haben aber gewiß um so mehr Ursache und ein gutes Recht, dann zu fragen, was ist diese Stellung der Mittelstaaten und was kann diese selbstständige Politik der Mittelstaaten möglicherweise sein, und mit welcher Freundschaft zu geben und insofern bin ich mit einer Rüstung vollständig einverstanden, daß wenn dies die Quelle der Rüstung ist, dies äußerst zweckmäßig und wünschenswert ist.

Im Falle eines ausbrechenden Krieges läßt sich zunächst denken, der Standpunkt des totalen Indifferentismus, den man mit Recht wird verurtheilen müssen. Es ist der Standpunkt der Neutralität. Man verurtheilt ihn, sage ich mit vollem Recht, denn es ist nicht möglich, daß wenn zwei meiner Brüder — ich will dieses Bild beibehalten, trotz der Verschiedenheit, welche diese Brüder für die deutsch-nationalen Interessen zeigen — sich gegenseitig zu ermorden drohen, ich dann zusehe, ohne hindern einzutreten. Es ist dies mir nicht möglich und nicht erlaubt, denn ich bin zu sehr mit all meinen Interessen an dem Loos der Beiden interessiert, als daß ich es geduldi mit ansehen könnte, daß einer der andern tödtet, oder so schwer verwundet, daß er fernwärts nicht mehr in der Lage ist, für das Vaterland irgend welche Dienste leisten zu können. Ich weiß nicht, woher es kommt, daß man in den letzten Tagen gerade mich als den Vertreter der Neutralität darstellt, wie dies schon geschehen ist, wenn ich auch weiß, daß die, welche es ausstreuen, es nicht in wohlwollender Absicht thun. Ich meiner Seite habe noch das erste Wort davon zu reden, daß Baden sich neutral erklären solle, oder daß eine Neutralitätserklärung nicht überhaupt eine Unmöglichkeit wäre. Die zweite Möglichkeit für die Mittelstaaten wäre die Theilnahme an dem Kriege, also der Anschluß an den einen Theil. Ich sage, diese Theilnahme wäre eine nationale Verübung. Ich bleibe bei meinem Bild, soll ich bei dem Kampfe von Brüdern dem einen helfen, daß er den andern ganz todt macht? Daran hat der dritte Bruder nur dann Interesse, wenn er selbst zum Worte mitverschwohren ist. Wenn ich zurückkehre vom Gebrauche des Bildes in die staatliche Wirklichkeit, so muß ich sagen, entweder würde ich in diesem Falle dazu helfen, Oesterreich gänzlich zu Grunde zu richten, was Bienen, namentlich in Süddeutschland nicht wünschenswert ist, und gewiß sowohl im deutschen, als im europäischen Interesse unerwünscht wäre, oder ich helfe dazu, daß Preußen zu einem Grade der Schwäche herabgedrückt wird, daß ein Zustand herbeigeführt würde, der sich ungefähr dem vergleichen ließe, wie er vor 3 Jahrhunderten in Deutschland bestand, wo das deutsche Reich unter habsbürglicher Hegemonie stand. Ich meines Theils weiß nicht, ob die Wiederkehr dieses Zustandes für die vaterländischen Interessen so absolut erwünscht wäre und ob die Partei, welche glaubt, die erste Gelegenheit ergreifen zu müssen, Preußens Macht zu reduzieren, über die Erfüllung ihrer Wünsche Ursache hätte, sich zu freuen. Gewiß erscheint mir aber, daß Europa, das die Bildung Preußens in europäischem Gleichgewichtinteresse fördert, auch nicht dulden wird, daß dasselbe durch irgend eine politische Intrigue mittelstaatlichen Ehrgeizes zu erheblichem Schaden käme. Also auch mit der sofortigen Theilnahme am Kriege — bloß deshalb, weil die beiden Großmächte sich schlagen, ist es nichts. Es bleiben also nur zwei Möglichkeiten für eine selbstständige Politik dieser Mittelstaaten, und zwar die Politik, welche eine Vermittlung unter beiden Großmächten versucht. Dieser Weg scheint mir nicht nur parteilos, sondern auch im höchsten Grade zweckmäßig für Deutschland zu seyn. Ich habe mich von jeder dahin ausgesprochen, schon zur Zeit, als ich noch auf jenen Bankers saß, und ich habe keinen Augenblick meine Meinung gewechselt und habe auch keinen Grund, meine Anschauung zu ändern, daß diese Vermittlungspolitik unter den gegenwärtigen Umständen vor und während und nach dem Kriege die für die Mittelstaaten indigeste sey, und daß diese Vermittlung unter Umständen auch eine bewaffnete seyn könne, wenn derselben dadurch Aussicht auf Erfolg verliehen wird.

Dies wird freilich nur dann seyn, wenn diese Vermittlung zu Gunsten eines Prinzips erfolgt, welches auch in Europa Unterstützung findet, sey es die Forderung der Selbstbestimmung der Herzogthümer, oder welcher andere Basis. Umwiderstehlich wird diese Vermittlung aber nur dann seyn, wenn sie zugleich vom Geiste der Nation getragen ist und verstanden wird. Das Bestehen der Nation nach Reform über politischen Gesichtspunkte zu Grunde zu legen, ist nicht möglich. Ich meine, seitdem also nichts gegen eine Rüstung, wenn sie in der Absicht gemacht wird, um einer solchen vermittelnden Stellung Nachdruck zu schaffen. Ich wiederhole, diese vermittelnde Stellung ist in jeder Weise für die Mittelstaaten angezeigt, einmal aus dem Gesichtspunkt, den ich eben angedeutet habe, daß gerade die Mittelstaaten Interesse daran haben, daß keine der beiden Großmächte, welche zur Zeit in dem deutschen Bunde sind, auf einen Nullpunkt von Macht herabgedrückt werde; dann aber auch vor allen Dingen deshalb, weil die Vermittlung der deutschen Staaten viel größere Aussicht hat, für den Frieden überhaupt etwas zu erreichen, als die Vermittlung der europäischen Staaten, weil es endlich viel wünschenswerther ist, daß der Vermittler innerhalb Deutschlands ist, als außerhalb, und weil sich die deutschen Staaten gar keine bessere Garantie ihrer künftigen Fortexistenz schaffen können, als wenn sie in diesem Augenblicke eine große patriotische That thun und dem Vaterland einen großen Dienst leisten könnten. Ich werde jede Politik der großh. Regierung unterstützen, welche diese politische Vermittlung anstrebt, die dazu führen kann, den Krieg zu verhindern, oder wenn dies nicht möglich seyn sollte, solchen zu beschränken. Meine Unterstützung hat diese Vermittlungspolitik auch, wenn sie eine bewaffnete zu werden genöthigt seyn sollte. Wenn ich dies sage, muß ich aber eben so offen bekennen, daß ich nicht glaube, daß der jetzige Augenblick für die Bewaffnung der geeignete ist, und daß der Moment gekommen wäre, um sich mit großer Heereemacht zu umgeben und anzusehen, als ob man sich sofort auf den einen oder den andern zu stürzen beabsichtige — dies würde den Erfolg dieser Vermittlungspolitik föhren, wo möglich scheitern machen. Also ist Ruhe und Mäßigung nothwendig, kein heftiges Ueberstürzen, wie das unsern Nachbarn zu seyn scheint. Nun komme ich zur Besprechung der letzten Möglichkeit für eine Politik der Mittelstaaten. Diese Möglichkeit ist die, sich zurüstern mit dem Vorsatze, bei gelegener Stunde zur Aktion überzugehen. Man könnte diese Politik nennen die Politik der bereitigen bewaffneten Neutralität, d. h. die Politik, die, statt Vermittlung anzustreben, sich frei hält, zur gelegenen Stunde gegen einen der beiden Theile sich zu wenden und an ihm seine Weisenschaft zu kühlen. Dies ist die Politik, die, statt Vermittlung anzustreben, sich frei hält, zur gelegenen Stunde gegen einen der beiden Theile sich zu wenden und an ihm seine Weisenschaft zu kühlen. Dies ist die Politik, die, statt Vermittlung anzustreben, sich frei hält, zur gelegenen Stunde gegen einen der beiden Theile sich zu wenden und an ihm seine Weisenschaft zu kühlen.

Ich nenne diese Politik die Politik einer gewissenmaßen verkappten Parteilichkeit, welche gewiß am allerverwerflichsten für Deutschland ist, und dem deutschen Volke mit Recht die verhassteste seyn sollte. Im Sinne der Väter dieser Politik ist beabsichtigt, irgend einen Vorwand zu benutzen, um aus dieser bewaffneten Neutralität zur Aktion überzugehen — und woher soll dieser Vorwand genommen werden? Aus dem Bundesrechte? Nun wir Alle sind gewiß einverstanden, daß es wünschenswert ist, daß der Bund als Bund erhalten wird. Wir werden aber auch ebenso einverstanden seyn, wenn wir sagen, daß wir dennoch für eine vollständige Unmöglichkeit halten, daß jemals durch einen Bundesbeschluß ein Bürgerkrieg beschloffen werden könne und daß aus dem Bundesrechte ein Vorwand dazu genommen werde. Wir müssen sagen, daß dies eine Anwendung des Bundesrechtes wäre, die den Bund an sich für sich aufheben würde und daher eine ganz unmögliche ist. Wir sagen aber ferner, daß dies nicht nur eine Unmöglichkeit an sich ist, sondern daß es ganz außer Zweifel ist, daß unsere Regierung nicht und niemals dabei mitwirken wird, einen solchen bundesverderblichen und bundesauflösenden Bundesbeschluß zu fassen. Wie stark auch die Motive seyn mögen für ein Beharren von großh. Regierung in der bisherigen Stellung und in ihrer Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage, so wird sich die Regierung selbst, wenn diese Frage in ihrem Sinne durch einen Bundesbeschluß entschieden werden sollte, der gleichzeitig einen Bürgerkrieg herbeiführen könnte, an einem solchen Beschlusse nicht betheiligen. Also diese Politik des beabsichtigten Eintretens in die Aktion von bundesrechtlicher Basis aus ist nicht nur verwerflich, sondern auch ausichtslos. Ich muß ausdrücklich daran erinnern, daß die Sache so liegt, daß es unter allen Umständen auch von der Abstimmung der großh. Regierung abhängen wird, ob nur ein formeller Bundesbeschluß in dieser Richtung zu Stande kommt, sey er nun auf irgend etwas formulirt, was wie Exekution oder Mobilisirung ausseht. Nur eine totale Verdrängung des Bundesrechtes könnte überhaupt dahin führen, daß ein solcher Beschluß zu Stande käme. Also eine größere Ungeheuerlichkeit läßt sich nicht denken, als eine Politik, welche darauf gerichtet seyn kann, ihre Stellung so zu nehmen, daß die Gefahr eines Krieges unter deutschen Staaten vermehrt werde, eines Krieges, der ein selbstmörderischer Krieg für die Existenz aller Einzelstaaten wäre. Ich freue mich, daß wir aber vollkommen beruhigt seyn können, daß diese Politik keinen weiteren Erfolg haben wird, und ich bin überzeugt, daß unsere Regierung niemals an einem solchen Beschlusse mitwirken wird und daß ohne die Mitwirkung der großh. Regierung ein solcher Beschluß nie gefaßt werden kann — dann ist es auch mit der intendirten militärischen Aktion nichts und alle unsere Rüstungen dient nur dem Zwecke einer Vermittlung. Nun werden Sie mit mir einverstanden seyn, daß, wie gerne und weitgehend wir auch bereit seyn werden, der großh. Regierung die Freiheit zu lassen, unter Umständen auch dafür in den Krieg zu gehen, diese unsere Bereitwilligkeit immer nur für die Wiederherstellung des Friedens, für die Wiederherstellung des Einverständnisses unter den Großmächten, vorliegt und die Voraussetzung, daß die Politik der Regierung getragen ist von dem Geiste der Vermittlung. — Zunächst also äußerste Zurückhaltung. — Ein Heraustrreten aus derselben kann nur dadurch geboten seyn, daß die Nothwendigkeit eintritt, die Staaten zu schützen, die sich so vereinigt haben, Alles für Vermittlung zu thun, wenn auch mit dem Entschlusse, unter Umständen auch durch die Bethelligung am Kriege für die Herstellung des Friedens einschreitend einzutreten. — Wenn diese Politik der Zurückhaltung verwechselt wird mit der der Neutralität, so ist das eine tendenziöse Einstellung. Ich meiner Seite habe immer die gleiche Ansicht vertreten, daß die Mittelstaaten zur Zeit sich von der Bethelligung an diesem Streite zurückhalten sollen, sich also in einer neutralen Stellung halten und keine Partei nehmen dürfen für die eine oder die andere Seite.

um sich die Stellung von Vermittlern in dieser Frage nicht zu verschärfen. Niemals habe ich die Trivialität empfohlen, daß eine Neutralitätserklärung gegeben werden solle. Dafür also bin ich allerdings, daß die Mittelstaaten sich neutral verhalten, aber nicht, daß sie sich neutral erklären in diesem Streite, das ist eine Unmöglichkeit. Ich wiederhole, sie sollen sich neutral halten, um ihre Stellung als Vermittler nicht zu verschärfen, sie sollen mit keinem der Theile gehen, sondern nur mit einem, d. h. mit dem Interesse, dem ganzen Vaterlande. Sie werden mir sagen, es ist dies Alles so unabweisbar und so klar, daß die Mittelstaaten keine andere Politik treiben können, als die jetzt angedeutete, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Diese Politik ist freilich die Politik, welche auch ihre Kommission der großh. Regierung wenigstens empfohlen hat und welche die gr. Regierung einhält, so daß eigentlich nicht für unser Land über diese Frage viel zu diskutieren ist. Die großh. Regierung wird nach den Verhandlungen in diesem Hause und in der Kommission künftig unfehlbar dafür wirken und wird das Bestreben haben, dieselbe zum Siege und Durchbruche zu führen. Davon bin ich vollständig überzeugt. Alle Fragen, welche ich mir vorgenommen hatte, in dieser Sitzung an die großh. Regierung zu stellen, und nun nicht stelle, um in diesem Hause zu sagen, welche Politik die Regierung allein machen könnte, waren von der Absicht eingegeben, zu konstatiren, daß die Regierung von Anfang an gar keine andere Politik haben konnte und auch keine andere jemals hatte, wie sehr es auch scheinen möchte, daß sie mit eifriger Nachbars zu gehen bereit sey. Es scheint mir von nun an so größerem Werthe zu seyn, daß darüber kein Zweifel besteht, daß dies Seitens der großh. Regierung nicht anders seyn kann, weil es mit dem Einverständnis über diese selbstständige Politik der Mittelstaaten unter denselben immerhin noch etwas übel bestellt scheint. Man hat uns allerdings von Verständigungen gesagt, und wir lesen auch in den Zeitungen Manches über die Resultate der Anstrengungen der Mittelstaaten, sich zu verständigen. Wenn ich aber die Thronrede vergleiche, welche wir in den letzten Tagen gelesen haben, so ist darin dokumentirt, daß es mit dem Einverständnis durchaus nicht so weit her seyn müsse, und ich fürchte sehr, daß man sich zur Zeit nur auf ein Mißverständnis verständigt haben könnte. Das aber die Strömungen zur Zeit noch durchaus verschieden sind, in den Mittelstaaten ist eine Thatsache. Es ist zu hoffen, daß diese Strömungen schließlich zu Gunsten der von der großh. Regierung getragenen und von der Kommission empfohlenen Politik sich vereinigen möchten. Es ist aber gut, diese Thatsache der Verschiedenheit der Strömungen hervorzuheben und sie mit Beispielen zu versehen. Die beiden Richtungen einer möglichst selbstständigen Politik der Mittelstaaten sind zur Zeit in deren Schooße ziemlich gleichmächtig vertreten. Das die Einen davon durchaus nicht parteilos sind, darüber wollen wir uns nicht täuschen; Reiner würde sich auf Oesterreich stützen. Die eine Richtung hat ihre Vertretung und die andere. Die Thatsache liegt jedenfalls offen vor, daß zur Zeit die in Bamberg verabredete Politik in den einzelnen Staaten nicht zum Durchbruche gekommen ist und nicht von Allen befolgt wird — ich will nicht untersuchen, warum die thüringischen Staaten die Konferenz verlassen und die großh. Regierung gelassen ist — daß die Beschlüsse in Bamberg nicht allein bestimmen, beweist die Geschichte der Rüstungen, welche jetzt, wie ganz andere Einflüsse, als der vermittelnde Gedanke siegte, der in Bamberg herrscht haben muß. Ich meine damit nicht etwa nationale Betrübungen, denn auch dafür böte sich ja ein Feld der schärfsten Ausichten für mittelstaatlichen Ehrgeiz. Wenn ich mich bisher in einer gewissen Grenze gehalten habe mit meinen Betrachtungen über mittelstaatliche Politik, so daß ich hier andeuten, wie ich auch noch eine andere Politik weiß, die auch in der Hand der Mittelstaaten läge, von der ich aber im Zweifel bin, ob dieselbe von ihnen ergriffen wird, in welcher Beziehung mir zwar die Thronrede des Königs von Bayern einige Hoffnung gemacht hat, d. h. die Politik auf Abrüstung des nationalen Geistes und auf die Belebung der Hoffnung für die Reuebung und Neugestaltung Deutschlands zu stellen, statt auf die Bewaffnung. Ich rede nicht vom Einfluß solcher Ideen. Leider habe ich vielmehr gerade aus der Geschichte der Rüstungen nachzuweisen, wie eine unter diesen beiden Strömungen gerade auf Weltläuten der Politik hinweist, die ich als die verderblichsten von Allen bezeichnet habe. Wir wissen Alle, wie plötzlich an einem Tage das Rüstungsfeber über Süddeutschland einbrach. Wir wissen Alle, daß das kaiserl. Kabinet diese Rüstung schon am 16. März von seinen Verbündeten gefordert hatte. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Mittelstaaten in dieser geantwortet hätten, das kaiserl. Kabinet habe in Süddeutschland viele Freunde, sie würden diese Freundschaft aber dadurch beweisen, daß sie sich nicht vorschnell zur Partei im Streite machten. Denn was konnte es für die Vermittlung in dieser Frage nügen, daß statt dessen plötzlich an einem Tage aus derselben Gruppe, die das höchste Interesse hätte, ihre Parteilichkeit zu dokumentiren, um an beiden Drien gehört zu werden, auf eine Depesche des kaiserl. Kabinetes hin zu den Rüstungen geschritten wird. Es aber ist es thatsächlich in 3 oder 4 Staaten der Fall, daß der erste Anstich in Folge dieser Aufforderung des kaiserl. Kabinetes geschahen ist. Mir scheint, daß das kaiserl. Kabinet dabei selbst sehr gegen sein eigenes Interesse gehandelt hat. Eine militärische Vermehrung der österreichischen Macht konnte lange nicht so wünschenswert seyn, als die Aussicht auf eine wohlwollende Vermittlung, und das Wiener Kabinet hat nicht gut daran gethan, nun die Vermittlung auf den europäischen Markt gebracht zu haben, statt sie auf dem deutschen zu belassen. Es ist aber von dem größten Nachtheil gewesen, für eine mögliche selbstständige Politik der Mittelstaaten, daß ein Theil derselben Ordre partit haben, und daß sie nicht eine vollkommene Parteilichkeit eingehalten haben. Wenn uns nun gesagt wird, in Bamberg ist ein Einverständnis zu Stande gekommen für eine Politik des Friedens, für eine selbstständige Politik, so muß ich nur sagen, daß dann eine Unmöglichkeit unter den Regierungen herrscht, wenn dies der Erfolg war. Man kann nicht wie Herr von Buns von Augsburg kommen und auf eigene Hand am Bunde den berechtigten sächsischen Antrag stellen, welcher entschieden außerhalb der Linie einer Vermittlungspolitik lag und nachher durch den in Bamberg verabredeten Antrag der übrigen Regierungen nothwendig eingeworfen korrigirt worden ist. Es ist nicht möglich, eine Vermittlungspolitik zu treiben und daran zu arbeiten, den letzten Mann anzubieten, wie dies in unserm Nachbarlande zu geschehen scheint. Es ist bekannt, daß gerade gegen Baden eine ernste Mißstimmung herrscht, weil die Regierung, gegen die Volksvertreter diese Rüstungsbewilligungen nicht ebenso rasch durch-

gefest hat und es sind mir Aeußerungen zugegangen, die sagen, unsere Regierung müße die Kammern auch nach Hause schicken, wenn sie Schwierigkeiten machen würden. So lange diese Tendenzen nicht überwunden sind, ist an eine selbstständige Politik der Mittelstaaten nicht zu denken, sondern deren Mehrheit bezwecke nur eine nähere Unterstützung der kaiserlichen Stellung und diese Unterstützung wünsche ich zur Zeit nicht, im Interesse Deutschlands, wie des österreichischen Kabinetts selbst. Ich glaube, daß es unter allen Umständen nützlich ist, wenn wir die Regierung möglichst stärken in ihrer gleich maßvollen und wohlwollenden Haltung, wohlwollend gegen das österreichische Kabinet, und parteilos gegen das Berliner, denn bei der aufgeregten Stimmung in Süddeutschland gegen das preussische Kabinet und bei dem Grade des allgemeinen Mißvergnügens mit Haltung der preussischen Politik, verlange Niemand gewiß mehr, als ein solch vollständig unparteiisches Verhalten gegenüber von Preußen. Es ist ein großer Dienst, den wir der Gesamtheit leisten, wenn wir auch möglichst dahin streben, daß in allen Nachbarländern eingekehrt wird, daß sich Geist und Sinn und die Zielpunkte der Politik in nationalen Sachen möglichst dieser maßvollen Haltung der großh. Regierung anlehnen muß. Man hat zur Beförderung dieser Einwirkung sich freilich nicht zu sagen scheut, ein Wort, das ich nicht recht begriffen habe; die großh. Regierung könne nichts Anderes thun, als diesem Kriegesfeind ihrer Nachbarn folgen, um nicht isolirt zu werden. Das ist eine thörichte Rede. Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist ein wesentliches Zweck des Kriegesfeindes in unsern Nachbarstaaten gerade — ich bin gefaßt auf jedes Dementi, sage aber schon jetzt, daß jedes Dementi, mag es kommen woher es will, meine Behauptung nicht ungeschehen machen wird — die Tendenz der königlich bayerischen Regierung, sich unter Umständen auch nicht unter diesen allgemeinen von Oesterreich aufgerufenen Geheiß einzureihen, zu brechen. Ich glaube nun, wenn die großh. Regierung die bayerische unterstützt, die in der Thronrede des Königs mit scharfer Accenturierung die Politik der Mäßigung festsetzt, so wird sie durchaus nicht isolirt seyn, sondern es werden dann die benachbarten Regierungen sich weit eher isolirt fühlen und ich glaube, daß dies nützlich seyn wird, weil sie dann einsehen werden, daß es nicht gut ist, in diesem Momente durch Rüstungen und Kriegeslärm die Gefahr des Krieges zu vermehren.

Ich sage damit nicht, daß die Dinge nicht sich so wenden können, daß auch die Regierung unter Umständen einseitig Partei ergreifen muß. Dieser Moment ist aber noch lange nicht da. Zur Zeit habe ich noch die volle Hoffnung, daß die Regierung durch die bisher an den Tag gelegte Mäßigung der deutschen Sache und auch sich selbst nur nütze und daß sie dadurch dem Ueberfließen der Leidenschaften einen Damm entgegenzusetzen kann. Nachdem ich diesen Punkt der Justizforschung berührt habe, fann ich ihn nicht verlassen, ohne hervorzuheben, daß diese Gefahr der Isolirung wesentlich von derselben Seite in Kurs gesetzt wird, durch welche die Bedrohung des Bestandes Badens fest in Kurs gesetzt werden, so oft Baden willens ist, die Politik seiner nächsten Nachbarn und der von dienfertigen Freunden Oesterreichs dem kais. Kabinet unterstützten Politik dienstbar gemacht werden soll. Das war von jeher die Position, die diese Kabale annahm. Wenn ihr nicht unser Freund seyd, sind wir unter Umständen in der Lage, euch das Lebenslicht zu nehmen. Ich kann diese Worte nicht sagen, ohne daß mir dabei die Schamröthe in das Gesicht steigt. Aber ich möchte auf dieselben versichern, daß kein Land so sicher ist, als Baden, trotz ihrer, weil kein Land so einig ist Fürst und Volk und weil in keinem sie selbst so wenig bedeuten. Ich spreche es offen aus, daß Baden keine ihrer Verabredungen zu befürchten braucht, komme sie von Preußen oder wo sonst her, und daß Europa eher Baden schützen würde, als daß es eine entgegengesetzte Politik unterstützen würde, die eine so schwächliche Kombination in Szene setzen will.

Indem wir der großh. Regierung die geforderte Summe gerne bewilligen, ist dies gewiß in dem Sinne der meisten Mitglieder, die ja hierüber ohnedies noch auszusprechen werden, wenn hervorgehoben wird, daß diese Rüstungen nur dazu dienen sollen, um wirklich vaterländische u. wirklich bundesmäßige Standpunkte zu unterstützen, und daß wir erwarten, es werde die großh. Regierung fortfahren, wo möglich im Einverständnis mit der bayerischen Regierung für die Zwecke des Friedens und für die Mäßigung des Kriegesfeindes zu wirken, der die übrigen süddeutschen Mittelstaaten erfasst hat — ich brauche keine diplomatischen Rücksichten zu nehmen und kann sie nennen, es sind vor Allem die sächsische, sächsisch-bessische und württembergische Regierung. Ich glaube, wenn die Verwendung dieser Summe dieser Politik gewidmet seyn soll, daß sie dienen wird, die Stellung der großh. Regierung zu stärken und werthvoller zu machen. Ausdrücklich aber möchte ich sagen, daß unter gar keinen Umständen das deutsche Volk dazu gebraucht werden soll, daß es für irgendwelchen Paragraphen des bestehenden Bundesrechts in den Krieg geführt würde. Das deutsche Volk hat nicht umsonst während 20 Jahren eine Modifikation der Bundesverfassung gewünscht, um am Ende selbst Gefahr zu laufen, dafür sein Blut zu vergießen und seine Existenz zu verlieren. Das deutsche Volk darf nur in den Krieg geführt werden für ein Ziel, welches für die Zukunft Deutschlands eine erhebliche Besserung hoffen läßt, nicht für Zwecke des Particularismus und die Leidenschaften der Kabinettpolitik.

Ich für meinen Theil werde den territorialen Besitz aller deutschen Staaten für bedroht und keine Dynastie für gesichert oder auch der Erhaltung werth halten, welche mitwirkt, das Feuer eines Bürgerkriegs zu vermehren, welcher, wenn einmal entbrannt, gewiß nicht das deutsche Volk, wohl aber gewiß die Throne verschonen würde.

Notiz: Ich bin nicht so eingeweiht in die Details der Anschauungen der Kabinete wie der Herr Vorredner und erlaube mir, Ihnen in ganz schlichter Weise meine Ansicht von der Sachlage und über die einzuschlagenden Schritte vorzutragen. Wenn ich auch in vielen Dingen nicht mit dem Herrn Vorredner übereinstimmen kann, so ist doch mein Sinn für die Erhaltung der Selbstständigkeit unseres geliebten engeren Vaterlandes gewiß ebenso reger, wie der seinige. Es führt mich dies aber gerade theilweise zu anderen Anschauungen, als die seinigen sind. Ich bin entschieden für die Bewilligung der von der großh. Regierung gestellten Kreditforderung. Nach meiner Ansicht ist die Stellung, welche die großh. Regierung in dem vorliegenden traurigen Konflikte einzunehmen in der Lage seyn wird und, wie ich hoffe und voraussetze, auch wirklich einnehmen wird, ganz klar vorgezeichnet. Wenn ich

mich für die fragliche Kreditforderung, also für den Anfang einer Kriegsrüstung erkläre, so will ich natürlich nicht weniger, als nur irgend Jemand in diesem Saale, den Frieden. Die Verantwortlichkeit dieser beiden Anschauungen wird schon durch ein altes Sprichwort sanktionirt: „Willst du den Frieden, lauter es, dann rüste zum Kriege“. Daß aber eine kostspielige und das Land auf's Höchste belastende Rüstung nur im Falle einer dringenden Nothwendigkeit geboten seyn kann, versteht sich von selbst. Allein abgesehen von allen innern Gründen, auf die einzugehen ich mir später erlauben werde, führt schon der nackte Thatumstand, daß alle Welt gerüht ist, dahin, daß auch wir rüsten müssen, wenn man jenen Thatumstand mit dem Erfahrungssatze in Verbindung bringt, daß unter den bis an die Zähne Bewaffneten der gänzlich Wehlose sich in der Regel nicht gar wohl befindet. Ich will den Frieden, nicht allein, damit wir vor den Schrecknissen des Krieges, vor der Abtheilung eines Bruderkrieges bewahrt bleiben, ich will ihn hauptsächlich auch deshalb erhalten wissen, damit die Macht und die Kraft der beiden deutschen Großmächte ungeschwächt bleibe. Ich wiederhole, was ich in einem frühern Vortrage bei einer andern Gelegenheit mir in diesem Saale auszusprechen erlaubte. Ich verharre bei dem Satze, daß mir das Einiggehen der beiden deutschen Großmächte immer das mächtigste Mittel zu seyn scheint, um uns vor den Zugriffen unserer lästern Nachbarn zu bewahren. Hat doch der französische Kaiser sich ganz ruhig verhalten, als Oesterreich und Preußen in Waffenbrüderschaft gegen Dänemark zogen; obgleich er sicher mehr Sympathien für Dänemark, den alten Bundesgenossen Frankreichs, hegte, als für die Deutschen, welche, freilich nach langer Schmach und Erniedrigung, in ruhmvoller Erhebung, an der Preußen so herrlichen Antheil nahm, dem stolzen Frankreich die Verträge des Jahres 1815 aufzuzwingen, die Verträge, gegen welche der französische Kaiser erst vor Kurzem seinen vollen Abscheu erklärte. Die Sympathien leiteten Frankreich zu Dänemark hin, die Vereinigung der deutschen Großmächte aber duldete nicht, daß sich das Ausland in eine deutsche Sache einmischte. Raum sind aber die deutschen Großmächte entzweit, so magt es schon der europäische Kongreß unter französischer Führung, die deutsche Frage der Elbherzogthümer auf seine Tagesordnung zu setzen und stellt damit, gewiß zur großen Freude der Dänen, wieder in Frage, was deutsches Blut errang.

Zu der von anderer Seite ausgesprochenen Vertrauensseligkeit, daß Napoleon III. in einer fast übermüthigen, gottähnlichen Weisheit und Unergründlichkeit lediglich nichts, als das Glück, die nationale und politische Größe seiner Nachbarvölker wolle, während es dem Politiker der Epiciers, dem Herrn Thiers, allein überlassen ist, auf die Erniedrigung dieser Völker zu sinnen, habe ich mich bis jetzt noch nicht emporschwingen vermocht. Borerst scheint mir noch die Epiciers-Politik für Deutschland wünschenswerth zu seyn; die Begünstigungspolitik Napoleons würde jedenfalls nur ein Danaergeschenk für Deutschland werden. Das beste, ja wohl einzige Mittel zur Erhaltung des Friedens, zur bestmöglichen Gestaltung der nationalen Sache, zur Aufrechthaltung des Selbstbestimmungsrechtes unseres Landes, zu unserer Selbsterhaltung, besteht darin, daß wir mit den Staaten, welche gleiche Interessen mit uns haben, zusammengehen, das heißt, mit den südwestdeutschen Staaten.

Eine badische Sonderpolitik, welche anderwärts schon befürwortet worden ist, würde ich für unheilvoll halten. Sie könnte uns dem nächsten besten Beuteleutigen, ohne daß wir die Wahl hätten, welche in die Hände liefern. Zum Anschluß an unsere Nachbarländer verpflichtet uns, wie ich glaube, auch das Bundesrecht. Ich scheue mich nicht, dieses Bundesrecht zu erwähnen. Auch ich bin zwar ein Anhänger der Reform der Bundesverfassung, Niemand wünscht sie schneller, als ich; aber ich sehe doch keinen Grund vorliegen, ich müßte ihn gerade in dem Wunsche des Grafen von Bismarck finden, den seinen Plänen unbedingten Bund zu sprengen, den Bund rechtlich für aufgelöst zu betrachten, und ich würde es beklagen, wenn dieses letzte rechtliche Band deutscher Einheit, so mangelhaft es seyn mag, dahinschwände. Es war offenbar nicht ohne tiefen Sinn, daß man, als an die Stelle des einst so mächtigen, später freilich in Folge der unheilvollen uns auch jetzt wieder drohenden Einmischung des Auslandes zerfallenen deutschen Reiches der deutsche Bund gesetzt wurde, diesen Bund als einen auflösblichen konstituirt, während doch andere Bündnisse souveräner Staaten — und so nennt sich ja der Bund selbst — den Grundgesetzen des gemeinen Gesellschaftsrechts zu folgen, somit auflösblich zu seyn pflegen. Ich sage, es lag ein tiefer Sinn darin, daß man den Bund als unauflösblich erklärte. Halten wir an dieser gesunden Anschauung unserer Väter fest! Am wenigsten liegt es im Interesse der Mittel- und Kleinstaaten, den Bund aufzugeben, wenn sie nicht etwa einem Boote gleichen wollen, welches bei sturmgepeitschten Wogen steuerlos auf dem Weltmeere umher getrieben wird. Der Bund ist auch — ich lege darauf Werth — völkerrechtlich garantirt. Man mag von der Tragweite einer solchen Garantie halten, was man will, so ist diese Garantie doch sicherlich nicht ohne Noth aufzugeben; wir sind nicht in der Lage, sie bei Seite zu setzen, weil uns die bisherige Bundesverfassung als mangelhaft erscheint, und weil wir des Geistes, in welchem der Bund bisher geleitet wurde, überdrüssig sind. Aber nicht allein das Bundesrecht leitet uns zu dem engen Anschlusse an die Genossen unserer Lage, es leiten uns auch die einfachsten Sätze der Klugheit dahin. Allein isolirt; auch nicht einmal einer der beiden streitenden Großmächte durch geographische Lage angehäert, würden wir sehr wenig vermögen. Wir würden außer Stand seyn, in die Geschichte des großen deutschen Vaterlandes einzugreifen, ja es würde uns unter Umständen schwer werden, uns nur zu schützen. Wer bürgt uns dafür, ob nicht etwa Preußen vom Norden, von Kreuznach her, ob nicht Bayern und Württemberg von Osten, ob nicht Oesterreich vom Süden her ihre Hände nach unserem schönen Lande ausstrecken würden, ob nicht etwa auf seinem Boden die verschiedenen Interessen sich begegnen und es zum Kampfsplatz machen würden? Ich komme nun auf einen Standpunkt zu sprechen, der außerhalb dieses Hauses schon mehrfach geltend gemacht worden ist, auf den Standpunkt der Neutralität. Ich glaube nämlich, und darin ist ja auch der Herr Vorredner mit mir einverstanden, daß wenn wir uns neutral erklären, dies zu nichts Gutem führt. Die Neutralität des Mindermächtigen ist niemals getrieben worden. Ein Redner des andern Hauses hat dieses schon treffend dargelegt. Bietet sich der geringste strategische Vortheil, der durch Verletzung der Neutralität erreicht werden kann, so wird sie eben auch verletzt. Die Neutralität

bringt selbst den Mächtigen selten viel Gutes. Ich erinnere an die Neutralität, die Oesterreich in dem russisch-französischen Kriege des Jahres 1854 beobachtete. Was brachte sie ihm? Die Freundschaft mit Rußland und die Schuld des Nationalanlebens, sonst nichts. In der Regel ist die Neutralität die Ausgeburt einer Neigung, einer Vorliebe zu dem einen der streitenden Theile, für den man sich aber, weil die Umstände es nicht rätzlich erscheinen lassen, offen zu erklären nicht wagt. Die Neutralität erbittert sehr oft beide streitende Theile, sie erbittert Denjenigen, dem man sich zuneigt, für den man Vorliebe hegt, weil er glaubt, daß Derjenige, der eine Vorliebe zu ihm hegt, auch offen an seine Seite treten sollte. Sie erbittert den andern Theil, weil dieser weiß, daß ihm der anscheinend Neutrale im Grunde feindlich gesinnt ist. Von einer Neutralität, die sich auf das Ausland stützt, spreche ich nicht. Sie wird Jeder in diesem Saale und im Lande verurtheilen. Ganz anders als sich die Dinge bei einer neutralen Stellung für das Großherzogthum gestalten, verhält es sich, wenn wir mit den Genossen unserer Lage zusammengehen. Wir haben uns ja unsern künftigen Bundesgenossen nicht blind u. mit gebundenen Händen zu überliefern. Wir werden ihnen willkommen seyn müssen und willkommen seyn. Wir werden nicht die letzten in ihrer Reihe seyn. Unsere Stimme wird bei ihnen Gewicht haben und Gehör finden. Ich glaube, im Verein mit ihnen werden wir selbst geschätzt seyn, im Verein mit ihnen wird es uns möglich seyn, in die Geschichte Deutschlands einzugreifen, was uns sonst offenbar nicht beschieden wäre. Keiner der streitenden Theile wird auch die Macht der vereinigten süddeutschen Staaten unterdrücken. Wird ein Krieg geführt, so dürfte, wie ich glaube, nach ihm unter allen Umständen unsere Stellung dann günstiger seyn, wenn wir die Geschichte unserer Nachbarländer theilen, als wenn wir allein stehen. Ich will nicht auf die verschiedenen, am Ende eines Krieges möglichen Konstellationen eingehen. Aber das muß ich hervorheben, daß Fälle denkbar sind, in denen dann unser Selbstbestimmungsrecht gefährdet seyn könnte. Wir sind gewiß bereit, der nationalen Sache, der nationalen Einheit alle möglichen Opfer zu bringen, aber wir wollen dies kraft unseres eigenen Willens thun. Wir wollen unser Selbstbestimmungsrecht aufrecht erhalten wissen. Wir wollen uns nicht selbst zum Opferte machen. Das Zusammengehen mit unsern Nachbarn — und nun komme ich zum Hauptpunkt unserer Verhandlung — wird natürlich nur dann von Bedeutung seyn, wenn es mit Machtentscheidung gepaart ist. Dies haben unsere Nachbarstaaten längst schon eingesehen, es hat dies auch unsere großh. Regierung eingesehen. Ich bin daher keinen Augenblick darüber zweifelhaft, daß wir die zu dieser Machtentfaltung nöthigen Mittel gewähren müssen. Ich habe mir vorhin erlaubt, die Endziele anzudeuten, zu denen nach meiner Ansicht das Zusammengehen mit den Nachbarstaaten führt, zu denen es geleitet werden muß. Ich frage nun aber weiter, welche Stellung wir gemeinschaftlich mit unsern Nachbarn jetzt praktisch einzunehmen haben, und da ergibt sich — es ist dies der nächste und höchste Zielvunkt —, daß wir gemeinschaftlich mit ihnen, und zwar mit allen Mitteln, die wesentlich durch die Machtstellung gegeben seyn werden, welche die süddeutschen Staaten in Folge der Rüstungen einnehmen, auf die Aufrechthaltung des Friedens hinzuwirken haben. Ich sage, die Mittel zur Aufrechthaltung des Friedens werden durch die Rüstungen und die dadurch bewirkte Machtstellung geboten; denn Derer, die keine Macht haben, oder ihre Macht nicht aufbieten, achtet man in politischen Fragen in der Regel ungemein wenig. Ich bliebe gerne hier stehen und würde gerne auf die weitere Frage, was dann zu thun seyn, wenn die Mittel zur Aufrechthaltung des Friedens ihren Dienst verlagern, nicht eingehen; allein diese Frage liegt, wie mir scheint, schon bei dem jetzigen Stand der Dinge sehr nahe, und man muß sich eben auch bezüglich ihrer in's Klare setzen. Ich hoffe zwar immer noch, daß die Wege, welche zur Aufrechthaltung des Friedens eingeschlagen werden, auch dahin führen, und wünsche mit dem Herrn Vorredner, daß namentlich von den süddeutschen Regierungen die Vermittelung in jeder Weise versucht werden möge. Was aber dann — wiederhole ich — wenn diese Vermittelung eben durchaus nicht gelingt? Dann scheint mir die Pflicht und Gewissen dahin zu führen, daß wir eben Demjenigen entgegen treten, der den Frieden gebrochen hat. Es ist dies allerdings nicht Derjenige, der bei einem Gegenüberstehen der feindlichen Heere etwa zufällig den ersten Schuß abfeuerte, es ist dies vielmehr Derjenige, der den Krieg durch Aufstellung rechtlich offenbarer unbegründeter Ansprüche, durch Beharren bei diesen Ansprüchen, durch die Drohung, sie mit Gewalt, ja ich kann keinen besseren Ausdruck wählen, als wenn ich sage, mit „Blut und Eisen“ durchzuführen, hervorrief. Es ist dies Derjenige, den das Interesse dahin leitet, daß er den bisher im Frieden bestandenen Zustand beiseite zu wissen möchte, der — mit einem Worte gesagt — seine Macht erweitern will. Wir bekämpfen den Krieg am einfachsten und besten, wenn wir den bekämpfen, der den Krieg machte. Wer im jetzigen Augenblicke den Frieden gebrochen hat und rüht, darüber ist das Bewußtseyn des deutschen Volkes schon lange mit sich im Reinen, das weiß jedes Kind. Unglücklicher Weise sind eben die Geschichte des preussischen Königreiches in der letzten Zeit einem Staatsmanne anvertraut gewesen, der, um seine Machtpläne durchzuführen, selbst vor dem Bruderkriege nicht zurückbebt. Ich weiß wohl, daß es Stimmen gibt, welche behaupten, dieser Mann sey im Rechte; ich weiß, daß es Stimmen gibt, welche sagen; die Erweiterung des preussischen Staates sey eine absolute Nothwendigkeit, der preussische Staat sey für einen Mittelstaat zu groß, für einen Großstaat zu klein, und deshalb müsse er, sey es auch durch einen Krieg, wachsen. Daß diese Anschauung vor dem Forum des Rechts nicht bestehen kann, ist von selbst klar, und es wird dieselbe am allerwenigsten in diesem Hause irgendwie eine Stütze finden, in diesem Hause, welches stets für die Verwirklichung des Rechts einzustehen bestrebt war, welches den Rechtsstaat in das Leben zu führen stets bemüht war, welches immer in der erklantesten Weise für das Recht der Elbherzogthümer eingetreten ist. Das Bestehen einer solchen Ansicht, wie ich sie eben dargelegt habe, ist aber bedenklich, und es ist doppelt bedenklich, sich bei ihrem Bestehen von den süddeutschen Mittelstaaten loszusagen und sich, wogegen übrigens auch unsere geographische Lage spricht, etwa preuß. Schutze anzuvertrauen. Ich achte Preußen, ich habe oben schon angedeutet, was Deutschland ihm verdankt — es verdankt ihm auch noch weit mehr — ich lobe viele Einrichtungen Preußens; aber die Geschichte Badens möchte ich weder in die Hände des annerkonnlichsten Staatsmannes, welcher das Recht seines

Vaterlandes, die preussische Verfassung, so schwer verletzt hat, legen, noch möchte ich sie in die Hände irgend Anderer legen, die von dem gleichen Gedanken der Nothwendigkeit einer Macht-erweiterung Preussens befeelt sind. Ich gehöre durchaus nicht zu Denjenigen, die — wie man anderwärts sich ausdrückt — sofort, wenn sie von dem Grafen Bismarck hören, an ein vielköpfiges Ungeheuer denken, das sie verschlingen werde, die schon bei der bloßen Nennung des Namens Bismarck die Besinnung verlieren; aber in meiner Anschauung über die jetzige Frage sehe ich fest und glücklicher Weise durchaus nicht allein, denn der weitaus überwiegende Theil des badischen Volkes, überhaupt des süddeutschen Volkes, theilt ganz sicher meine Anschauungen. Diese große Majorität will die Selbstständigkeit unseres engeren Vaterlandes nicht gefährdet sehen, sey es zu Gunsten Preussens, oder eines anderen Staates. Sie will ihre Hoffnung auf ein einiges, großes, freies Deutschland nicht vertauschen gegen ein verkümmertes kleines Deutschland, gegen ein vergrößertes Preußen unter Bismarck!

Auch der vielgerühmte Bundesstaat unter Preussens Führung erregt schwere Bedenken in mir, ich will aber auf die ihn betreffende Frage nicht weiter eingehen. Doch darf ich wohl so viel sagen, daß bei dem Größenverhältnisse Preussens einer Seite und der übrigen deutschen Staaten ausschließlich Oesterreichs anderer Seite diese letzteren Staaten alsbald in Preußen aufgehen würden. Zu der Rolle, wozu und die Verhältnisse drängen, führt uns auch das Bündniß und zwar der vielbesprochene Art. 11 der Bundesakte. Ich gedenke des Bundesrechts hier nur noch einmal um deswillen, weil ich glaube, daß wir es nicht hintansehen dürfen. Es bedarf inoffen einer Verurteilung auf Artikel und Paragraphen eines Gesetzes oder Vertrages zur Rechtfertigung meiner Ansicht nicht. Es genügt dazu an dem Gesetze, an dem Rechte, welches in eines jeden Menschen Brust geschrieben steht. Ich kann nicht umhin, zum Schluß noch eines Punktes zu erwähnen, der, ich muß es sagen, auf mein nationales Bewußtsein immer den größten Eindruck macht, es ist das die Beseitigung Italiens an dem deutschen Bruderkriege. Als im Jahr 1859 Oesterreich über seinen rechtmäßigen Besitz in Italien mit Sardinien und Frankreich in Kampf gerieth, trat Preußen mit den übrigen deutschen Staaten für das Recht ein. Wenn es auch nicht zum Kampfe kam, so stand doch Preußen den Gegnern Oesterreichs gewaffnet und kampfbereit gegenüber. Leider ist es jetzt dem ostgenannten preussischen Staatsmann gelungen, den früheren, natürlichen Stand der Dinge so zu verkehren, daß nun Preußen im Begriff steht, im Bunde mit Italien, vielleicht auch mit Frankreich, den Bruderkrieg zu bekriegen. Ja es ist dem bekannten Staatsmann gelungen, eine Sachlage zu schaffen, die an die jammervollsten Zeiten erinnert, von denen die deutsche Geschichte erzählt. Ich frage, ob wir uns unter das Banner dieses Staatsmannes stellen wollen?!

Vagenfischer: Wir haben nun unmittelbar hintereinander zwei ganz verschiedenartige Reden gehört und die konträren Anschauungen, welche einen großen Theil des deutschen Volkes befangen erhalten, sind uns deutlich genug dargestellt worden. Nur in dem einen Punkte sind die beiden Herren Vorträger einer Meinung gewesen, daß nämlich wo möglich der Friede erhalten werde. Nun es ist kein Zweifel, das wünscht das ganze deutsche Volk und gewiß auch von ganzem Herzen unsere Regierung, und wenn der Abg. v. Roggenbach auf einen Weg hingedeutet hat, auf welchem diese Friedenswünsche vielleicht zur Erfüllung kommen könnten, so hat der Abg. Köpfer uns einen ganz entgegengekehrten Weg gezeigt und hat, wie ich es auffasse, damit eigentlich dem Krieg, den er doch nach seiner Erklärung vermeiden wissen will, das Wort geredet. Wie sollen uns rüsten, um für den Bestand des Bundesrechts im Vereine mit unsern kriegslustigen Nachbarn Preußen niederzuwerfen. Ein solcher Friede wäre entsetzlich. Ich kann zwar dem ganzen Gedankengange, den der Abg. v. Roggenbach entwickelt hat, in keiner Weise folgen, ich habe aber mit großer Befriedigung das, was er gesagt hat, verstanden und in mich aufgenommen. Ich kann ihm nicht folgen auf der Bahn völkerrächtlicher und hochpolitischer Ideen, die er einschlug; dazu reichen meine Studien und mein ganzer Bildungsweg nicht aus. Ich kann aber sagen, daß er das, was ich für unser Land für das Beste halte, ausgesprochen hat. Es ist die Stellung, die im Prinzip auch unsere Regierung eingenommen zu haben scheint, und die unser Bericht uns ebenfalls wieder darlegt; es ist die Stellung einer zwar auf schwere Eventualitäten gefaßten, aber keineswegs direkt mit den Waffen eingreifenden Belligerent. Ich rechne nämlich noch etwas auf das moralische Gewicht, welches in der Brust aller Menschen seinen Anklang findet und welches auch in den größten Gefahren einer Nation immerhin von erheblicher Bedeutung ist, auf die Wirksamkeit jener patriotischen Ideen, welche Niemand mehr scheute, als der große Kaiser in Paris. Ich glaube, wenn wir in Baden die Idee aussprechen, wir wollen keinen Bruderkrieg, wir wollen die Vermittelung, von der der Abg. v. Roggenbach so bereit gesprochen hat, aufstreben und festhalten bis zur letzten Faser, so haben wir gerade das Richtige für unser gemeinsames Vaterland, für unsere Nachbarvölker, wenn auch nicht für ihre Kabinete, ausgesprochen und gethan, und ich glaube, wir werden dabei bestehen und nicht zu Grunde gehen. Denn das dürfen wir nicht fallen lassen, und unsere Regierung kann nicht die Meinung haben, und sie hat sie auch nicht, daß ihr die nöthige materielle Macht zu Gebote steht, um entscheidend am bevorstehenden Kampfe Theil nehmen zu können. Entfallen wir letztere, um mitzugehen, so sind wir im Sturme der Ereignisse verschlungen. Halten wir sie deshalb bereit und erklären wir, wir verabschauen den Bruderkrieg von beiden Seiten, denn wir können jedenfalls nicht im Bruderkriege den Einen tödtlich schlagen, um dem Andern zu seinem Rechte zu verhelfen. Für wen sollten wir denn auch Partei nehmen? Hat einer dieser Großstaaten ein Recht auf unsere Sympathien? Können wir in diesem Augenblick sagen, Preußen ist der Rechts- und Freiheitsstaat, es ist die Hoffnung Deutschlands, es hat uns vorzugeweise vom fremden Joch befreit, es ist ein Kulturstaat seit langer Zeit, es wird sich bewahren, daß es nur mit Deutschland etwas werden kann? Es wäre dies eine Spekulation, die wohl in dem Kopfe weit denkender und gelehrter Leute einen Anklang finden kann, aber im Volke wurzelt sie nicht mehr, dort ist sie für den Augenblick vernichtet. Für das Bismarck'sche Junkerregiment und dessen Annerionsgelüste können wir nicht in den Kampf gegen Oesterreich ziehen. Das wäre entschieden gegen den tiefrechtlichen Sinn des deutschen Volkes. Wir wollen nicht anneriert sein von Preußen, so wenig als wir mit ruhigem Blute ansehen kön-

nen, wenn Schleswig-Holstein anneriert werden soll. Denn es ist dies kein erobertes Land; man hat die Dänen nach langem diplomatischen Hin- und Hergehen, wie sie es verdient hatten, aber damit hat man nicht das Land erobert.

Wir können also für Bismarck und seine Regierung uns nicht in einen verderblichen Bruderkrieg hineinstürzen. Können und sollen wir aber darum mit Oesterreich gehen? Hat Oesterreich den Rechtsstandpunkt in der Schleswig-Holsteinischen Frage etwa gewahrt? Haben wir denn schon vergessen, daß Oesterreich mit Preußen gemeinschaftlich ohne Mitwirkung der übrigen Bundesstaaten — die allerdings von denselben selbst verwirkt war — den Krieg geführt hat? Und wer hat denn nach Beendigung dieses Krieges den Frieden in Wien geschlossen? Haben sich nicht beide Staaten gemeinschaftlich von dem König von Dänemark die Ansprüche auf Schleswig-Holstein als ein Recht abtreten lassen, und wer hat im vorigen Jahre den Gasteiner Vertrag abgeschlossen? War denn da von etwas Andern, als von dem Condominium der beiden Herren die Rede? Oesterreich setzte sich in dem deutschen Holstein fest und überließ Preußen die Bewachung und fortifikatorische Ausrüstung von Schleswig. Damals aber war der Gedanke Preussens, Schleswig-Holstein für sich zu behalten, nicht nur bekannt, sondern sehr genau ausgesprochen und Oesterreich schien doch nur auf eine Ausdehnung dieses Gewinnes von dorthin zu warten. Auf einmal sehen wir sie nun in Kriegsrüstung und die Sache ist so wichtig geworden, daß Oesterreich plötzlich ganz gefesselt wird, und auf den Art. 11 des zwei Jahre lang verachteten Bundesrechts zurückgreift, und sagt, jetzt ist ein Kriegsfall eingetreten, jetzt muß ganz Deutschland mit in den Krieg folgen. Wollen, können Sie sich dafür erwärmen? Mir ist dies nicht möglich. Ich kann nicht wünschen, daß der österreichische doppelköpfige Adler den preussischen einspitzigen verleihe. Ich kann dies nicht wünschen aus aufrichtiger Sympathie für dieses Land, in welchem ich 30 Jahre lang gelebt habe, ich kann es aber vorzugsweise nicht wünschen um Deutschlands willen. Wie kann man sich denn ein Deutschland ohne ein Preußen, ohne eine Schutzwehr gegen Westen und Norden denken, die seine Grenzmarken beschützen muß. Lassen Sie Preußen, was ganz gewiß das Endziel des Krieges für Oesterreich wäre, auch nur um ein Geringes schwächen — ich will gar nicht von Abtretung ganzer Provinzen reden — so ist es gegen nicht mehr im Stande, diese starke Mauer Deutschlands gegen Frankreich, Rußland und Skandinavien zu sein. Es ist bei keinem jetzigen Bestande schon mit der Sorge für seine Armee überbürdet, es kann aber keine geringere Armee halten, denn es ist ihm durch die Weisheit des Wiener Kongresses eine Lage zu Theil geworden, daß es nur mit Aufbietung aller möglichen Kräfte es dahin bringen kann, das es immer gerüstete Schutzwehr für Deutschland abgibt. Ich glaube nicht, daß Sie dieses wünschen, daß man Preußen schwäche, es auf den Zustand eines Mittelstaates herunter drücke und sich dann umsehe, wer nun unseren Norden gegen Frankreich, Rußland und Skandinavien schützt, von wo überall her Gefahren für unser Vaterland drohen. Ich bin deshalb mit den Anträgen des Berichtes und mit dem Vorgehen des ersten Herrn Redners vollständig einverstanden, daß wir nicht mit unseren Nachbarn Partei nehmen gegen Preußen, daß wir unsere Kräfte überhaupt nicht in den Kampf hineinführen, daß wir sie vielmehr bereit machen ohne Hast u. Ueberleistung, denn die Gefahr für Baden liegt nicht so, als ob sie bereits vor der Thüre stehe. Wir können allmählich rüsten und müssen dies mit Besonnenheit und Ruhe thun, um so mehr, als der Krieg noch gar nicht ausgebrochen ist, und es vielleicht gar nicht dazu kommt. Wir wollen nicht verschwenderisch mit dem Gute des Landes umgehen wegen Gefahren, die doch zum Theil auch in der Phantasie bestehen. Wir wollen aber die Uebereinstimmung des hohen Hauses mit der Regierung und dem Landesherrn jetzt recht entschieden an den Tag legen, und ich möchte deshalb nur wünschen, daß wir uns alle einer möglichen Einsichtigkeit in der Beurteilung unserer Gedanken an dem heutigen Tage befleißigen, daß wir nicht zu weit gehen in vielfachen Arten von Plänen und Anträgen, daß wir nur einfach sagen, wir geben der Regierung die gewünschte Summe zur beginnenden Kriegsrüstung und wir erwarten von ihr, daß sie den Frieden wahre und für den Frieden wirke, indem sie vollständig eine unbedingte und vermittelnde Rolle wenigstens für jetzt noch einhält.

Saager: Ich werde dem Regierungsentwurf unbedingt zustimmen, eingedenk des Sages: „Si vis pacem, para bellum“; weil ich den Frieden will, deshalb will ich, daß man sich zum Krieg rüste. Ich stimme mit Hrn. v. Roggenbach darin überein, daß wir in diesem schweren ersten Momente offen und unumwunden unsere Ansicht aussprechen sollen, und werde auch jetzt, wie immer, in der deutschen Frage meine Ansicht ohne Haß, Günst und Ansehen der Person aussprechen. Ich glaube aber die Bemerkung nicht unterdrücken zu können, daß Herr v. Roggenbach nicht Alles gesagt hat, was in dieser Frage hätte gesagt werden können. Es hat mich gefreut, daß die große Regierung seit dem Monat Mai d. J. den Bundesbeschlüssen beigetreten ist, und sich den übrigen süddeutschen Staaten angeschlossen, also einen Vertrag betreten hat, welcher der geographischen Lage und den Interessen des Landes entspricht. Das bündestreue Verhalten der großen Regierung hat sich auch des Beifalles des größten Theils des Landes zu erfreuen gehabt. Ich fürchte nicht, daß das Schiff, welches von Stapel gelassen wurde, und nach Mexiko oder in einen auswärtigen Hafen führen wird, sondern ich vertraue dem Kapitän unseres Schiffes, daß er uns in einen deutschen Hafen führen wird, wenn es auch nicht in den Jahdebusen ist.

Man hat an einem andern Orte gesagt, es sey eine wunderliche Sache, in solchen anormalen Fällen, wieder gegenwärtig, an den Formen des Bundestages und des Bundesrechts festzuhalten. Das ist also die Theorie der modernen Staatsweisheit; die Doktrin des modernen Staatsrechts lehrt, daß wir uns nicht mehr an das Bundesrecht halten sollen, wie auch die Doktrin der modernen Theologie lehrt, daß man sich nicht an die Bibel halten soll. Ich bin froh, daß diese Doktrin nicht auf deutschem Boden gewachsen sind. Ich hoffe und vertraue dem gesunden Sinn des deutschen Volkes, daß diese Doktrin bei ihm keinen Eingang finden. Darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß die bestehende Bundesverfassung für die gemeinsamen politischen, sozialen und Kulturinteressen Deutschlands weder Befriedigung noch Ansehen, noch Schutz und Geltung nach Außen zu schaffen vermag, daß somit die Bundesverfassung, wie sie heut zu Tage besteht, einer Umgestaltung dringend bedarf. Indessen kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß gerade Preußen und eine gewisse Partei schon seit lange darauf hingearbeitet hat, daß der Bund lahm gelegt wird, in der Hoffnung, daß, je verkommener der Bund

ist, desto sicherer die Saat reift für gewisse Parteizwecke. So lange aber der Bund rechtlich besteht, müssen die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sich an die Formen des Bundestages und Bundesrechts halten, denn der Bund ist das einzige Band, das die deutschen Staaten zusammenhält, wenn auch nicht so stark, wie dies zu wünschen wäre, und die Bundesversammlung ist das international anerkannte Organ der deutschen Nation. Sobald die deutschen Mittel- und Kleinstaaten den bundesrechtlichen Boden verlassen, sind sie verloren und jedem Angriffe preisgegeben. Gerade in der jetzigen Zeit ist ja der Bund wieder zu Ehren und Ansehen gekommen, indem die beiden Großmächte in ihrer Verlegenheit sich wieder an den Bund gewendet haben.

In dem Kommissionsberichte ist nun gesagt, daß der Art. 11 der Bundesakte keine volle Anwendung finden könne, wenn die beiden Großmächte mit einander in Streit gerathen und daß überhaupt die Bundesakte einen solchen Fall nicht im Auge gehabt habe und dieser Ansicht scheint auch Herr v. Roggenbach zu sein. Allerdings kann Art. 11 der Bundesakte nicht hinsichtlich aller einzelnen Bestimmungen zur Anwendung gebracht werden, allein in der Hauptbestimmung kann er Anwendung finden, namentlich darin, daß eine Exekutive gegen Denjenigen ausgesprochen wird, der den Bundesfrieden stört.

Ein weiser Gelehrter des Alterthums, Solon in Athen, hat Denjenigen für einen Feind des Vaterlandes erklärt, der bei einem bürgerlichen Aufruhr neutral bleibe; denn Kälte und Gleichgültigkeit gegen das Vaterland ist das Hoffenswertheste an einem Bürger. Ich frage nun, hat es seit dem 30jährigen Kriege und seit den Befreiungskriegen je eine Zeit gegeben, in der man weniger neutral bleiben kann, als in der jetzigen Zeit, wenn ein brudermörderischer Bürgerkrieg ausbrechen soll, wo mit dem Auslande Allianzen geschlossen werden, wo das Ausland in unsere Angelegenheiten sich mischt, wo Handel und Gewerbe gänzlich darnieder liegen, wo Deutschland seinem finanziellen und politischen Ruin entgegengeht und vielleicht das Loos und Schicksal von Polen theilt? Wer in einem solchen Momente, wo mit dem Auslande Allianzen geschlossen werden, wo ein Kongreß von auswärtigen Mächten über rein deutsche Fragen, wie die Schleswig-Holsteinische Frage, die deutsche Reformfrage und die venetianische Frage, die wesentlich eine deutsche ist, entscheiden will, wer in einem solchen Momente, sage ich, neutral bleiben kann, der hat kein deutsches Blut in seinem Herzen. In einem solchen Momente ist Neutralität, wie man an einem andern Orte gesagt hat, ein Verrath am Vaterlande; ich will es nicht so nennen, aber ich nenne es einen Bundesbruch. Ich höre Sie sagen: Für wen sollen wir Partei ergreifen, für Oesterreich oder für Preußen? Ich sage, vorderhand für Keines von beiden, aber wir sollen Partei ergreifen für deutsches Bundesrecht und für die deutsche Eidgenossenschaft. Und gegen Den sollten wir Partei ergreifen, der den Bundesfrieden stört, der im Bundeslande wie ein Räuber einbricht. Aber freilich nach der Theorie des modernen Staatsrechts soll das Bundesrecht nichts mehr gelten. Ich will aber hoffen, daß der selbsteidliche Grundsat: „der Zweck heiligt die Mittel“ nicht eine allgemeine Geltung in Deutschland findet. Um Klarheit darüber zu erlangen, welche Stellung wir in diesem Konflikte einzunehmen haben, müssen wir uns folgende Fragen beantworten: „Welches ist die Ursache der Kriegsgefahr, und welches ist der Endzweck des Krieges.“ Die nächste Ursache der Kriegsgefahr ist nicht die Person des Grafen Bismarck; wenn Bismarck nicht wäre, oder von der Kugel getroffen worden wäre, so würde über kurz oder lang der Konflikt doch zum Ausbruch gekommen seyn. Die nächste Ursache ist, wie von dem Abg. v. Roggenbach gesagt wurde, die Schleswig-Holsteinische Frage. Die Veranlassung zum Kriege liegt also darin, daß Preußen Schleswig-Holstein gegen den Willen der Bevölkerung anneriert will und daß Oesterreich sich dem widersetzt. Ist das nicht die ungerechteste und frevelhafteste Ursache zu einem Kriege? In Preußen anerkennt man das schon längst, deshalb ist auch für diesen Krieg in Preußen keine Begeisterung, während in Oesterreich für den Krieg eine Begeisterung herrscht. In dem Kommissionsberichte ist gesagt: es sey schwer zu entscheiden, wer von den beiden Großmächten an dem Konflikte die größere Schuld trage. Was in der ganzen Welt klar und ausgemacht ist, darüber hat die Kommission Zweifel. Hat sich die Kommission in einer egyptischen Finsterniß befunden? Denn darüber herrscht in der ganzen Welt nur eine Stimme, daß Preußen allein die Schuld hat, weil Preußen die Herzogthümer anneriert will und Oesterreich dieses nicht zuläßt. Um nun das Verfahren Preussens zu beschönigen, ist im Kommissionsberichte gesagt: „Wenn die Herzogthümer statt an der nördlichen an der südlichen Grenzmarken lägen, dann wären die Rollen nur vertauscht, die Sachlage aber würde die gleiche seyn. Woher aber die Kommission die Prämissen zu diesem Sage hat, dafür ist sie den Beweis schuldig geblieben. Sey dem, wie ihm wolle, so kann doch damit die jetzige Kriegsbedrohung nicht entschuldigt, noch weniger gerechtfertigt werden. Ich gebe zu, daß Oesterreich sich in der Schleswig-Holsteinischen Frage schwer an Deutschland versündigt hat, allein die Mittel- und Kleinstaaten sind durch ihre restriktiven Bedenken und Zweifel selbst Schuld daran, daß man sie auf die Seite gesetzt und ignoriert hat. Und die Folge hat gezeigt, daß der so sehr geschmähte Gasteiner Vertrag vielleicht unabthätlich doch auch im Interesse Schleswig-Holsteins und Deutschlands geschlossen ist; denn Oesterreich ist es, das jetzt wenigstens das Recht der Herzogthümer und das Recht Deutschlands gegen die Bergengeltung Preussens schützt. Es hat dies ein Holsteiner selbst, nämlich May, in Frankfurt klar und deutlich gesagt. Was für ein Lärm würde entstehen, wenn der Fall umgekehrt wäre? Sehen wir den Fall, daß Oesterreich die Herzogthümer annerieren wollte und Preußen sich dem widersetzt. Ich glaube, es würde durch alle deutschen Gauen das Heldegeschrei ertönen: „Zu den Waffen, schlägt sie nieder die Oesterreicher.“ Ich würde selbst in dieser Ruf einstimmen, aber man muß auch mit gleichem Maße messen. — Der Herr Abg. v. Roggenbach hat gesagt, daß die Schleswig-Holsteinische Frage keinen Grund für uns darbiete, um in Aktion zu treten. Ich muß gestehen, daß diese Ausrufung Erkennen in mir hervorgehoben hat, denn seit mehreren Jahren haben wir gehört, die Schleswig-Holsteinische Frage ist eine deutsche und mit dieser muß die deutsche Frage entschieden werden. Man hat auch an einem andern Orte gesagt, die Schleswig-Holsteinische Frage sey nicht die tiefste und mächtigste Ursache der Kriegsgefahr, sondern eine Hauptursache liege in den trostlosen deutschen Zuständen, die einer Umgestaltung bedürfen. Wer wird denn befreiten wollen, daß die deutschen Zustände unpalatabler sind. Allein kann damit eine Kriegsbedrohung gerechtfertigt werden? Wir dürfen es uns nicht verhehlen und es ist mir aufgefallen, daß dies bis jetzt hier nicht ge-

sagt worden ist, der von Preußen heraufbeschworene Krieg hat keinen andern Zweck, als Preußen auf Kosten von Deutschland zu vergrößern und Oesterreich aus Deutschland hinauszudrängen; dies ist des Bübels Kern.

Ich stimme vollkommen in den Ruf ein: „Ohne Preußen kein Deutschland;“ aber ich füge sogleich hinzu: „Ohne Oesterreich kein Deutschland.“ ohne Oesterreich, sage ich, haben wir kein Deutschland, sondern nur ein Großpreußenland. Wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß ein so großer, so gut militärisch und bürokratisch organisirter Staat wie Preußen nicht in den kleineren Staaten aufgehen, daß vielmehr umgekehrt die kleineren Staaten ohne Oesterreich in Preußen aufgehen. Bismarck und ein großer Theil des Preußenthums denkt auch nicht daran, Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen, sondern umgekehrt, Deutschland soll in Preußen aufgehen. Ich halte es mit meiner Pflicht und meinem Gewissen für unvereinbarlich, irgend einem Programm oder Projekte meine Zustimmung zu geben, welches das Haus der Jahlinger zu preussischen Basallen und das badische Volk zu Preußen machen will. Es gibt Angstmänner und Neutralitätsfanatiker, welche die Befürchtung hegen, daß eine Mediation schon darin liege, daß das Kommando über das 8. Armeekorps einem österreichischen General übertragen werden soll, einem heftigen Prinzen, der bei Uebernahme des Kommandos aus österreichischen Diensten entlassen und als Bundesgeneral verpflichtet werden wird. Ist diese Furcht nicht eine lächerliche Gespensterfurcht? Um wie viel mehr müssen aber diese Angstmänner und Neutralitätsfanatiker eine Mediation von Bismarck befürchten, welcher nicht nur über ein Armeekorps, sondern über mehrere zu verfügen hat, und dem keine Verfassung und kein Eid heilig ist.

Ich gönne Preußen von Herzen eine Vergrößerung, ich fühle, daß Preußen eine Vergrößerung notwendig hat, aber ich will diese nur kraft des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volks und nicht durch rohe brutale Gewalt, nicht durch Blut und Eisen. Es handelt sich, man muß sich in diesem Moment offen aussprechen, ich würde es für einen Verrath an Vaterlande halten, wenn nicht Jedermann seine Ansicht offen ausdrücke, es handelt sich in diesem Konflikt nicht um die Ehre und die Selbstständigkeit Preußens, sondern es handelt sich um die Existenz und die Selbstständigkeit der deutschen Staaten, es handelt sich um den Bestand Deutschlands. Und in einem solchen Momente sollen wir neutral bleiben!

In dem Kommissionsberichte ist das Wort „Neutralität“ nicht genannt, aber man kann es zwischen den Zeilen herauslesen und es ist auch von einem großen Theil der Mitglieder des Hauses dem Beschluß des Abgeordnetentages zugestimmt worden, der sich für Neutralität ausgesprochen hat. Der Herr Abg. v. Roggenbach hat gesagt, er sey kein Freund von Neutralität, sondern er sey für selbstständige, vermittelnde Stellung der Mittelstaaten. Das heißt eigentlich mit andern Worten doch nichts Anderes, als er will eben auch eine Neutralität, denn ich kann mir eine selbstständige vermittelnde Stellung nicht anders denken, als daß man gute Worte nach Vercin und Wien hin telegraphirt. Wenn aber diese Worte keinen Eindruck machen, und diesen Worten nicht mit Waffengewalt Nachdruck gegeben wird, was ist es dann anders, als Neutralität? Was hat die Neutralität für einen Sinn? Ich will sagen, wie ich die Sache auffasse: dem Theil, der im Recht ist, dem will man nicht helfen; und dem Theil zu helfen, der im Unrecht ist, hat man den Muth nicht, oder es läßt es die Ehrlichkeit und Redlichkeit nicht zu. Das ist der Sinn der Neutralität, ich kann der Neutralität keinen andern Sinn beimessen. Wenn hinten in der Türkei fremde Völker aufeinander schlagen, dann kann der deutsche Philosoph und kann auch der deutsche Minister neutral bleiben; wenn aber deutsche Brüder sich schlagen und wir ruhig zusehen, so bietet dieses ein Trauerspiel dar, welches die ganze Welt mit Ekel und Abscheu erfüllt.

Der Gedanke, daß Baden allein neutral bleiben soll, ist die unglücklichste Idee, auf die man gerathen konnte. Ist denn Baden ein Staat wie die Schweiz, deren Neutralität von den Mächten garantiert ist, welche Garantie übrigens auch von sehr zweifelhaftem Werth ist, wie man jetzt schon merkt, und welche auch von den Staaten nur geachtet wird, wenn es ihnen in den Kram paßt. Wenn Oesterreich und Frankreich mit einander in Krieg gerathen, so marschirt Napoleon, d. h. er marschirt nicht einmal, er fährt mit der Eisenbahn ohne große Hindernisse in 2-3 Tagen von Genf nach Konstanz. Nichts wäre für Baden gefährlicher, als eine Sonderneutralität; Baden würde und müßte sofort von den Nachbarn, den Hessen, Bayern, Württembergern und Oesterreichern besetzt und würde vielleicht getheilt werden. Aber auch die Neutralität der süddeutschen Staaten, und wenn sie Alle bis an die Zähne bewaffnet sind, würde die größten Gefahren mit sich bringen. Man muß sich die verschiedenen Eventualitäten vergegenwärtigen.

Wenn Preußen siegt, was viele von den Herren wünschen werden, ja meinen Sie denn, der Graf Bismarck habe nichts Besseres zu thun, als daß er die Männer der Fortschrittspartei, des linken Zentrums, und etwa auch die der Rechten einberufen und mit uns gemüthlich berathen wird, was für eine Verfassung wir wollen? Für so naiv halte ich den Grafen Bismarck nicht. Ich glaube, daß der übermüthige Sieger uns sofort eine Verfassung befretten und das Manteuffel'sche Regiment mit Zuchthausordnungen einführen würde. Oder die andere Eventualität: Es siegt Oesterreich; Preußen kann nicht vernichtet und nicht aus der Landkarte gestrichen werden; der Sieger und der Besiegte werden sich daher verständigen und wir, die neutralen Staaten, müßten die Zehne bezahlen.

Die dritte Eventualität wäre die: Keine der beiden kriegführenden Mächte hätte sich eines entscheidenden Sieges zu erfreuen und sie hätten sich nur gegenseitig geschwächt; dann würde Napoleon den großmächtigen Vermittler spielen, er würde aber zu allererst sein Honorar von deutschem Gebiete sich holen. Durch die Neutralität können wir also nur verlieren, aber nichts gewinnen.

Man hat nun auch gesagt, die Mittelstaaten sollten es so machen, sie sollten sich jetzt bis an die Zähne bewaffnen, dann sollen sie die Oesterreicher und Preußen mit einander raufen lassen, bis sie todmüde seien, dann werde Napoleon kommen und dann werde die Großmacht der Mittelstaaten gerüstet und ungeschwächt dastehen und Napoleon von der Grenze zurückweisen. Ich glaube, wenn Napoleon diese Behauptung gehört hat, daß er ärger gelacht hat, als über die Cassenbauer der „Fortschritt.“ Wer glaubt, daß die Mittel- und Kleinstaaten ohne Oesterreich mit Frankreich fertig werden, der versteht von dem Kriegshandwerk kein Jota und verdient, daß er zur Strafe lebenslänglich in den Solatentrod hineingesteckt wird, damit er etwas davon verstehen lernt. In den Mittel- und Kleinstaaten darf man sich der Erkenntnis

nicht verschließen, daß nur eine entschiedene Politik die größte und beste Sicherheit gewährt. Je einiger und entschiedener Deutschland den preussischen Eroberungs- und Herrschaftsgelüsten entgegen tritt, um so mehr ist Ausflucht vorhanden, entweder das Unheil des Bürgerkriegs abzuwenden, oder die Dauer des Unheils abzukürzen. Nur dann, wenn die Mittelstaaten einig und entschieden in Aktion treten, sind sie im Stande, in die Geschichte einzugreifen und nationale Zwecke zu verfolgen und durchzusetzen. Wenn sie aber neutral bleiben, werden sie nichts erreichen, das liegt schon in dem Wort „Neutralität.“ Ich schliesse mit den Worten: „Gott schütze und erhalte Deutschland!“

Staatsminister Febr. v. Edelshcim: Es war auch der Wunsch der Regierung, daß ihr die Möglichkeit gegeben wurde, vor dieser heutigen Verhandlung in einer Kommissionsitzung unter Zugzug sämtlicher Mitglieder der Kammer sich über ihre Stellung zu der vorliegenden Frage eingehend auszusprechen zu können, weil, wie Sie gewiß Alle begreifen werden, es für dieselbe nicht möglich ist, in dieser noch schwebenden Frage sich in öffentlicher Sitzung dieses Hauses in eingehender Weise zu äußern. Die ganze Stellung der Regierung gegenüber den andern Regierungen, ihre Bemühungen und Versuche im Interesse des Friedens und der nationalen Sache würden darunter nothwendig nothleiden. Ich muß deshalb auch jetzt mich darauf beschränken, die Hauptgesichtspunkte zu wiederholen, welche, wie sämtlichen gebrüchlichen Mitgliedern bereits bekannt ist, die Politik der groß. Regierung in dieser schweren Krisis leiten. Es ist zuerst möglichste Hinwirkung auf die Erhaltung des Friedens. Die Regierung hat in dieser Beziehung Alles gethan und wird Alles thun, was möglich ist, um dieses kostbare Gut für Deutschland zu erhalten. In zweiter Linie geht die Regierung davon aus, sich vorläufig weder für die eine, noch für die andere der beiden deutschen Großmächte zu engagiren. In dritter Linie glaubt die Regierung, daß nach der geographischen Lage und den speziellen Interessen Badens, wie nach den allgemeinen Interessen Deutschlands es nothwendig ist, möglichst zusammen zu gehen mit den übrigen süddeutschen Staaten, weil dadurch allein die nationalen Interessen gewahrt, dadurch allein der Bundeserbes erhalten und dadurch allein die Integrität des eigenen Landes gesichert werden kann. Sie hält deshalb eine Isolirung von Baden für unmöglich. Es versteht sich dabei von selbst, daß dieses Zusammenwirken mit dem übrigen Süddeutschland nicht etwa so anzufassen ist, daß Baden unbedingt sich den Andern unterordnet, sondern es muß durch gegenseitiges Nachgeben eine Ausgleichung der Auffassungen und eine Vereinigung auf einer gerechten und aller Seits annehmbaren Basis angestrebt und gefunden werden.

Schließlich wird die Regierung auch, wie sie es schon bisher gethan hat, sich möglichst bestreben, die Idee der Bundesreform ihrer praktischen Verwirklichung zuzuführen und Alles, was dahin zielen kann, um diese wichtige Frage für Deutschland zu realisiren, wird bei ihr daher die lebhafteste Unterstützung finden. Es sind im Uebrigen Aeußerungen von verschiedenen Herren erfolgt, namentlich in der ausführlichen Rede meines Amtsvorgängers und sehr geehrten Freundes, die ich theilweise, namentlich was die Unmöglichkeit der Neutralität, so wie anderer Seits die Nützlichkeit der Vermittlungstendenzen betrifft, sehr gerne unterschreibe; es sind aber dabei auch Behauptungen von demselben erfolgt, die ich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse bestritten muß, namentlich über die Haltung der übrigen Regierungen in einzelnen konkreten Fällen; allein die Herren werden begreifen, daß es mir nicht möglich ist, mich darüber im Detail auszulassen, denn die Vertheidigung des Einigen würde den Tadel des Andern nothwendig zur Folge haben müssen. Eine solche Kritik wäre unbedenklich, wenn ich die Ehre hätte, auf den Bänken mir gegenüber zu sitzen, aber darüber wird Niemand im Zweifel sein, daß das von diesem Plage aus nicht möglich ist.

Die Regierung begrüßt im Uebrigen mit Freuden die heutige Sitzung, welche dem Lande Gelegenheit gibt, sich über ihre Politik auszusprechen, sie hat das aufrichtige und ernste Bestreben, mit dem Willen des Landes in Harmonie zu gehen, und sie hofft und glaubt, in dieser Harmonie mit demselben zu sein. Unsere Politik hat keinen ernstlichen Widerspruch erfahren, als wir in der Kommissionsitzung so eingehend und ausführlich, als es nach Lage der Sache irgend möglich war, vor den sämtlichen Mitgliedern des Hauses uns ausgesprochen und es liegt uns gewiß fern, den Vertretern des Landes gegenüber irgend zurückhaltend sein zu wollen und denselben ihren berechtigten Einfluß nicht einzuräumen. Wir haben dies in jener Kommissionsitzung, in, wie ich hoffe, allseitig befriedigender Weise gethan; ich muß mich noch einmal darauf berufen und muß darin die Rechtfertigung suchen und begründen, wenn ich außer Stande bin, mich hier weiter auszusprechen.

Gehard: Ich habe bereits in der Kommission der Regierung meinen aufrichtigen Dank für die Offenheit und Bestimmtheit ausgesprochen, mit der sie uns ihre Streben und ihr Ziel in dieser bedrängnißvollen Lage des Vaterlandes darlegte, und ich glaube eine Pflicht des Hauses zu erfüllen, wenn ich diesen Dank heute in öffentlicher Sitzung wiederhole.

Ich wende mich nun zu der Debatte, wie sie bis jetzt uns vorliegt. Ich war, wie ich schon bemerke, Mitglied der Kommission, und komme also, wie der Abg. Haager zu sagen beschreibe, aus einer ägyptischen Finsterniß. Sie werden mir deshalb zu gut halten, wenn ich nicht gleich im Anfang meines Vortrages Alles übersehe, wie das zu geschähen pflegt, wenn man aus dem Dunkeln in das Helle tritt.

Der Abg. v. Roggenbach, der zuerst in dieser Sache das Wort ergriff, hat, wie ich glaube, vorzugsweise von diplomatischen oder, besser gesagt, vom staatsmännischen Standpunkte aus die Sache aufgefaßt und behandelt.

Am weitesten von diesem Standpunkte entfernt scheint mir die Anschauung des letzten Redners aus diesem Hause gewesen zu sein: Ich will versuchen, nach meiner Auffassung und nach meinen Mitteln das Richtige zu treffen. Ich werde mich zunächst zu dem Vortrage des Abg. Haager, dessen ich so eben erwähnte. Er hat der Kommission mancherlei Vorwürfe gemacht, die sie schon um deswillen nicht verdient, weil sie Dasjenige nicht gesagt hat, was er ihr zum Vorwurfe macht, und in manchen andern Beziehungen glaube ich die Einwendungen des Redners leicht widerlegen zu können. Es ist, um mit der Hauptsache anzufangen, viel von Neutralität die Rede gewesen. Ich werde darauf noch näher zu sprechen kommen; nur will ich jetzt schon konstatiren, daß der Abg. Haager in einem Abg. Haager erklärt hat, daß die Neutralität ihm als etwas ganz

lächerliches erscheine, daß er aber vorerst für das Beste halte, für keinen Theil Partei zu ergreifen! Er hat von seiner Seite großen Werth auf das Bundesrecht gelegt, und es scheint fast, als ob der Art. 11 der Bundesakte und der Art. 19 der Wiener Schlussakte noch das Einzige sey, woran sich die deutsche Nation in ihrer großen Drangsal halten könne. Man hat heute insbesondere davon gesprochen, daß in der letzten Zeit selbst die Großmächte sich an den Bund gewendet und hiedurch das bestehende Bundesrecht anerkannt haben. Ich glaube, darüber sind wir in diesem Hause einig, daß der deutsche Bund, so wie er gegründet wurde, nicht mehr besteht. Es ist schon viel darüber gesprochen und geschrieben worden, ob sein Bestehen überhaupt noch eine rechtliche Grundlage habe; allein, daß er in seinen Hauptbestandtheilen faktisch nicht mehr besteht, darüber ist man in der ganzen Welt einig. Wenn sich die Hauptglieder dieses Bundes, Oesterreich und Preußen, neben den Bund stellen und erklären, sie handeln lediglich als europäische Großmächte, dann mag wohl noch irgend ein Bundesrest übrig bleiben für die Mittel- und Kleinstaaten; allein von einem eigentlichen deutschen Bundesverhältnisse, wie es im Jahre 1815 für sämtliche deutsche Staaten geschaffen wurde, kann vernünftiger Weise keine Rede mehr sein.

Der Abg. Haager hat erklärt, er wünsche sehr eine Vergrößerung Preußens; ich wünsche keine Vergrößerung Preußens, denn ich glaube, daß gerade die Größe anderer beiden Großstaaten es bewirkt hat, daß Deutschland so klein und erbärmlich ist. Es ist von dem gleichen Maße gesprochen worden, mit dem man messen soll; man hat die Faust gegen Preußen und Oesterreich erhoben und erklärt, unter Umständen werde man auch Oesterreich niederschlagen. Ich glaube kaum, daß dies Letztere in der Tendenz des Abg. Haager liegt.

Man hat gesagt, die Mittel- und Kleinstaaten haben es durch ihre doktrinaire Bedenken selbst verschuldet, daß sie nicht an der großen Aktion in Schleswig-Holstein Theil nehmen durften. Ich mache hier einen Unterschied zwischen den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten und zwischen dem Volke der Mittel- und Kleinstaaten. Das Volk war weder doktrinar, noch bedenklich; dafür rufe ich eine Reihe von öffentlichen Kundgebungen an, die sich zu einer Höhe erhoben, wie man sie früher kaum jemals in Deutschland gesehen hat. Allein alles Dies hatte aus genugsam bekannten Gründen keinen Erfolg, ohne daß man deshalb der Bevölkerung der Mittel- und Kleinstaaten einen Vorwurf machen könnte. Es ist wahrlich bekannt genug, daß die sogenannten Vormächte die Truppen der beiden Mittelstaaten Sachsen und Hannover aus Schleswig-Holstein hinausjagten, daß man die aufgeschleppte Bundesfahne herabris und erklärte, man sey hier nicht erschienen, um eine deutsche Mission zu erfüllen.

Es ist vom Abgeordnetenrathe und von unbedingter Neutralität gesprochen und es sind hieran herbe Vorwürfe geknüpft worden für eine unbedingte Neutralität bin ich auch nicht. Ich habe dies schon zu wiederholten Malen ausgesprochen und wiederhole es, um Mißverständnissen und Mißdeutungen vorzubeugen, nochmals. Im Uebrigen sage ich eben in dieser Sache, wie in allen andern öffentlichen Dingen, gerade und offen meine Meinung, und überlasse es dann einem Jeden, sie zu beurtheilen. Nur eines nehme ich hierbei für mich in Anspruch, den Glauben, daß ich Dasjenige, was ich sage, in der Meinung sage, das Beste zu fordern für unser deutsches Vaterland.

In erster Reihe wird man, und gewiß jeder Deutsche wird damit übereinstimmen, darauf ausgehen müssen, den schwer gesprochenen Frieden — denn er ist zum Theil und in einem gewissen Sinne schon gebrochen — in Deutschland wieder herzustellen, oder, wenn Sie wollen, zu erhalten. Vorzugsweise zu diesem Zwecke werden sich die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten, als die allein jetzt noch Unbetheiligten, zu einem Schutz- und Trutzbündnisse zusammenzusetzen und erforderlichen Falls unter thätigster Mitwirkung der Bevölkerung mit allen Kräften dabin zu wirken haben, daß in einem etwa dennoch ausbrechenden Kampfe der Großmächte nicht ganz andere Dinge vollzogen werden, als solche, welche die deutsche Nation sich als Ziel vorgestreckt hat.

Es ist von allen Rednern anerkannt worden, es ist meines Wissens überhaupt noch von Niemanden bestritten worden, daß man vorerst abwarten müsse, was Oesterreich und Preußen in nächster Zeit überhaupt thun werden. Es ist insbesondere von allen Denjenigen, die die bewaffnete Neutralität vertheidigen, gesagt worden und nichts Anderes ist von ihnen gesagt worden, als daß man den Zeitpunkt abwarten müsse, wo im partikulärhistorischen Kampfe der beiden Großstaaten ein nationales Ziel für das deutsche Volk in Aussicht sehe oder aber von dem einen oder andern der kämpfenden Staaten nationale Rechte oder Interessen verletzt werden.

Diesen Zeitpunkt, d. i. den richtigen Zeitpunkt für die Aktion der Mittel- und Kleinstaaten zu finden, das ist eben das Schwierige; hierin liegt eigentlich der Streitpunkt der so heftig sich kämpfenden Parteien. Niemand will wohl eine ganz unbedingte Neutralität oder gar eine förmliche Neutralitätserklärung. Darin allein gehen die Meinungen weit auseinander: Wann soll die Aktion beginnen?

Sicher erschienen scheint mir jener Zeitpunkt und damit das Recht und die Pflicht zum Beginne der Aktion, wenn von einem oder dem andern Großstaate die Integrität Deutschlands oder eines einzelnen deutschen Staates, der in der Sache unbetheiligt ist, ernstlich bedroht oder wenn von einem der beiden Großstaaten eine wirkliche Vergewaltigung versucht wird, sey es gegen einen jetzt schon konstituirten Staat oder gegen das erst noch zu konstituierende Schleswig-Holstein.

In diesem Falle wird für Deutschland der Zeitpunkt gekommen sein, um aus seiner Neutralität hervorzutreten.

Erlauben Sie mir, daß ich, bevor ich die deutsche Frage selbst bespreche, einen Blick auf unser Land werfe. Wie haben sich unsere Regierung u. unsere Kammer zu der deutschen Frage u. zu der schleswig-holsteinischen Frage insbesondere von jeher gestellt? Ich darf wohl, ohne Widerspruch zu gewärtigen, behaupten, daß Regierung und Kammer in beiden Fragen stets auf dem nationalen Standpunkte gestanden sind, und ich glaube, es würde ein Vorwurf nicht gerecht seyn, der darin bestünde, daß das badische Volk und die badische Regierung in dieser Sache zu irgend einer Zeit und in irgend einer Weise ihre Schuldigkeit nicht gethan haben. In der holsteinischen Frage war es die badische Regierung, welche zuerst dem Herzog von Schleswig-Holstein ihre guten Dienste anbot; die badische Regierung war es auch, die, als die deutsche Frage auftauchte, zu allererst mit denjenigen Grundätzen hervortrat, die auch das Volk für die richtigen erklärte. Während man uns Deutschen ein Stückchen von Verfassung von da oder

dorthin in Aussicht stellte, war es die bairische Regierung, die stets den Standpunkt einnahm, von dem aus allein dem deutschen Volke ein deutsches Parlament geboten werden darf, und dieser Anschauung der Regierung ist meines Wissens auch diese Kammer jeweils in ihrer großen Majorität zur Seite gestanden.

Wenn man die Dinge nimmt, wie sie jetzt liegen, so stehen sich zunächst zwei große wesentlich verschiedene Parteistandpunkte gegenüber. Sie kennzeichnen sich in den unheilvollen Worten: Preußen und Oesterreich. Aber man darf nie vergessen, daß es noch ein drittes Wort gibt, und Jeder, der dieses dritte Wort ausspricht, der das Wort Deutschland ausspricht, zählt gleichfalls zu einer Partei und wohl zu der berechtigtesten; er vor Allem hat darauf Anspruch, daß man ihn höre. Ich gehöre mit ganzem Herzen dieser letzten Partei an und will weder von Preußen, noch von Oesterreich etwas wissen. Ich will nicht preussisch seyn; ich will es am wenigsten unter den gegenwärtigen Umständen. Als eine Interpellation in der deutschen Frage aus diesem hohen Hause an die Regierung gerichtet wurde, habe ich, wie ich ganz genau mich erinnere, über die Zustände in Preußen in einer so bestimmten, so klaren und so fastlichen Weise mich ausgesprochen, daß ich wohl hätte erwarten dürfen, es werde ein richtiges Verständnis meinen Äußerungen zu Theil werden.

Ich habe damals ungefähr Folgendes bemerkt: Ich achte und schätze das preussische Volk hoch, ich achte insbesondere die Bestrebungen desselben, sich eines Regiments zu entledigen, das nur zum Untergang des preussischen Staats führen kann und das auf diesem Wege schon ziemlich weit geführt hat. Ich habe die ganze Politik des gegenwärtigen Kaisers der preussischen Geschichte in der schärfsten Weise verdammt und ich glaube auch jetzt noch, daß, so lange dieser Mann an der Spitze steht, eine Wandlung nicht zu erwarten ist.

Ich beklage aber das preussische Regiment nicht nur für Preußen selbst; dasselbe lastet auch schwer auf ganz Deutschland. Allerdings ist vor Allem das preussische Land und Volk zu beklagen und zwar nicht bloß um der traurigen Zustände willen, die geschaffen worden, sondern noch mehr um der Menschen willen, die in jenem Staate von Leiter und Leitung der öffentlichen Angelegenheiten angefaßt und verdorben wurden. Jener Großmachtsschwindel, der glaubt, er sey dazu berufen, die nordischen Herzogthümer und ein gutes Stück Deutschland dazu der preussischen Dynastie zu unterwerfen, hat nicht allein den Grafen v. Bismarck, sondern er hat auch eine Reihe anderer Männer erfaßt; sonst treffliche Männer haben, durch den Reiz, nach Außen zu glänzen, verführt, es leider über sich gewonnen, zu einer solch' widerrechtlichen und fehlerhaften Leitung der äußeren Politik, ja selbst zu der schmachvollen innern Politik Bismarck's die Augen zuzubringen. Dieser böse Geist ist aus den Kreisen jener Männer auch in das Volk hinausgegangen; ein Theil des Volkes ist davon infiziert und mit Schmerz und Bedauern muß hier konstatiert werden, daß auch theilweise das preussische Volk nicht immer und nicht überall Sinn und Herz für deutsches Recht und deutsche Ehre bekennt hat. Das Großpreussenthum ist aber nicht allein in Preußen selbst zu Hause; es hat die Grenzen Preußens überschritten. Auch zu uns heraus ist jener Geist gedrungen, der da glaubt, mit Vergewaltigungspolitik ein einiges und freies Deutschland zu schaffen.

Von dieser Politik und von einem solchen Regiment muß man sich mit aller Entschiedenheit abwenden und Alles, was von dort und in jenem Sinne geboten wird, ist für Deutschland nichts oder schlecht.

Ich wende mich nun zu dem andern Großstaate. Man sagt vielfach, derselbe befinde sich in einer bessern politischen Situation. Ich muß nun sagen, wenn ich kein Verehrer des einen Großstaates bin, so bin ich ebenso wenig ein Verehrer des andern. Die ganze Vergangenheit Oesterreichs, sein Einfluß auf Deutschland und auf die innere Verfassungsverhältnisse der einzelnen Staaten insbesondere, ist doch gewiß Jedem so tief in's Herz geschrieben, daß er es so leicht hin nicht wird vergessen können. Seit 1815 hat Oesterreich mindestens nicht weniger, als Preußen, Antheil an Allem, was da heißt Verkümmern des Verfassungsgesetzes und Verschlechterung der öffentlichen Zustände der einzelnen Staaten überhaupt, Niederwerfung des Preß- und des Vereinswesens, so wie an allen Vorgängen, die unbestreitbar als Akte der Reaction in der Geschichte auszeichnet sind. Dies deutet unwiderleglich darauf hin, daß man es hier mit demselben Regiment zu thun hat, wie in Preußen, gegen das, insbesondere wegen seiner gewaltsamen inneren und äußeren Politik, in neuerer Zeit vorzugsweise die öffentliche Meinung sich kehrt, hat indessen, wenigstens zur Zeit noch, eine Verfassung; wie lange solche unter den jetzigen Umständen noch bestehen wird, weiß ich freilich nicht. Oesterreich aber hat keine Verfassung mehr und zwar wurde in Oesterreich die Verfassung in einer Weise beseitigt, wie ich nicht glaube, daß sie in Preußen jemals beseitigt werden kann; man dekretirte eines Tages ganz einfach: Es besteht keine Verfassung mehr! und des andern Tages ist die Sonne über Oesterreich so friedlich und hell aufgegangen, als wenn nichts geschehen wäre. Wir haben gesehen, daß Preußen und Oesterreich zusammen unter Berufung auf ihre Stellung als Großstaaten in der hollsteinischen Frage vorgingen und die deutschen Elemente bei Seite drückten, daß sie als europäische Staaten in die Aktion eingetreten sind, daß sie der ganzen Sache den rein deutschen Charakter genommen haben, daß sie sich das Land überantworten ließen von Jemand, der nach ihrer eigenen früheren Erklärung kein Recht an dieses Land hatte, u. daß sie bis zur Stunde über dieses Land geschaltet haben, wie sie es für gut hielten. Was die Verwaltung des Landes selbst betrifft, so muß ich sagen, daß Preußen unzweifelhaft die Prämie gebührt; denn es wirtschaftete so, daß auch die letzte Spur von Sympathie verillgt ist.

In einem stehen indessen Oesterreich und Preußen sich vollkommen gleich; keines von beiden anerkennt das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer.

Es fällt mir deshalb schwer, dem einen oder andern Theil meine Sympathien entgegenzubringen; im Gegentheil, ich möchte mich, wenn es ginge, mit gleichmäßigem Widerwillen von dem einen wie von dem andern abwenden. In dem, was die beiden Großmächte gethan haben, liegt, wie ich glaube, eine große schwere Verschuldung an Deutschland und seinen nationalen Interessen.

Zwischen diesen beiden Großstaaten stehen nun die Mittelstaaten. Es ist vorhin schon bemerkt worden, daß man von den Regierungen dieser Mittelstaaten nach ihrem ganzen früheren Verhalten eine ernstliche Abhilfe kaum erwarten könne. Es ist von dem Abg. v. Roggenbach insbesondere bemerkt worden, daß jene Regierungen selbst unter sich noch nicht ganz klar über ihre Ziele sind.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und möchte fast behaupten, daß in den Mittel- und Kleinstaaten bei den Regierungen fast durchweg die Endziele, von denen wir meinen, daß sie vorzuziehen sollen, mit geringen Ausnahmen noch nicht als solche festgestellt sind. Ich verweise auf die unbestimmte und theilweise unter sich nicht übereinstimmende Fassung der Thronreden von Bayern, von Württemberg und die Erklärung des Herrn v. Dalwigk in der hessischen Kammer. Wenn in dieser großen Kalamität durch die Mittel- und Kleinstaaten etwas geschaffen werden soll, dann muß ein anderer Faktor hereingezogen werden, jener Faktor, der ganz offen und deutlich sagt, was er will, und das, meine Herren! ist das deutsche Volk. Dieses wird sich zu rechter Zeit auch sicher einfinden. Zur Zeit ist die Sachlage leider noch keine solche, daß man von einer großen Begeisterung in Deutschland sprechen kann. Je mehr aber die Gefahr an das Volk herantritt, je näher ihm die großen geistigen und materiellen Nachteile eines Bürgerkrieges vor Augen treten, desto mehr wird das Volk nachdenken über diejenigen, welche diese Kalamität über es gebracht haben. Das Volk ist überhaupt eine schwer bewegliche Masse; aber wenn es einmal zur Erkenntnis gekommen ist, dann darf man sicher seyn, daß es seine Ziele mit Kraft und Energie verfolgen wird.

Auf einem andern Wege, als unter Mitwirkung des Volkes selbst, glaube ich nie, daß die deutsche Frage gelöst wird. Es wurde gesagt, Bayern befinde sich vorzugsweise auf dem nationalen Standpunkte, man solle Bayern auf diesem Standpunkte zu erhalten suchen, man solle nicht im Kriegesifer so weit vorwärts stürmen, wie Württemberg, Hessen oder Nassau. Ich will dies dahin gestellt seyn lassen; allein in jedem Falle steht meine Ueberzeugung fest, daß erst dann, wenn an alle diese Regierungen diejenige Erwichte gehängt werden, die an dieser Sache hängen müssen, nämlich die wahrhaft deutsch-nationalen Interessen, die Sache in das rechte Fahrgeleise kommen wird. Daß dies richtig und in ausgiebiger Weise geschehe, ist Sache der Volksvertretungen in Deutschland; von Seiten der Volksvertretungen muß man entscheiden darauf bestehen, daß die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten einen solchen Nachdruck aus den Volkskreisen erhalten. Ueber den Zeitpunkt des Eintrittes in die Aktion bestehen, wie ich schon früher andeutete, verschiedene Ansichten. Die Einen sagen, man solle zuwarten, bis ein wirklicher Friedensbruch durch eine der beiden Großmächte vorliege und es soll der Bund, was ich indessen für höchst bedenklich halte, entscheiden, wer den Friedensbruch begangen hat. Die Andern — und zu diesen gehöre auch ich — sind der Ansicht, daß unter den jetzt obwaltenden Umständen nicht mehr das formale Bundesrecht allein entscheiden dürfe. Es wird vielmehr dem gesunden Sinn der verbündeten süddeutschen Regierungen und des deutschen Volkes überlassen bleiben müssen, zu beurtheilen, von welcher Seite dem Vaterlande die größte Gefahr droht, und da muß ich sagen, daß, so sehr ich wünsche und noch wünsche, daß wir ein mächtiges Preußen besäßen, ich doch nie einer Vergewaltigung Deutschlands oder auch nur Schleswig-Holsteins durch Preußen das Wort reden könnte.

Wenn ich mich frage, wer am meisten gefehlt, so antworte ich unbedenklich: die beiden deutschen Großmächte. Allein auch die meisten der übrigen deutschen Regierungen sind von der Verschuldung nicht frei zu sprechen. Sie haben zu wenig oder gar nicht gehört auf den in letzter Reihe entscheidenden Faktor, daß er es sicher ehlich meint, das ist das deutsche Volk. Fast sämtliche deutsche Regierungen haben seither zwei Sachen vertreten; sie haben äußerlich die deutsche Sache vertreten und innerlich haben sie, wenigstens zum größten Theil, dynastische Interessen verfolgt. Der Unterschied zwischen den Großstaaten und den Mittel- und Kleinstaaten besteht nur darin, daß die ersteren mächtiger und größer sind und deshalb größeren Antheil schaffen können, während die anderen nach ihren beschränkteren Machtverhältnissen nur kleineren Antheil anrichten können; daß aber hier wie dort gekündigt worden ist, das wird Niemand bestreiten, der die Geschichte unbefangen beurtheilt und unbefangen und ehrlieh seine Meinung ausspricht.

Zunächst und in erster Reihe wird allerdings das Bestreben der großen Regierung darauf zu richten seyn, den schwer bedrohten Frieden zu erhalten; erforderlichen Falls und in zweiter Reihe aber wird dieselbe mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln und insbesondere dadurch, daß sie sich mit ihren in gleicher Lage befindlichen Genossen verbindet, dahin zu wirken haben, daß nicht ungestrast deutsches Recht und deutsche Interessen verlegt werden.

Wenn der Zeitpunkt gekommen seyn wird, in welchem die große Regierung im Vereine mit ihren Bundesgenossen in Aktion zu treten hat, das läßt sich, wie Sie Alle wissen und zugeben, nur in allgemeinen Sätzen bestimmen und ich möchte Sie bitten, nicht einen Stein von der einen Seite auf die andere zu werfen, wenn in der Bestimmung dieses Zeitpunktes der Eine nicht der gleichen Meinung ist, wie der Andere. Als eine Verletzung deutscher Interessen würde ich beispielsweise es bezeichnen, wenn von der einen oder der andern Großmacht versucht würde, gegen das Recht und mit Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, so wie der einstimmig ausgesprochenen Rechtsanschauung des gesammten deutschen Volkes, sich eigenmächtig in den Besitz und die Herrschaft der Herzogthümer zu setzen. Die schleswig-holsteinische Sache ist ja so recht eigentlich ein Prüfstein unserer deutsch-nationalen Entwicklung geworden. Wenn man aber das bisherige Verfahren Preußens in den Herzogthümern und insbesondere in Schleswig betrachtet, so muß es jeden Patrioten mit Betrübnis erfüllen. Die Sache der Herzogthümer war im Jahr 1848 eine deutsche; sie war so eminent eine deutsche, daß jeder Deutsche in ihr seine eigene erblickte. Wie ist es geworden durch die Handlungsweise der deutschen Großmächte? Es ist zuerst eine preussisch-österreichische Sache daraus geworden, und zuletzt — man kann es nur mit Beschämung sagen — ist ein Theil der Herzogthümer, nämlich Lauenburg, ein preussisches Schutullherzogthum geworden und Oesterreich hat den Lohn dafür in die Tasche gesteckt.

Ich sage also: Zuerst den Frieden! Wenn es aber nicht geht mit dem Frieden, dann mögen die deutschen Mittel- und Kleinstaaten eng und fest zusammenstehen und mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln und Kräften demjenigen zum Siege verhelfen, was die Nation als ihr höchstes nationales Ziel vor Augen hat. Welches ist nun dieses Ziel? Dieses Ziel ist vor Allem eine deutsche Verfassung, ein deutsches Parlament. Ein solches wird und muß kommen; denn ich glaube nicht, daß die deutsche Nation von der äußersten Noth bis zur äußersten Noth länger dulden kann, daß Zustände bestehen bleiben, die fortwährend einen Krieg ermöglichen, der ganz Deutschland geistig und materiell zu vernichten droht.

In der neuesten Zeit ist mehr als je der Gedanke nahe geleg-

worden, daß es die höchste Zeit ist, diese Zustände zu beseitigen. Es darf nicht gebuldet werden, daß ein Mann oder zwei Männer einen Krieg heraufbeschwören über ein Land, das sich der Segnungen des Friedens erfreut; es ist doch gewiß nicht zu dulden, daß ein ganzes großes Volk in eine solche Kalamität hereingezogen wird, ohne daß es auch nur ein Wort mitsprechen darf.

Ich glaube, diese Zustände sind so faul, daß eine Abhilfe dringend notwendig ist, und ich werde mir erlauben, in dieser Rücksicht einen besonderen Antrag zu stellen. Mit diesem Antrage hängt eng zusammen ein weiterer, der sich zum ersten verhält, wie das Mittel zum Zwecke.

Ich sagte vorhin, es sey absolut notwendig, daß die Mittel- und Kleinstaaten sich so stark als möglich machen müssen, um den von ihnen zu vertretenden nationalen Interessen Eingang zu verschaffen gegen die widerstrebenden Großmächte. So wie die Sache jetzt liegt, beachtet man in Preußen und in Oesterreich keine Wünsche, sondern nur Waffen. Deshalb, glaube ich, ist auch von Seiten der Mittel- und Kleinstaaten das Augenmerk darauf zu richten, ihre Macht möglichst zu vermehren.

Nur eine auch für die Großstaaten beachtenswerthe Machtentfaltung der vereinigten Mittel- und Kleinstaaten wird der von diesen letzteren vertretenen Nationalität den erforderlichen Nachdruck verleihen. Ich gehöre keineswegs zu denen, die es als besonders wünschbar bezeichnen, die Soldatenmasse noch mehr zu vermehren und in Folge dessen das Kriegsbudget noch mehr zu erhöhen. Meine Meinung ist vielmehr die, man solle nicht so wohl quantitativ, als — um mich kurz auszudrücken — qualitativ die Wehrkraft des Volkes erhöhen.

Seit dem Jahr 1815 ist von Seiten unserer stehenden Heere, die schon ihrer ganzen Einrichtung nach nicht ein Erzeugniß des modernen Staates, vielmehr ein Ueberrest absolutistischer Zeit sind im Ganzen und Großen keine solche Haltung beobachtet worden, daß wir von dieser Seite her eine freundliche Unterstützung in der Erreichung des Zieles, das das deutsche Volk sich gesteckt hat, nämlich eines deutschen Parlamentes, erwarten dürfen. Ich föhnte Sie zur Bestätigung meiner Behauptung an viele politische Vorkommnisse erinnern; ja selbst in das soziale Leben hat jene staatsrechtliche Anomalie da und dort hineingespült. Ich erinnere Sie an das große Sängerkongress zu Dresden, wo sich deutsche Männer, der politischen Vereinigung in einem deutschen Parlamente entbehrend, zum Gesange und zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten versammelten. König und Minister begünstigten das Fest; allein erst in zwölfter Stunde und nur in Folge höherer Intervention war die Mitwirkung einer Militärkapelle zu erhalten; ich erinnere Sie an das Vorkommniß, welches neulich in Wiesbaden stattgefunden und allgemeines Vergnügen erregt hat. Militär und Bürgerschaft sind fast überall in Deutschland völlig von einander getrennt; ja sehr häufig stehen sich beide feindselig gegenüber.

Nach meinem Dafürhalten ist hier eine Ausgleichung und Vermittelung dringend geboten. Wenn Sie die Wehrkraft oder doch einen Theil derselben von dorthin nehmen, wobei zugleich die Ruhe nach deutscher Verfassung und deutschem Parlamente erschaffen, dann werden Sie der nationalen Entwicklung sicherlich bessere Dienste leisten, als wenn Sie solche ausschließlich auf einer Seite suchen, wo man den langjährigen Wünschen des deutschen Volkes vielleicht eher entgegenzutreten möchte. Wir brauchen eine nationale Wehrkraft und müssen deshalb die bestehende in der Weise ergänzen und kräftigen, daß daran alle jene wehrfähigen deutschen Männer Theil nehmen, welche erklären: das Ziel Deutschlands ist ein deutsches Parlament, wir wollen die Größe, Freiheit und Einheit des Vaterlandes, wir wollen keine dynastischen Interessen, wir wollen die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Solchen Männern müssen Sie die Sache mit in die Hand legen und dann erst ist eine Bürgschaft dafür gegeben, daß wir ein deutsches Parlament erringen, daß wir ein solches uns auch erhalten.

Ich komme zum Schluß. Wir stehen vor einer dunkeln Zukunft. Die Ereignisse schreiten vielleicht rascher und weiter, als wir es uns jetzt vorstellen. Wer weiß, was der drohende Krieg, wenn er ausbricht, in seinem Schooße birgt, welche Dinge diesem Kriege noch nachfolgen werden? Da möchte ich nun eine erste Mahnung aussprechen: Möge das ganze deutsche Volk einig bleiben! Es gibt der Feinde genug, die die Freiheit und Einheit unseres Vaterlandes nicht wollen; deshalb möge wenigstens das deutsche Volk fest zusammenhalten, das Vaterland bedarf in der gegenwärtigen Noth aller seiner Söhne. Die Einigung aller freisinnlichen Deutschen ist die einzige Bürgschaft, daß das geeinigte Deutschland ein freies werde.

Die Anträge, die ich dem hohen Hause zur Annahme empfehle, lauten:

Groß-Regierung wolle im Verein mit ihren Bundesgenossen:

- 1) auf die schnelle Einberufung eines nach dem Wahlgesez vom Jahr 1849 zu bildenden deutschen Parlamentes mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dringen;
- 2) zur Durchführung der deutschen Bundesreform und zu einer dem Rechte und den nationalen Interessen Deutschlands entsprechenden Lösung der schleswig-holsteinischen Fragen die Erhöhung der vorhandenen Streitkräfte durch Organisirung einer das Heer ergänzenden Volkswehr vollziehen.

Schlusssatz: Ich unterstütze den Antrag des Herrn Vorredners, und kann nach seiner ausgezeichneten Ausführung mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Bei der Zerfahrenheit der jetzigen deutschen Zustände ist es ganz natürlich, daß die verschiedensten Anschauungswesen sich offenbaren, darüber, wie die Kriegsgesahr abgewendet, wie ein neuer Zustand des Vaterlandes geschaffen werden soll.

Wir sehen sogar, daß unter Solchen, deren politische Ansichten sonst ganz die gleichen sind, die größten Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege bestehen, die jetzt eingeschlagen werden sollen, und es ist ganz natürlich, daß hier eine vollkommene Gleichheit der Ansicht sich nicht herstellen läßt. Wir sehen auf der einen Seite, daß es nicht an Kruten fehlt, welche unbedingt für Neutralität schwärmen, Andere wollen die Neutralität nur unter Bedingungen, Viele wünschen ein unbedingtes Zufeldsehen gegen Preußen, und zwar theilweise aus dem Grunde, weil es eben überhaupt Preußen ist, theilweise aus dem Grunde, weil das stätgebundene Rechtsbrüche, — theilweise deshalb weil dadurch für Oesterreich gekämpft werden soll, — wir sehen, daß selbst Staaten, die noch kleiner sind, als Baden, bis an die Zähne gerüstet gegen Preußen bereit stehen, wiewohl ihre inne-

ren Zustände theilweise auch nicht besser sind, als die preussischen. Ich glaube nun allerdings auch, daß unsere Regierung sich unter den jetzt herrschenden Verhältnissen nicht isoliren kann, wir dürfen weder in der einen, noch in der andern Richtung eine Sonderpolitik treiben, und die Regierung wird es sich angelegen seyn lassen müssen, mit den Mittelstaaten, die uns umgeben, so viel als möglich Hand in Hand zu gehen.

Als Grundbedingung eines gemeinsamen Auftretens erscheint aber die Einberufung eines deutschen Parlamentes, eine allgemeine Volksbewaffnung, die Selbstständigkeit Holsteins, und die Wiederherstellung der deutschen Grundrechte. Wenn für diese Bedingungen Garantien geleistet sind, so haben wir jedenfalls die Genugthuung, daß wir nicht für Personen, sondern für Prinzipien zu Felde ziehen. — Anders kann sich faktisch die Sache stellen nicht gestalten. Es ist möglich, daß die Mittelstaaten die obengenannten Ziele nicht erreichen können, oder nicht durchgängig wollen, daß keine der beiden Großmächte sich zu Verwirklichung derselben bereitläßt, daß der Krieg plötzlich losbricht, und daß dabei die Schleswig-holsteinische Angelegenheit vor der Hand ganz in den Hintergrund tritt, und in diesem äußersten Falle ist es für uns eine Pflicht der Selbsterhaltung, daß wir jedenfalls selbst wenn wir neutral bleiben wollen und können, nicht unbewaffnet neutral bleiben. Es ist dies eine durch die Geschichte seit jeher nachgewiesene Nothwendigkeit. Wir wissen, daß die im Jahre 1805 noch übrigen deutschen Reichstädte, denen sogar durch den Reichsdeputationshauptschluß ihre Neutralität reichsgrundgesetzlich zugesagt war, sich vergebens bemühten, in dem damaligen Kriege diese Neutralität zu behaupten, sie wurde von keiner Seite respektirt, weil sie nicht vertheidigt werden konnte. Was nun in allen möglichen einzelnen Fällen geschehen soll, ist natürlich jetzt noch ganz nicht vorzuziehen. Für die Kombination liegt jetzt ein unermessliches Feld vor, um zu berechnen, was jetzt geschehen werde, was nicht geschehen werde, was allenfalls möglicher Weise geschehen könne, und was dann in jedem dieser Fälle zu thun sey. Allein mit Sicherheit ist hier nichts zu bestimmen, und alle möglichen Wechselfälle vorherzusehen, ist unmöglich. Wir müssen in dieser Richtung zu unserer Regierung, die uns in dieser Angelegenheit mit so großer Offenheit entgegengekommen ist, das Zutrauen haben, daß sie für unsere Interessen auch in der nächsten Zukunft in gleicher Weise thätig seyn wird. Daß aber jeder Entschluß eines bestimmten Standpunktes Seitens unseres Staates dadurch Nachdruck gegeben werden muß, daß die Weisheit des Volkes in größerem Maßstabe beigezogen wird, hat der Herr Redner schon so vollständig ausgeführt, daß in dieser Beziehung nichts mehr hinzuzufügen ist.

Kiefer: Niemand von uns verkennt den tiefen Ernst der Lage, unter der jetzt die schwierigste und wichtigste aller Fragen, die um die Schaffung des Gesamtstaates der deutschen Nation erörtert werden soll. Ein Redner dieses Hauses hat uns aufgefordert, es möge schlicht und einfach, aber wahr und ohne Rückhalt bekannt werden, was man glaube, und was die innere Ueberzeugung eines Jeden von uns sey. Dieser Aufforderung will ich pflichtgemäß nachkommen. Wenn wir einen Blick auf die demaligen Verwicklungen des deutschen Vaterlandes werfen, so müssen wir die Ueberzeugung gewinnen, daß alle jene Gründe der tiefen Erregung der Nation nur in einer Frage liegen. Es ist dies die Frage, welcher Weg zu einer Reform der deutschen Bundesverhältnisse ergriffen werden soll. Jeder hat die Ueberzeugung, daß das jetzige Bundesverhältnis nicht genüge, um der Nation Einheit, Macht und Schutz zu gewähren. Wir Alle fühlen und insbesondere jeder Mittelstaat wird die Wahrheit anerkennen müssen, daß kein genügender Schutz zu finden ist unter dem schwachen Schutze der jetzigen Bundeseinrichtung. Und doch ist das Bundesrecht die einzige Einrichtung, unter welcher wir nach der heutigen Gestalt des deutschen Gesamtstaatsverhältnisses Sicherheit suchen können. Einst als unsere Nation ihren ersten Reich, aber hart enttäuschten Jugendtraum von der erneuten Größe des deutschen Vaterlandes träumte, im Jahr 1848, als man sich nach den Mitteln umschah, eine starke Zentralgewalt zu schaffen, damals war der Blick der besten Männer Deutschlands auf den Thron der Hohenzollern gerichtet. Auf ihm, dem rocher de bronze des preussischen Königs, sollte die erneute Kaiserherrlichkeit deutscher Nation gegründet werden. Aber der preussische Herrscher hat den demokratischen Staat nicht gewollt, der ihm in dieser Kaiserkrone dargeboten wurde. Er hat sich nicht entschließen können, die Macht der Einheit zu erkaufen um den Preis der Freiheit der Völker.

Heute sind wir in einer ähnlichen Lage, heute wird uns die Einheit der Nation dargeboten, aber wir sollen sie bezahlen mit der Freiheit der Völker. Und diesen Vertrag so neu wir unter keinen Umständen eingehen. Ich gestehe es offen, auch ich habe mich an diesem Wege der Erfüllung unserer nationalen Wünsche getäuscht. Deshalb bin ich aber keineswegs von der Ueberzeugung zurückgekommen, daß das preussische Volk den höchsten Beruf erfüllen müsse für die deutsche Nation, unerschütterlich mein Glaube, daß dieser größte Staat rein deutscher Bevölkerung vor Allem dazu mitwirken bestimmt ist, wenn es gilt, einen mächtigen und jedem Stamme genügende Sicherheit gewährenden Bau der Einigung zu schaffen. Wir müssen uns aber versehen, daß wir nicht mit jenem Machtgeber, der die Feindseligkeit zu den Rechten des preussischen Volkes eingenommen hat, das Bündniß über unsere Zukunft abschließen, sondern mit dem preussischen Volke selbst. Vor kurzer Zeit hat uns ein deutscher Publizist zugerufen: „das deutsche Volk müsse noch viel preussischer werden,“ wenn es zum einheitlichen Ziele gelangen wolle. Ich meine, wir wollen antworten: nein, auch das preussische Volk muß deutscher denken und empfinden, wenn wir ihm unsere Zukunft vertrauensvoll in die Hände legen sollen! Darum sind wir keineswegs gewillt, die rühmlichen Eigenschaften des preussischen Volkes zu verlernen, oder der Wahrheit unser Auge zu verschließen, daß keine Einigung Deutschlands denkbar sey, ohne seine tapfere Mitwirkung. Aber zu der Ueberzeugung sind wir gelangt: Wir können diese Einheit nicht erreichen auf der Bahn des Mannes der Gewalt, der heute die Geschichte Preussens leitet. Noch vor wenigen Wochen, als wir hier von der Parlamentarismus sprachen, habe ich mich über die persönlichen und staatsmännlichen Eigenschaften dieses Mannes geäußert. Ich habe geglaubt, er könnte berufen seyn, die Rolle Cavour's in Deutschland zu erfüllen. Ich habe ihm hiezu die eminenteste Kraft und wagende Kühnheit angetraut. Cavour hätte aber den gewaltigsten Sinn, den die Massen besitzen, den Instinkt des italienischen Volkes für die Freiheit wachgerufen, ehe er es in die Schlacht führte zur Gründung der italienischen Einheit. Einen

andern Weg ist man in Preußen gegangen. Dort hat man die Rechte des Volkes und der Volksvertretung verhöhnt und mißachtet, man achtet sie heute noch nicht. Dies führt mich zu der Ueberzeugung, daß wir von diesem Manne für die Zukunft unseres Vaterlandes nicht diejenige That erwarten dürfen. Es steht mir fest, daß wir dieses hohe Ziel nur erwarten können von der Kraft des Volkes selbst. Wenn ich nun die Frage an mich richte, welche Mittel zu ergreifen wären, wenn wir heute den Einheitsstaat mit preussischer Spitze nach dem Gedanken von 1848 durchzuführen wollten, so muß ich mir sagen: dann wäre allerdings die Einschlagung jenes Weges der Gewalt geboten, den Graf Bismarck gewählt hat; man müßte beginnen mit der Annexion, man müßte die Soldatenmacht zu dem Zwecke dessen machen, der gegenüber dem Widerstand der Dynastien und gegenüber dem ausdauernden Widerstreben der Bevölkerung die Einheit durchsetzen wollte. Das ist jene Einheitspolitik, die man in Schleswig-Holstein treibt. Darum ist für uns Alle die Schleswig-holsteinische Frage zugleich die Frage der deutschen Reform. Will man diese Reform vom großpreussischen Standpunkt, dann muß man notwendig mit den Anhängern dieses Systems erklären: Es sey zu begrüßen, daß man die Ausdauer und den zähen Treß der Schleswig-Holsteiner breche und die Herzogthümer im Wege der Gewalt mit Preußen vereinige. So müßte also dann fortgefahren werden, der deutsche Krieg müßte die Mittel schaffen und eine genügende Grundlage gewähren zu jenem Einheitsstaate des Grafen Bismarck. Diesen Einheitsstaat dürfen aber wir nicht wollen. Wir müssen vor einen auf Vereinigung der Fürsten und Völker ruhenden Föderativstaat wollen, an seiner Spitze neben der Exekutivgewalt eine parlamentarische Vertretung der deutschen Nation, berufen nach einem Wahlverfahren, wie es das Reichswahlgesetz von 1849 geschaffen hat — den Föderativstaat, getragen von den Sympathien des deutschen Volkes. Wir müssen verlangen, daß dieser Gesamtstaat ein freier Staat sey, der alle Liebe und Kraft des Volkes an sich fesselt; dann erst werden wir in einem dauerhaften Gebäude wohnen, dann wird es möglich seyn, daß sich das deutsche Volk mit Ruhe und Sicherheit unter den Schirm dieses Staates begeben, weil es der Ueberzeugung ist, daß in ihm auch seine Verfassungsrechte Schutz und Raum finden werden. Wenn wir die Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage als den Anfang einer alle deutschen Einzelstaaten und ihre Verfassungen bedrohenden gewaltsamen Annexion behandle. Wir können nicht zugeben, daß die Verfassung irgend eines Volksstammes verletzt werde, denn gerade die Verfassungsrechte der Völker sollen die wirksamsten Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Einheit werden. Hiernach müssen wir uns entscheiden: dem Schleswig-holsteinischen Volke darf kein Recht auch unter dem Vorwande, daß eine Vergrößerung des preussischen Staates zum Vortheile Deutschlands gereiche, nicht vorenthalten werden. Wenn wir uns nur nach Bundesgenossen umsehen, die uns helfen sollen, auf diesem Wege die Schleswig-holsteinische und die deutsche Frage zu lösen, dann komme ich allerdings in die Lage, sagen zu müssen, es sey schwer, solche Bundesgenossen zu finden. Der Artikel 11 der Bundesakte ist nicht der sichere Weg, der zu diesen Bundesgenossen führen könnte. Auch in dem österreichischen Staate ist die Niederhaltung des nationalen Sinnes eines Volkes durch das andere bis in die jüngsten Tage das Hauptprinzip aller Staatspolitik geblieben. Jener Regierung war es jederzeit nur darum zu thun, gefügige Kabinete in Deutschland zu finden, aber sie fand kein Interesse daran, die freibestehenden Sympathien der Völker in Deutschland zu erwerben. Diese Erinnerungen müssen uns in diesem Augenblicke entschieden vorschweben. Es gibt aber nur einen unbeflecklichen Richter, der die Schleswig-holsteinische Frage nach dem Rechte zur Entscheidung bringen kann, und wenn wir diesen suchen, so wird sich von selbst erweisen, wer unser Bundesgenosse zum Vollzuge seines Richterpruches seyn kann. Die Selbstbestimmung des Schleswig-holsteinischen Volkes ist die erste Voraussetzung jeder richtigen Lösung. Man soll also die dynastische Frage, die Frage des Erbfolgerechts, vor das Forum der Verfassungsmäßigen Volksvertretung bringen. Aber auch damit wäre die Schleswig-holsteinische Angelegenheit noch nicht völlig geordnet. Man muß ferner festsetzen, welche Stellung Deutschland zukomme gegenüber den Herzogthümern, als einem deutschen Einzelstaate. Das kann nicht dem Schleswig-holsteinischen Selbstbestimmungsrecht, aber auch nicht der jetzigen Bundesverfassung überlassen werden, denn diese ist nicht befähigt, die Lenkerin der Geschichte unserer Nation in einem so schweren Augenblicke zu seyn, sie besitzt nicht das Vertrauen, das zu jenem Richterpruch, dem von allen deutschen Völkern das Gewicht der Entscheidung beigelegt werden soll, unbedingt notwendig ist. Es muß also ein anderer, neuer Faktor für dieses Richteramt geschaffen werden, in dieser Richter ist das deutsche Parlament. Ist es uns also darum zu thun, Schleswig-Holstein zu befreien, so muß jede Regierung nach Kräften dahin wirken, daß dieser Faktor schleunigst berufen werde. Und nun frage ich: hat Oesterreich irgend etwas gethan, was eine Garantie darbieten würde zur Erreichung dieses Zieles, der Volkspolizei? Nein! aber wir wollen immerhin sagen, unter welchen Bedingungen und in welchem Augenblicke wir mit ihm in die Aktion eintreten können für die Schleswig-holsteinische Sache, unter welchen Voraussetzungen wir denselben unterstützen welcher für unser Recht und das Schleswig-Holsteins in die Schranken tritt, — nur dann, wenn Oesterreich selbst für seine deutschen Staaten das Parlament mit einberufen, wenn es sich in gleicher Weise, wie die andern deutschen Staaten, diesem Parlamente unterordnet, das Richteramt über die Schleswig-holsteinische Frage diesem Parlamente zuerkennt und dessen Richterpruch zu vollziehen sich bereitläßt. Sollte Preußen auch gegenüber einem solchen Richterpruch noch dazu schreiten, mit der Gewalt der Waffen das Recht Schleswig-Holsteins mit Füßen zu treten und die Annexion zu vollziehen, dann wäre der Augenblick gekommen, wo unsere Zurückhaltung aufhören und die Politik der That beginnen müßte, wo man sich verbindet mit dem Bundesgenossen, der für eine zweifelhafte Sache gegen den Unterdrücker kämpft. Wir werden abwarten, ob Oesterreich sich zu einem solchen Schritte bereitläßt, ich möchte es heute noch bezweifeln; und gerade deshalb ist es von besonderem Gewicht, daß man seine Ent-

scheidung nicht nach dem Art. 11 der Bundesakte nimmt, sondern nur auf den Grund einer wirklichen, realen Garantie dafür, daß dasjenige durchgeführt wird, was die Nation will. Für unsere Pflichten ist es sonach geboten, daß wir der Regierung diejenigen Mittel verleihen, welche geeignet sind, Das, was wir wollen, zu einer wirksamen Ausführung zu bringen, und daß wir bereit sind, sie zu unterstützen, wie es unsere politische Ueberzeugung erfordert. Ich halte es daher für unsere Pflicht, nicht nur zu erklären, daß wir bereit sind, das Opfer zu bringen, das man heute fordert, sondern auch, daß man wünsche, es möge das badische Volk ausgerüstet werden, um für die Sache Deutschlands aktiv in den Kampf treten zu können. Dazu dient, wenn das hohe Haus dem von meinem Freunde Eckhard gestellten Antrag, den ich unterstütze, beitreten wird. Ich glaube in der That, daß es nicht genügen wird, das Heer auf den Kriegsfuß zu setzen, sondern daß der Moment gekommen, wo man verpflichtet ist, das Volk in die Lage zu setzen, für seine nationalen Ziele die ganze Kraft aufzubieten zu können. Es ist gut, dem Volke die Ueberzeugung schon heute beizubringen, daß der Augenblick nahe ist, wo es auch uns geboten wird, das Aeußerste an das Höchste zu setzen. Das Bewußtseyn dieser Pflichten wird im Volke geweckt werden, wenn eine Volkswehr ausgerüstet wird, die an der Seite des Heeres mitwirken kann. Unsere Pflicht ist, daß wir der badischen Regierung vertrauen, die in patriotischer Gesinnung stets nur der Sache Deutschlands in der Angelegenheit Schleswig-Holsteins gedient hat, wir Alle die Ueberzeugung in das Volk hinaustragen, daß Baden im Kampfe nur stehen wird unter dem schwarz-roth-goldenen Banner der Nation, nicht aber unter der schwarz-weißen oder schwarz-gelben Fahne des Partikularismus. Ich stimme mit dem Kommissionsantrage und unterstütze zugleich die Anträge des Abgeordneten Eckhard.

Beck: Vor Allen will ich meine Freude über die Rede des Herrn Redners aussprechen, insofern er sich in derselben feierlich und in einer ehrlich offenen Weise von der Theorie losgesagt hat, welche meines Erachtens seit dem Jahr 1848 eine der Hauptquellen ist, daß alle unsere nationalen Bestrebungen in den Sand verlaufen sind. Ich sage ihm meinen Dank dafür, weil er ein ehrlicher Anhänger jener Theorie gewesen ist. Ich halte es für ein gutes Zeichen, daß auch andere Männer daran denken, unsere Aufgabe anders aufzufassen. Was die Sache selbst betrifft, so will ich mir nur einige Bemerkungen erlauben: Man hat dem badischen Lande zugemuthet, es möge sich isoliren durch Das, was man Neutralität nennt, d. h. es möge sich selbst unbedeutend erklären, in einer Frage, die die ernste und folgenschwerste ist, welche seit den Befreiungskriegen an das deutsche Volk herangetreten ist, in einer Frage, bei welcher es sich um unsere heiligsten Interessen, vielleicht um unsere nationale Existenz handelt. Die Weisheit einer solchen Politik scheint mir dem Rathe zu gleichen, den Jemand einem Manne geben will, in dessen Haus das Feuer in allen Ecken ausgebrochen ist, er möge sich ruhig in seinem Zimmer verhalten und dort über das Thema, wie man am besten das Feuer löschen kann, Studiren mache, oder aber auch darüber, um das Haus gegen andringende Diebe zu vertheidigen, wenn das Haus verbrannt ist; alle die Theorien verschiedener Art von Neutralität, die man uns vorpredigt, scheinen mir diese Weisheit zu enthalten. Ich danke der groß. Regierung, daß sie sich gegenüber diesen nebulösen Phantasien auf den Boden der Realitäten gestellt hat und davon in ihrer Politik in deutschen Dingen sich leiten läßt. Gätten die Mittelstaaten vor Jahren schon sich aufgerafft, ihren ärmlichen Eisenschnitzeln, die nicht nur in den Regierungen, sondern ebenso sehr in den Kammern herrschten; zu vergessen, hätten die Mittelstaaten schon vor Jahren dazu gethan, sich zu einigen und zu verständigen, hätten sie sich auf einen nationalen festen Boden gestellt, unsere nationale Entwicklung hätte einen ganz anderen Verlauf genommen, sie wäre fruchtbarer geworden, als sie es leider gewesen ist. Wenn die Mittelstaaten, vorzugsweise die süddeutschen, die durch alle Bande der Natur und durch alle sonstigen Interessen an einander gewiesen sind, auf einem nationalen Rechtsboden, auf dem Boden des nationalen Fortschrittes sich einigen, dann bilden sie in Deutschland einen Faktor, mit dem Jeder zu rechnen hat, der da die erste Rolle spielen will. Daß die groß. Regierung sich an die süddeutsche Staatengruppe offen, entschieden und muthig angeschlossen hat, mich von Herzen getreut; davon erwarte ich außerordentlich viel. Der Antrag unserer Kommission hat auch im Allgemeinen diese Richtung der groß. Regierung gebilligt und mit diesem Antrage werden wir wohl Alle einverstanden seyn.

Der Bericht glaubt aber doch, Betrachtungen und Erwägungen anstellen zu müssen, mit denen ich wenigstens nicht einverstanden seyn kann. Ueberhaupt muß ich offen gestehen, als ich die sogenannte Motivirung las, kam es mir vor, als wenn darin mehr eine Art Nachgeben enthalten sey, als ein freies und frisches Dabeistehen. Ich will damit keinen Tadel aussprechen, aber die Wahrheit zu sagen ist meine Pflicht, ich erblicke im Gegenstheil auch hierin einen Fortschritt zum Besseren in den Ansichten und möchte nur wünschen, daß dieser sich mehr und mehr vollziehen möchte. Ich rechne z. B. in der Motivirung hieher die Unterforschung über den Fortbestand oder Nichtfortbestand des Bundesrechts, ob die übrigen Glieder verpflichtet wären, wenn das Bundesrecht verletzt wird, dafür einzutreten. Nach meinem schlichten Verstande kann darüber nie ein Zweifel seyn. Der Bund ist ein ewiger Bund, das ist das erste Gebot, an dem wir halten müssen, denn darin beruht die ganze nationale Existenz. Ja dieser Satz ist das Einzige, was der alte Bund der Nation gebracht hat, nicht den Fürsten. Er ist ein ewiger Bund, wird er also von einem Gliede verletzt, so müssen die anderen dafür einstehen. Das ist ein Satz des gefunden Menschenverstandes, oder wenigstens des fühligen rechtlichen Gefühls. Es werden dann in der Motivirung allerlei Betrachtungen und Erwägungen angestellt, die man fast wie Grundlagen zu einem bestimmten Programm deuten muß, das der groß. Regierung für ihre jetzige Haltung vorgeschrieben werden will. Ich halte dies für einen Mißgriff, wir können und dürfen in dieser ersten Zeit der groß. Regierung in keiner Beziehung die Hände binden. Es sind nur 2 Fälle möglich. Entweder müssen wir volles Vertrauen zu der groß. Regierung haben und sie deshalb unterstützen, oder wir haben es nicht, dann müssen wir den Muth haben, der Krone zu sagen, sie solle Männer unseres Vertrauens mit der Regierungsgewalt betrauen. Ich sage, wir dürfen der Regierung nicht ein so bindendes Programm vorschreiben. Es ist dies ein Widerspruch mit Dem, was wir beantragen.

Wir wollen, daß die Mittelstaaten zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammen gehen. Nur dann sind wir nur ein Glied und zwar keines der stärksten. Wie können wir denn der Regierung zumuthen, daß sie mit einem festen Programm hintret und von den andern verlangt, es zu unterschreiben. Heutzutage kann man mit einem vorherigen Programm nirgends weit kommen. Ich glaube, die große Regierung ist in ihrem vollen Rechte, wenn sie von uns auch ein volles Vertrauen verlangt. Aber nicht bloß von den Regierungen dürfen wir etwas erwarten, sondern es wird weit mehr davon abhängen, was wir selbst thun und was das deutsche Volk im Allgemeinen thut. Ich stimme deshalb den Anträgen des Abgeordneten Eckhard vollständig bei, denn sie zielen im Allgemeinen dahin, daß das Volk selbst gleichsam in Aktion treten soll. Sehen wir den Dingen, die da kommen, mit ruhiger Besonnenheit ins Auge; thun wir das Unserige und es wird gewiß das Rechte geschehen. Dann mag eine frevelnde Hand kommen, woher es auch sey und uns an unserm heiligsten Rechte antastet wollen, möge er auch mit Eisen gestrichelt werden, wenn im Leben eines Volkes große Konflikte ausbrechen, wie wir jetzt einen haben, und es steigt Einer nicht hinab in die Tiefe der Sittlichkeit der Moral des Lebens, sondern er glaubt, nur mit Gewalt Alles ausdrücken zu können, so ist dies ein Mensch, der das menschliche Leben und das Völkerverhalten entweder nicht zu beurtheilen im Stande ist, oder er ist ein Mensch, mit dem ein ehlicher Mann keine Gemeinschaft haben kann.

Kirchner: Ich will als Berichterstatter eine Aufklärung zu geben mir erlauben, in Beziehung auf den eingebrachten Antrag des Abg. Eckhard. Es war von dem diesen Vorschlägen zu Grunde liegenden Gedanken auch in der Kommission die Sprache, weshalb er auch im Bericht selbst, sowohl in Beziehung auf die deutsche Bundesreform, als auf die Volksbewaffnung angebeutet wurde. Ich glaube also, daß dieser Antrag bei der Kommission keinen Widerstand finden wird und wohl auch die Zustimmung des ganzen Hauses erhalten dürfte. Die Bedenken, welche gegen denselben ursprünglich, ehe er klar gestellt war, vorgebracht waren, sind durch seine jetzige Präzisierung verschwunden. Man wollte nicht nach dem Muster von 1848 eine Masse von Bürgerwehren im Lande schaffen, weil dadurch die Militärkraft nicht erhöht, sondern nur Anlaß zu Erzfessen gegeben würde. Es beabsichtigt deshalb der Antrag, daß diese Volkswehr in organischer Verbindung mit dem Heere stehen sollte, und dadurch sind wohl die Bedenken größtentheils beseitigt. Ebenso glaubte man, daß diese Maßregel nur dann ihren Zweck erfüllen und von Bedeutung seyn werde, wenn sie nicht von Baden allein, sondern von allen übrigen Mittelstaaten und mindestens von jenen der südwestdeutschen Gruppe ausgehe. Auch dieser Rücksicht ist durch den Antrag Rechnung getragen und deshalb unterstütze ich denselben. Ich kann es zwar nicht mehr im Namen der Kommission thun, ich glaube aber, daß alle ihre Mitglieder der gleichen Ansicht seyn werden. Ich erlaube mir jedoch, einen Zusatz zur Ziffer 2 des Antrags vorzuschlagen, welcher ausdrückt, daß die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nicht nur, wie der Antrag besagt: „dem Rechte“, sondern auch „dem nationalen Interesse Deutschlands“ entsprechend angestrebt werden solle.

Die Ursache, warum ich diesen Zusatz wünsche, ist nur die, um einem etwaigen Mißverständnis vorzubeugen, als ob in der Sache der Herzogthümer das dynastische und partikularistische Recht ausschließend maßgebend seyn und das nationale Interesse des Gesamtvaterlandes dabei gar nicht in Frage kommen solle.

Da ich nun gerade am Worte bin, muß ich auf die Angriffe, welche der Abg. Haager gegen den Kommissionsbericht gerichtet hat, doch Einiges erwidern.

Er hat unter Anderem zu meinem Erstaunen gesagt, daß es jetzt Mode zu seyn scheint, sowohl gegen die Bibel, als gegen das Bundesrecht aufzutreten. Ich muß es im höchsten Grade bedauern, daß der Abg. Haager in tendenziöser Weise eine solche entweichende Zusammenstellung gewagt und die heilige Bibel mit der Bundesverfassung, also mit einer Institution in Parallele gestellt hat, über welche der Redner selbst in dem gleichen Augenblicke den Stab gebrochen, nämlich ihre Beseitigung und die Bundesreform als etwas absolut Nothwendiges bezeichnet hat. Er hat ferner dem Berichte vorgeworfen, daß er sich zur Neutralität hinneige, und daß die Neutralität gar kein deutsches Blut in den Adern hätte, und des Bundesbruchs sich schuldig machen. Der Abg. Haager hat mir wieder in dieser Beziehung eine Rechtfertigung erspart, denn er hat man Schluß gesagt, daß man freilich zur Zeit weder auf die Seite der einen, noch der andern Großmacht treten könne. Er hat also dem gleichen Athemzuge aus seinen eigenen Adern sein gepriesenes deutsches Blut ausgegossen, und es auch mit dem geschmähten kalten Amphibienstaub der Neutralität erseht. Er hat ferner gesagt, der Bericht stelle die politischen Sünden der Großmächte gleich, die Kommission müsse sich deshalb in einer egyptischen Finsterniß befinden haben. Ich glaube aber, der Abg. Haager hat sich in keiner andern, in einer deutschen Finsterniß befinden, sonst würde er das in dem Berichte nicht gefunden, sondern erweckt haben, daß die Hauptschuld in der neuesten Zeit der königl. preussischen Regierung in Rechnung geschrieben, und daß dies der Zustand sey, wenn der Streitgegenstand am südlichen, statt am nördlichen Meere läge, so würden wahrscheinlich wenigstens die Rollen vertauscht, aber der Zustand wäre der gleiche seyn. Diese Vermuthung wird wohl erlaubt seyn, wenn man sich erinnert, daß Oesterreich im Inneren Preussens schon oft die Waage gehalten, ja es wohl übertroffen hat; ich erinnere nur an die Theilung Polens und eine Reihe von Beispielen in der Geschichte, wo Oesterreich etwas erobert und behaupten hat, und ich bin versichert, diese Großmacht würde sich noch heute nicht geniren, wenn es Preussisch Schlesien wieder anneriren könnte. Es hat mir leid getan, daß der Abg. Haager in einer solchen Weise den Kommissionsbericht zum Theil entstellte, zum Theil Dinge darin gefunden hat, die gar nicht darin stehen. Ich kann mir dies nur damit erklären, daß er den ganzen Inhalt seiner Rede schon festgestellt hatte, als der Kommissionsbericht erschienen, und daß er dann wahrscheinlich vergessen hat, die erforderlichen Abänderungen daran zu machen.

Moll: Nachdem schon eingehend die Stellung, die dieses Haus einzunehmen hat und ich mich vorzugsweise demjenigen, was die Abgeordneten Eckhard und Kiefer darüber gesprochen haben, anschließen kann, kann ich mich kurz fassen. Wenn wir heute in diesem Saale über die deutsche Frage sprechen, so muß sich der unendliche Gegensatz schmerzlich dem Herzen aufdrängen, in welchem Zustande wir heute Schleswig-Holstein erblicken und in welchem wir es erblickt haben vor

wenigen Jahren, damals als ganz Deutschland die schleswig-holsteinische Sache für die seine erklärte, als ganz Deutschland eintrat mit Gut und Blut für das Reich Schleswig-Holsteins. Wohl verkenne ich nicht, daß zu dem uns leider so ernst drohenden Bruderkriege Schleswig-Holsteins zunächst die Ursache gegeben hat; jedoch das eigentliche Ziel beider Mächte ist ein anderes geworden; es handelt sich nicht mehr allein um Schleswig-Holstein, sondern um den Austrag des langen und alten Kampfes um die Hegemonie über Deutschland. Wir aber wollen keine Hegemonie weder von der einen, noch von der andern Seite. Wir wollen Gleichberechtigung, aber keine Hegemonie von andern Stämmen, die, wenn auch größer, doch nicht besser u. deutscher sind, als wir. Es ist die Rede davon, welche Stellung wir dem drohenden Konflikte gegenüber einnehmen sollen. Auch ich bin der Meinung, wir müssen in erster Reihe unmöglich den Frieden zu sichern suchen. Wenn wir annehmen, daß der Krieg dennoch zum Ausbruch kommt und einer von den beiden Staaten Sieger bleibt, was werden wir zu erwarten haben nach Innen und nach Außen? Glauben wir, daß der Sieger dann so viel Selbstbeherrschung haben wird, dasjenige zu thun, was die deutsche Nation will; glauben wir, daß einer dieser Staaten in der Lage wäre, vollständig dasjenige zu beachten, was die Herzen des deutschen Volkes für ihre nationalen Ziele höher schlagen macht? Ich wage nicht, zu hoffen, daß wenn es zu einem vollständigen Siege von einer Seite kommen sollte, die Verfassungen und die Integrität der einzelnen Staaten vollständig geschützt bleiben werden; ich wage nicht, zu hoffen, daß die nationalen Zustände sich so entwickeln werden, wie wir es wünschen und nöthigenfalls mit unserm Herzblut erkaufen würden. Wir stehen einer dunkeln Stunde gegenüber, und seit Jahrhunderten hat Deutschland vielleicht kaum an einem ebnen so tiefen Abgrund gestanden. In der frühesten Zeit der großen vaterländischen Gefahr zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts hatten wir einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen; heute aber ist es der Bruderkrieg, vor dessen Abgrund wir stehen. Hätten wir heute einen gemeinsamen Feind, so könnten wir mit fröhlichem Herzen zur Vertheidigung unserer Grenzmarken in den Mitteln, welche an den Händen der einen oder andern Lage, als so, wo wir nicht wissen, was irgend daraus werden will, wo wir uns sogar der Zukunft nicht erwehlen können, daß wenn nicht alle Kräfte dagegen eingesetzt werden, bei einer Einmischung von Außen das Traurigste geschehen, eine Trennung, eine Theilung Deutschlands eintreten kann. Wollte Gott, daß es anders kommt! Deshalb müssen wir aber uns Alle verpflichtet fühlen, dieses Unglück zu verhüten, so lange und so weit es möglich ist; deshalb müssen wir die bewaffnete Vermittelung empfehlen. Ich stimme in dieser Beziehung den Berathern bei, freue mich auch über die Erklärung der großen Regierung und glaube, wir dürfen mit derselben Alles, was der Regierung von uns an's Herz gelegt wird, von derselben nach Kräften unterstützen, nach Möglichkeit erreicht werden mögen: Das ist unsere Regierung dieses Will, hat sie uns erklärt und ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß sie den uns von ihr dargelegten Standpunkt, so weit irgend thöulich zur Durchführung zu bringen, Alles ausbieten wird.

Wenn man noch etwas beklagen darf, so ist es der Umstand, daß in dieser allerdings höchwichtigen Fragen, doch nicht so obsektiv zu Werke gegangen wird, wie es gerade im Interesse der Gemeinsamkeit der Sache so dringend zu wünschen wäre. Wir stehen an der Beurtheilung einer wichtigen politischen Frage, und die Politik läßt sich nicht mit dem Herzen beurtheilen, sondern nur mit dem Verstande. Könnten wir allein unser Herz sprechen lassen, so würde Mancher vielleicht zu etwas anderem Resultate gelangen, als was er jetzt kommen muß. Ich bedauere, daß da Alle, deren Herz für das Wohl des Vaterlandes schlägt, in dem zu verfolgenden nationalen Ziele ziemlich übereinstimmen oder ganz einig seyn werden, in diesem Momente sich dennoch Meinungsverschiedenheiten über die zu diesem Ziele einzuschlagenden Wege zum Theil in einer drohenden Weise geltend machen, während Niemand wird behaupten können oder wollen, daß allein der von ihm vorgeschlagene Weg der richtige sey und dem Ziele zuführe.

Man greift die Neutralitätsweisheit an und spricht sogar von einem Berathe an der Sache, der durch Neutralität herbeigeführt werde, ohne sich vielleicht genau darüber klar geworden zu seyn, was diejenigen, die bisher der Neutralität das Wort geredet haben, darunter verstanden. Ich glaube, das mindestens sehr Viele, vielleicht weitaus die Meisten nichts Anderes wollten, als was wir heute wollen, das heißt ein bewaffnetes Zusammenstehen mit den übrigen, namentlich den südwestdeutschen Staaten, um in dem Augenblicke, wo es für die Durchführung der nationalen Aufgabe notwendig wird, durch die bewaffnete Macht auch in Aktion treten zu können. Es war bisher vorzüglich die Meinungsverschiedenheit nur über die eine Frage: Soll diese Staatengruppe sofort in die Aktion eintreten, so fort für die eine oder andere Seite sich entscheiden, oder soll sie den Moment abwarten, wo die Aktion notwendig wird. Wir haben den letzteren Weg gewählt, und ich glaube, es ist der richtige. Es ist eine Unmöglichkeit, heute zu sagen, wann diese Aktion eintreten soll; dies wird von dem Gange der Ereignisse abhängen, aber, wie der Abg. Eckhard gesagt hat, sie wird eintreten, wenn den nationalen Zielen von irgend einer Seite der Weg getreten oder wenn die Integrität der mit einem der verbündeten Staaten von irgend einer Seite bedroht, oder wenn fort u. fort eine Politik der Vergewaltigung und der Mißachtung des Rechts eingehalten werden sollte. Ich gebe zu, daß es einen politischen Standpunkt geben kann, wo man sagt: Schachte nicht das Recht, sondern die Macht der Thatsachen ist das Einzige, was mir zur Richtschnur dient. Aber im Volke ist es anders; dort kennt und will man diese politischen Gesichtspunkte nicht. Im Volke herrscht noch das sittliche Bewußtsein;

dort will man die sittlichen Gesichtspunkte bei jeder That, auch der Politik, mit in die Waagschale werfen sehen. Wenn wir uns also vergegenwärtigen, wie viel das preussische Volk von dem gegenwärtigen Regimente zu leiden hat, und wenn auch wir uns allen den schon so vielfach angeführten Gründen diesem gegenwärtigen Regimente in Preußen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten müssen, so gehen wir hier mit dem größten Theile des preussischen Volkes ein und denselben Weg.

Nichtsdestoweniger können wir unser Bedauern jedoch nicht unausgesprochen lassen darüber, daß gerade in dieser Frage der Vergewaltigung der Herzogthümer durch die preussische Regierung, durch die Aussicht auf Annerion manche sonst höchst achtungswürdige und in ihrem inneren Kampfe streng am Rechte festhaltende Männer sich verlocken ließen, diesen Annerionsgelüsten nicht mit der Entschiedenheit entgegenzutreten, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, und wie vielleicht Manches dadurch verhütet worden wäre. Wenn wir also in dieser Beziehung auch dem preussischen Volke manchen Vorwurf nicht ersparen können, so ist doch auf der andern Seite nicht zu verkennen, daß wir das von uns Allen als höchste Aufgabe erkannte Einigungswerk Deutschlands ohne das preussische Volk uns nicht ausführbar denken können.

Wir wollen daher wünschen, daß das preussische Volk sich uns immer mehr nähert und deutscher gefinnt werde, als bisher. Nur wenn Preußen in Deutschland aufsteht, können wir das Erreichen, was wir wollen, was der Zeitpunkt all unseres Strebens seyn muß, nämlich die Einigung Deutschlands. Und um auch in dem gegenwärtigen, gerade dieses Ziel auf das Ernstlichste bedrohenden Kampfe das Ziel dennoch hoch zu halten und mit Aufbietung aller Kräfte zu erreichen zu trachten, müssen wir uns mit denjenigen Staaten vereinigen, denen es, gleich uns, einstweilen noch vergönnt ist, nicht engagirt zu seyn.

Aber selbst wenn wir unsere Verbindung mit der südwestdeutschen Staatengruppe als geschlossen festhalten und, wie ich hoffe, in der Verfolgung unserer nationalen Gesichtspunkte diese Staaten mit uns einig gehen sehen werden, können wir doch alle Eventualitäten der Zukunft nicht zum Voraus berechnen. Noch ist es möglich, daß wir unsere eigene deutsche Sache nicht allein zur Entscheidung zu bringen haben werden, daß eine Einmischung von Außen nicht abzuwenden seyn wird; u. auch für einen solchen Fall, u. selbst wenn in Folge dessen möglicherweise ein Angriff von Außen her erfolgen sollte, so könnte gerade dann die südwestdeutsche Gruppe mit ihren 250—300,000 Mann einen ersten Anprall aushalten. Es ist freilich an einem andern Orte gesagt worden, unser Nachbar im Westen habe keine uns irgend gefährlichen Absichten, er werde sich vielmehr freuen, wenn die Machtstellung der deutschen Nation sich kräftig entwickle, und nichts dagegen haben, wenn dieselbe seiner eigenen ziemlich nahe käme. Ich möchte dies nicht behaupten und noch weniger im Vertrauen auf die Hochberzigkeit jenes Mannes die etwa nöthig werdenden oder wenigstens sich empfehlenden Vorsichtsmaßregeln vernachlässigen. Ich möchte nicht, daß, wenn jemals irgend ein Grund zu der Befürchtung eines Konfliktes mit dem Auslande eintreten könnte, nicht der letzte Mann aufgestellt und bei Zeiten jede Vorkehrung getroffen würde, um gegen Alles gerüstet auf der Hochwacht zu stehen, damit kein Stück deutschen Bodens abgerissen werde vom gemeinsamen Vaterlande. Und gerade wenn wir diese Möglichkeit ins Auge fassen, daß wir einem Angriffe von Außen her noch einmal werden zu begegnen haben können, müssen wir das bewaffnete Bündnis mit den südwestdeutschen Staaten um so notwendiger ins Werk setzen. Auch ist bereits darauf hingewiesen, daß in Kreuznach und Wehlar zwei Lager errichtet werden oder schon zusammen gezogen worden sind. Ich weiß nun nicht, wie viel oder wie wenig davon etwa für Süddeutschland zu fürchten ist. Aber ich theile nicht die Ansicht des verehrten Herrn Redners, der glaubt, daß die südwestdeutschen Staaten nur den Wunsch auszusprechen brauchen, um diese Lager wieder aufgelöst zu sehen; denn irgend welche Abhilfe muß die preussische Regierung mit denselben gehabt haben und heute noch haben, und wenn dies der Fall ist, so wird es schwerlich auf den Wunsch der südwestdeutschen Staaten ein solches Gewicht legen, daß sie um ihrerwillen die eigenen strategischen Dispositionen ändern. Ich glaube deshalb, daß wir auch nach jenen Seiten hin auf der Hut seyn müssen, damit wir auch dorthin gerüstet sind, falls irgendwelche Gefahr für Süddeutschland daraus hervorgehen könnte.

Schließlich bin ich vollständig mit den Anträgen des Abg. Eckhard einverstanden, und will mich enthalten, noch weiter darauf zurückzukommen. Auch ich bin der Ansicht, daß das Vaterland in Gefahr, und daß notwendig ist, die Wehrkraft nach Möglichkeit zu verstärken, damit, wenn die Stunde der Wirklichen, thatsächlichen Gefahr kommen sollte, wir, je besser gerüstet, um so kräftiger einschreiten, um so wirksamer unser Ziel erreichen können. Es ist die Rede davon gewesen, daß man durch bewaffnete Vermittelung den Frieden aufrecht erhalten könne, sich aber sonst nicht in den Streit zwischen zwei Brüdern mischen solle. Wenn wir nun aber das gegebene Beispiel feien beidem, im Kampfe befindlichen Brüdern festhalten wollen, so kann ich mir sehr wohl den Fall denken, daß die zwei Brüder nicht auseinander zu bringen sind. Kann man also in solchem Falle den Streit dennoch nicht hindern, so muß man, um etwas Schlimmeres zu verhüten, sich auf die Seite des Einen stellen, und wenn auch mit blutendem Herzen, den Andern bekriegen helfen, damit der Streit um so eher zu Ende geht.

v. Feder: Ich werde mich darauf beschränken, einige Gesichtspunkte aus der Diskussion hervorzuheben und auch einige Sachverhalte meiner Seite zu berühren. Es ist an uns eine Anwesenheit von 1,070,800 fl. zur Anschaffung von Pferden gemacht und wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, ob wir es im Interesse des Landes und des Volkes erachten, diese Forderung zu bewilligen. Ich muß gestehen, daß ich nur mit dem größten Bedauern die Bewilligung ausspreche und zwar aus dem Grunde, weil wir im Begriffe waren, im eigenen Interesse des Landes große Geldopfer aufzuwenden und nun gestört werden, diese eigene Interesse des Landes zu befördern und nöthig sind, möglicher Weise für weit weniger fruchtbar Zwecke diese Summe auszugeben. Trotz dem aber bin ich gegen meinen Willen veranlaßt, heute der Forderung der Regierung meine Zustimmung zu ertheilen. Man kann den Beweggrund aus der Vergangenheit darlegen, und man kann ebenso den Blick in die Zukunft wenden und kann die Gründe angeben, aus welchen man sich zu dertiger Bewilligung veranlaßt fühlt. Ich glaube, daß wir vortugeweise weder auf die Vergangenheit zurückzugreifen, noch die Zukunft unserm Blick zu richten haben, sondern der gegenwärtigen traurigen Moment ist es, den wir hauptsächlich ins Auge fassen haben, und der für uns entscheidend seyn muß, ob ein

artiger Aufwand gerechtfertigt ist, und so sage ich, ich werde keinen Kreuzer zu militärischen Rüstungen verwilligen, wenn mir die Politik der Regierung nicht die Aussicht bietet, daß diese Anstrengungen auch zu einem fruchtbringenden Ziele, sowohl im Interesse des Landes, als der nationalen Sache führen. Ich werde aber diese Forderung, ja noch mehr bewilligen, wenn sich die Aussicht darstellt, daß davon etwas in diesem Sinne geschaffen werden kann und es wird sich fragen, ob die Antwort so ist, daß man mit gutem Gewissen eine so erhebliche Forderung in diesem Augenblicke genehmigen kann. Wir treten damit wieder an die deutsche Frage heran und zwar in einem kritischen entscheidenden Augenblicke. Dies mag wohl die Ursache seyn, daß bei verschiedenen Versammlungen und andern Anlässen hinsichtlich der deutschen Frage in diesem Augenblicke wieder die Leidenschaften im deutschen Volke auf eine so bemerkenswerthe Weise erwacht sind. Ich bedauere diese Aufregung der Leidenschaften mit dem Abgeordneten Moll und wenn selbst ruhige überlegte Leute bei irgend einem Vorschlag in Heftigkeit ausbrechen, von Verwirrung und Aehnlichem sprechen, so kann man sich darüber nicht wundern, daß an anderen Orten, wo weniger Ruhe herrscht, noch stärkere Dinge vorgetragen werden. Es ist aber nach der einen, wie nach der andern Seite so, und wenn der Abgeordnete Moll nach der einen Seite hin einen Tadel ausgesprochen hat, muß ich es nach der andern auch thun. In dem Augenblicke, wo man nicht in das Horn der beiden früheren großen Parteien bläst, wo man sagt, ich will nicht mit Preußen und nicht mit Oesterreich gehen, tritt man auf und sagt, er will uns Oesterreich in die Arme werfen, er ist ein Reaktionsär, wohl gar ein Ultramontaner. Das sind auch Vorwürfe von der andern Seite her, und hiezu wird die klare Ueberlegung, die allein der Sache förderlich seyn kann, gehört. Ich schließe mich den einzelnen Ausführungen, namentlich denen des Abgeordneten Eckhard zum großen Theile an: Ich bin kein Preuze und kein Oesterreicher, sondern habe nur zu erwägen, was im Interesse unseres Landes und im Interesse der deutschen Sache das Zweckmäßigste seyn wird, und nun frage ich, wenn die beiden deutschen Großmächte mit einander in einen blutigen Streit gerathen, was ist unsere Aufgabe, was ist unser Ziel, das wir im Auge zu behalten haben. Ich habe mich aus der Erklärung der großen Regierung überzeugt, daß die Regierung thun wird, was der Lage des Landes, den Kräften des Landes, was dem ganzen Verhältnisse Baden zu Deutschland gemäß ist und deshalb werde ich für die Vorlage stimmen. Man hat nun in den Kreis dieser Frage ein Wort geworfen und das war der Anlaß, aus welchem die Leidenschaften ausgebrochen sind; es war das Wort „Neutralität“ und ich habe mich sehr gefreut, als ich von dem Abgeordneten von Roggenbach mindestens am Beginne seines Vortrags hörte, daß er ein entschiedener Gegner der Neutralität ist. Es hat mein Gefühl zurück gestoßen, als ich hörte, Neutralität ist die einzige Politik, welche die deutschen Mittelstaaten besorgen können in dem Kriege, der von beiden deutschen Großmächten geführt wird und der notwendiger Weise die deutsche Erde verunreinigen muß. Ich habe auch an das Bild von den drei Büdern gedacht, die in einem gemeinschaftlichen Hause wohnen, wo sie auf gegenseitige Unterstützung angewiesen sind und nun sieht der dritte Bruder, daß jene zwei andern mit einander in einem mörderischen Kampfe gerathen. Nun will man dem Dritten zumuthen, daß er die Schlafmütze über den Kopf ziehe und zusehe, wie die Andern ihre gemeinschaftliche Existenz zerlösen. Das ist keine würdige Aufgabe eines deutschen Mannes und keine würdige Aufgabe eines großen Volkes. Ich meine, von Neutralität kann man bei einem inneren Kriege nicht sprechen, es war ein Fehler, das man überhaupt davon gesprochen hat. Der richtige Weg ist der, den die Regierung im Auge hat und den ich ihr auch nur empfehlen kann. Wenn die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen in einen Kampf sich verwickeln sollten, eine Thatfache, die wahrscheinlich ist und die man befürchten muß, so wird es wohl die Aufgabe der übrigen deutschen Staaten seyn, dahin zu wirken, daß der Kampf, wenn er ausgebrochen seyn sollte, alsbald wieder beendet werde, und setze ich mit der übrigen Ausführung des Abg. Eckhard vollkommen einverstanden bin, daß die Vereinigung der übrigen deutschen Staaten ein Parlament, eine Reform des deutschen Bundes herbeizuführen habe, so finde ich doch, daß er einen Punkt übersprungen hat, der gerade der entscheidendste ist, und den der Abg. Moll am Schlusse hervorgehoben hat. Ich bin der Ueberzeugung, daß wenn wirklich die beiden Großmächte in einen Kampf verwickelt werden, wenn sie nicht beachten würden, daß sie ihre eigene Kraft aufopfern und Deutschland zum Spielballe des Auslandes machen, es die Aufgabe der übrigen deutschen Staaten und gerade der süddeutschen Staatengruppe ist, hier mit aller Entschiedenheit einzutreten und Denjenigen zurück zu weisen, der sich damit befaßt, gegen das Recht und das nationale Interesse im Kampfe zu beharren. Wer das ist, läßt sich in diesem Augenblicke nicht bestimmen, das wird der Gang der Dinge herausstellen, und wenn wir die Mittel erwägen, durch welche ein solches Eintreten der Mittelstaaten ermöglicht wird, wird sich auch der Weg dazu ergeben. Man hat von einer Vereinigung der Mittelstaaten, und insbesondere der süddeutschen Staaten gesprochen, dies aber nur vorübergehend und nicht mit der nötigen Schärfe betont. Ich glaube, jeder Kreuzer ist für umsonst vorausgabt, wenn sich nicht jeder dieser Staaten, welche für sich allein keine hinreichende Kraft aufzuweisen haben, dazu beibringt, einen ganz engen Verein, ein Schutz- und Trugbündniß mit den übrigen abzuschließen, um in einem bestimmten Augenblicke aktiv einzutreten, wo es möglich ist, den Frieden wieder herzustellen. Ich glaube, nur diese ganz enge Vereinigung wird es eines Theils ermöglichen, die Uebel des Krieges von uns abzuwenden, und andern Theils die Mittel geben, jene große nationale Aufgabe zu erfüllen, die uns dann gestellt seyn wird, nämlich den Frieden wieder zu erringen. Es ist die erste Grundbedingung, welche ich an die Verwilligung dieser wie der etwaigen weiteren Forderungen knüpfen möchte, daß ein solches Schutz- und Trugbündniß wirklich in Aussicht steht. Im vorliegenden Fall handelt es sich mehr um eine Ausgabe vorbereitender Art, welche keine eigentliche Rüstung in sich begreift, und wenn wir auch heute diese Forderung bewilligen werden, so wird man uns schwerlich den Vorwurf machen können, den man neulich unsern friedfertigen Nachbarn, den Württembergern, gemacht hat, daß sie offenbaret aufgetreten seyen. Will es sich hier nur um eine solche vorbereitende Ausgabe handeln, so bin ich auch nicht gewonnen, wegen Aufklärung über den näheren Stand der Unterhandlungen weiter in die große Regierung zu dringen, sondern begnüge mich mit den Zusicherungen, die in der Kommission und heute ertheilt wurden, daß solche Unterhandlungen im Laufe sind. Wie aus den Thronreden der Könige von

Württemberg und Bayern hervorgeht, ist auch dort die Absicht, in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Staaten zu handeln. Weil es sich also hier bloß um eine vorbereitende Ausgabe handelt, begnüge ich mich mit diesen einstweiligen Erklärungen, wenn aber weitere Anforderungen gestellt werden, werde ich mich nicht bestimmen können, einer solchen Anforderung zuzustimmen, wenn nicht zu gleicher Zeit uns die bestimmteste Vorlage über das Zustandekommen einer derartigen Vereinigung zu einem gemeinsamen Auftreten gemacht wird. Das sind die Beweggründe, die mich veranlassen, dieser Anforderung zuzustimmen, und ich glaube dabei hervorheben zu können, daß ich fast näher der Anschauung des Abg. v. Roggenbach in dieser Beziehung stehe, als denen, die die Dringlichkeit einer deutschen Reform betonen, denn ich habe auch mit großem Interesse aus dem Vortrage des Abg. v. Roggenbach die Aeußerung entnommen, daß die Rüstungen der Mittelstaaten hauptsächlich nur einen vermittelnden Charakter haben können. Diesen sollen sie haben, aber in dem Augenblicke, wo es ihnen möglich ist, dadurch den entstehenden Kampf zu beendigen, muß auch die Aktion beginnen und deshalb kann man nicht von unbestimmter Neutralität sprechen, die erst dann aufgegeben werden müßte, wenn große nationale Ziele errungen werden können. Wenn man darunter die baldmöglichste Herstellung des Friedens versteht, bin ich, wie gesagt, mit der Ausführung vollständig einverstanden, aber ohne diese wird es mir an der Hauptsache fehlen, welche ist, daß unser Vaterland zuerst wieder in einen geordneten Zustand gelangt. Hiernach glaube ich, mit Bezugnahme auf Dasjenige, was von Seiten der Herren Vorredner hervorgehoben wurde, meinen Vortrag schließen zu können. Ich will nur noch zum Schlusse erklären, daß ich mich gleichfalls gefreut habe, aus dem Munde des Abg. Kiefer eine Aeußerung über die wünschenswerthe Gestaltung der deutschen Reform zu vernehmen, die meinen Ansichten vollkommen entsprechend ist.

Kries: Ich bin im Zweifel gewesen, ob ich in so später Stunde das Wort noch ergreifen soll, umfomehr, als bereits von mancher Seite Vieles berührt ist, was auch ich sagen wollte. Ich kann aber doch nicht ganz verzichten, beschränke mich jedoch auf Dasjenige, was mir noch nicht genügend hervorgehoben zu seyn scheint. Im Allgemeinen glaube ich mich auf den Standpunkt stellen zu sollen, daß ich genau die Vorlage nach der momentanen Lage in's Auge fassen. Die große Regierung hat diese Forderung eingebracht, indem sie dieselbe mit einer Erklärung begleitete, welche schon in der Kommissionsitzung im Allgemeinen befriedigte. Wenn ich mich nun aber auch zumal nachdem die Bemerkungen des Abgeordneten von Roggenbach die Zustimmung des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten erhalten haben, für die Vorlage bereitwillig erklären kann, so behalte ich mir doch ausdrücklich vor, jede etwaige spätere Vorlage nach der späteren Sachlage besonders zu beurtheilen. Ich möchte meinerseits in diese Debatte doch nicht noch einen etwas traurigeren Ton hineintragen, als er in den bisherigen Reden vorgeherrschet hat. Ich sehe vieles von Dem, was uns bevorsteht, viel trüber an, als manche der Herren Vorredner und ich befinde mich in der That in einer Stimmung, die es mir unmöglich macht, auf Manches einzugehen, wozu mir sonst der Abgeordnete Haager Gelegenheit geboten hätte. Ich finde, daß wir uns ganz schnell in eine sehr gefährliche Lage bringen können. Ich bin tief betrübt worden, als ich wahrnahm, mit welcher Raschheit eben dann, wo es sich darum handelt, bestimmte Positionen für ein großes Handeln und für höchste Ziele zu nehmen, das deutsche Volk in all den alten Gelehrten und Streit wieder hineingezogen wird. Gleichwie ein Geheiß mit Lust in seinem Gorte wählt, so wählen die Parteien Alles auf, was dazu dienen kann, um Anderen Vorwürfe zu machen. Was schon vor Jahrzehnten zu den häßlichsten Ersparungen gehörte, und so Viele schmerzlich berührt hat, daß auch ein Kreis ruhiger besonnenster Männer nicht einen Rathschlag aufstellen konnte, ohne von denen, die abweichender Meinung waren, sofort dem Vorwurf der Feigheit und des Verrathes hinneigen zu müssen, eben dieses ist schon wieder erlebt. Wie doch so anders ist die Stellung, welche man in Italien eingenommen hat. Wohl hat man auch dort versucht, den fraglichen Vorwurf auf's Tapet zu bringen, man hat von derselben Seite her die Andern gefragt: Da ihr dort neuere Verbündeten sucht, so wollt ihr wohl die Freiheit des Landes verrathen? Aber wie anders hat sich die Waage zu solchen Infamitäten gestellt! Sie würde sich, hat man in ihrem Namen geantwortet, zu dem Zwecke der Befreiung Venetiens mit dem Teufel verbündet! Diese Verbindung möchte ich nicht anrathen, aber die Sache mag doch erwähnt werden, denn sie charakterisirt doch die Art der über unsere zankreichen Parteibeschlüsse hinausgehobene Stimmung des Landes. Wir sind freilich in der übeln Lage, daß wir nicht bloß eine und zwar eine ganz klare Frage vor uns haben. Der Streit zwischen Oesterreich und Preußen geht als ein Riß durch ganz Deutschland. War aber etwa in einer andern Frage, in der Frage des deutschen Parlaments, die doch keine Frage verschiedener Parteien ist, die vielbesungene deutsche Einheit in den Herzen wirksam? O nein, auch sie hat uns geschieden! Ich möchte sodann auf etwas Anderes aufmerksam machen, worauf wir den Blick bei der Beurtheilung der gesammten Lage richten müssen und insbesondere bei Beantwortung der Frage, ich möchte sagen: mit welchem Tempo auch wir selbst an dem Kampfe Theil zu nehmen uns in Aussicht stellen dürfen. Ich glaube auch, von Anfang an kann unsere Stellung nicht eine neutrale in dem Sinne seyn, daß man daraus Profession macht; wir dürfen nicht passiv, aber wir müssen unbefangenen bleiben und wachsen seyn in dem Sinn, daß man in dieser oder jener Richtung etwas positiv Bedeutendes erreichen will. Aber im Betreff des Tempos, mit welchem man zu irgendwelcher Aktion überzugehen sich ansieht, sollte man doch ja die dann unausbleiblichen Aenderungen in der Scene genau in's Auge fassen! Es kommt mir vor, als ob dieses Geschlecht gar keine rechte Vorstellung hätte von den maßlosen Leiden des Krieges, von zerstampften Saat, niedergebrannten Häusern, von geplünderten Städten, von der Bauernschinderei und der Bürger Verweissung. Diejenigen, die die Sache dazu gebracht haben, werden davon nicht getroffen, sie werden in ihren geschützten Stuben und Schlössern sicher sitzen! Wenn die französischen Soldaten beim Stürmen im Krin-Kriege ihren Offizieren juristen, Epäuletten vor, hier kann man nicht Denjenigen, die die Sache angezettelt haben, zurufen, sie, die Schuldigen, sollen vorangehen. Also die Leiden des Krieges treffen die der Verschuldung fremden Kreise, von denen freilich zur Stunde gar mancher glaubt, er werde nicht davon berührt werden. Dieser Krieg

muß ein wahres Ungeheuer, er muß ein entsetzlicher werden, es ist gar nicht anders möglich und ich widerspreche der Meinung, daß es auf irgend eine Weise gelingen werde, ihm eine kurze Dauer oder einen nur lokalen Charakter zu geben, denn derjenige von den beiden Großmächten, der keine Allirten im deutschen Lande hat, wird sie im Auslande suchen. Ja ich behaupte, es wird auch keiner der beiden Großmächten unterliegen, denn wer momentan unterliegt, wird sogleich Allirte gegen den Sieger haben. Ich kann auch keinem der beiden Theile den Sieg wünschen — wie die Dinge heute liegen, wird uns der Sieg des Einen, wie des Andern Unglück bringen; ich glaube, daß es eine reine Illusion ist, daß man sich irgend etwas Gutes von diesem Kriege in Aussicht stellt. Wir werden nur entsetzliches Elend, aber gar keinen Vortheil haben. Es ist wahr, auf der einen Seite ist Enthusiasmus wahrnehmbar, auf der andern Seite zeigt sich nur traurige Resignation, die den Mann ohne jeden Haß gegen den Feind, von zu Hause fortführt. Wenn aber einmal die blauen Bohnen pfeifen und mit den Bayonetten gestochen wird, wenn die Nebenmänner fallen, dann kennt der Soldat sich nicht mehr und will erkennen den früheren Menschen in ihm auch nicht mehr. Es ist richtig, in Oesterreich ist zur Stunde ein großer Enthusiasmus für den Krieg, wir müssen aber bedenken, in Oesterreich ist eben nur ein kleiner Theil deutscher Nation, alle andern Völkerstämme haben an sich und immer einen tiefen, starken Haß gegen das deutsche Volk und das deutsche Wesen, und sie bekämpfen gerade in der letzten Zeit das deutsche Element in Oesterreich selbst mit einem Nachdruck und einem Erfolge, von dem so viele Leute gar keine Vorstellung haben können.

Wäre die Zeit nicht so vorgerückt, so würde ich Ihnen aus der heutigen Nummer der für Oesterreich so eifrigen Neuen Frankfurter Zeitung einen aus einem österreichischen Blatte entnommenen Artikel vorlesen, wo nachgewiesen wird, in welchem entsetzlichen Umfange die Entgermanisirung in Böhmen und anderen Ländern Oesterreichs vorgenommen wird. Daß man also dort auch noch aus kesseln andern Gründen für den Krieg gegen Preußen und in Deutschland ist, das ist selbstverständlich. Wenn aber, wie uns einstmals recht launig in der Augsburger Zeitung erzählt wurde, geographisch unbewanderte Kriegsteute aus jenen Völkern auf die Dänen mit dem frohen Rufe loschlügen: Nieder mit den Deutschen! so können wir in dem bevorstehenden Kampfe auf diesen Schlachtruf noch viel mehr gefaßt seyn, — und ich glaube nicht, daß dies ein anmüthiger Ton für unserer Soldaten Ohr seyn würde, wenn es von Slaven und Magyaren den Preußen gegenüber heißen würde: Schlacht sie nieder die deutschen Hunde. Diejenigen, die glauben, daß dieser Krieg nur ein paar Wochen dauern werde, haben gewiß noch nicht den hundertsten Theil der richtigen Vorstellung von einem so gewaltigen Kriege. Das Ausland wird höchstens gerade so lang „Gewehr bei Fuß“ stehen, als bis einer der Großmächte glaubt, oben zu stehen, dann werden sie mit diesem andern rasch fertig werden. Ich glaube deshalb, dieses am nachdrücklichsten Ihnen vor Augen führen zu sollen, daß bei einem Kriege gar nichts für uns herauskommt, als ein ganz sicherer, großer Verlust. Wenn ich alle nationalen Parteien abmahnen möchte, daß wir ein großes Zutrauen zu den maßgebenden Absichten einer der beiden Großmächte haben, so möchte ich das doch auch einigermaßen rücksichtlich der Mehrzahl der Mittelstaaten, denn diese haben doch vorherrschend partikularistische Tendenzen, und der Hauptbeweggrund für diese streitenden Mittelstaaten wird immer wieder seyn und bleiben; die feste Herstellung der jetzigen Bundesverfassung und die Erhaltung der vollen Souveränität der Einzelstaaten. Kurz gesagt, wenn Oesterreich mit den Mittelstaaten gesiegt hätte, hätten wir wieder am Anfange der Bundesstagsgeschichte und ein zweiter Akt jener unglücklichen Komödie für das mit Begeisterung für Deutschlands Einheit in den Krieg gezogene Volk stünde bevor. Ich verspreche mir also auch davon nichts Erheblicheres, wenn es gelänge, den Mittelstaaten zum vollen Siege zu verhelfen. Endlich möchte ich noch hinzufügen, wir wollen doch die Schwierigkeiten für eine wirklich gerechte Entscheidung nicht kleiner machen, als sie sind. Es ist natürlich ganz leicht, zu erklären: wir wollen nicht neutral bleiben, wir wollen aktiv werden. Erst das ist eine schwierige Frage: Wer ist es, gegen den wir die Waffen mit Recht wenden? Jeder setzt es schon als ausgemacht voraus, daß der eine der Friedensbrecher sey, gegen den er nicht neutral bleiben will. Ich bin überzeugt, daß mehrere derselben Mittelstaaten, welche jetzt gegen Neutralität eifern, wenn es entschieden wäre, daß der zu bekämpfende Gegner Oesterreich und nicht Preußen wäre, es vorziehen würden, neutral zu bleiben. Und ob es in dem einen, wie in dem andern Falle recht und klug ist, den nur m. h. r. schuldigen Theil ganz und allein zu strafen und den nur weniger schuldigen, statt auch einer Strafe einen größten Lohn zu gewähren, das ist das große Räthsel, vor dem wir stehen. Ich glaube deshalb, daß auch einer ebenso wohlmeinenden, als entschlossenen Regierung die Sachlage als eine äußerst schwierige erscheinen muß. Ich meinerseits wünsche, um das zu wiederholen, weder Preußen, noch Oesterreich den Sieg, weil ich mir von keinem etwas verspreche, aber so herzlich, wie ich es nur vermag, wünsche ich die Erhaltung des Friedens, weil ich sicher weiß, daß das Elend des Krieges unabsehbar ist, und wir besten Falles am Ende dastehen und haben ein Ziel erreicht, vielleicht den Augustenburger eingeseht, aber ringsherum ist Dede und Elend, und ob dieses Opfer der Sache werth wäre, darüber wird dann kein Zweifel mehr bestehen. Ich will damit kein Wort gegen die Sache selbst sagen, aber ich glaube doch, wir dürfen nicht Alles und Jedes unter diesen einen Gesichtspunkt bringen. Man wird eben hier doch auch bis zu einem gewissen Grade über die Berechtigung des Zieles, die Verhältnismäßigkeit zwischen Mittel und Ziel nicht vergessen dürfen. Ich wiederhole, daß ich gerne für die Anforderung Räume und nach der Erklärung der Regierung keinen Anlaß finde, besondere Bedingungen daran zu knüpfen. Gern unterstütze ich auch den Antrag Eckhard's u. zwar mit dem kürzestmöglichen Zusatz.

Mundt: Ich möchte zunächst auf eine Aeußerung des Abg. Haager zurückkommen, weil darin eine Anschauung vertreten ist, die ich in der That vielfach verbreitet gefunden habe, und die im Laufe der Debatte nicht weiter berührt wurde. Der Abg. Haager hat gerade in der schleswig-holsteinischen Frage das Verhalten Oesterreichs gerühmt. Er hat gesagt, wenn auch früher hier nicht Alles im Reinen gewesen sey, in der neuesten Zeit habe sich Oesterreich als Wähler des Rechts bewährt. Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß das ganze Verhalten dieser Großmacht gerade in Schleswig-Holstein zu dem äußersten Mißtrauen zwingt. Wenn Oesterreich nur die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins beabsichtigte, so war ja der einfachste Weg das Festhalten am

Bundesrecht, das die größte Sicherheit gegen preussische Annerions- gelüste darbot. Bis zur Stunde hat Oesterreich die Schleswig-holsteinische Frage nicht vor den Bund gebracht. Seine ganze Politik in dieser ist nur verständlich, wenn es entweder auf dem Weg der Unterhandlung mit Preußen auch für sich einen Ländergewinn zu erlangen hoffte, oder wenn es die Szene von 1851 zu wiederholen dachte. Auch ein selbstständiges Schleswig-Holstein müßte ja — das zeigt uns in diesem Augenblick das Beispiel der kleinen norddeutschen Bundesstaaten — in der Stunde der Gefahr an Preußen sich anlehnen, und die Handlungsweise der österreichischen Staatsmänner rechtfertigt daher den Verdacht, daß ihnen nicht nur ein preussisches, sondern auch ein deutsches Schleswig-Holstein ein Stein im Wege sey. Ich finde es deshalb begreiflich, wenn wir heute von liberaler Seite für den Fall eines etwaigen Zusammengehens mit Oesterreich von demselben Garantien für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer verlangen hören. Aber ich gestehe, daß ich außerordentlich wenig Hoffnung auf Versprechungen setze, zwischen deren Erfüllung ein vielleicht alle unsere Staatenverhältnisse umwälzender Krieg liegt. Schleswig-Holstein ist nicht garantiert, so lange nicht ein kräftiges Deutschland hinter ihm steht. Man hat ferner von Oesterreich Garantien in der deutschen Reformfrage verlangt. Was kann es uns aber hier bieten? Die letzte Aeußerung des Wiener Kabinetts in dieser Frage ist die, auf die Berufung eines Parlaments könne nicht eingegangen werden, bevor alle Bundesstaaten über ihre Vorschläge sich geeinigt hätten, d. h. n. e. m. a. s. Die Wiener Abgeordneten, die den Frankfurter Tag besuchen wollten und ihre Regierung um ein etwaiges Programm gingen, sollen nach zweitägigem Bedenken keine Antwort erhalten haben. Ich fürchte sehr, die österreichischen Staatsmänner dürften sich 2 Jahre lang befinden und doch keine Antwort finden, die uns genügen könnte.

Der Abg. Kiefer hat mir vollständig aus dem Herzen gesprochen, wenn er sich mit größter Energie gegen die Annerionsgelüste gewendet hat. Ich nehme mir sogar die Freiheit, den Grafen Bismarck nicht für einen großen Staatsmann zu halten, denn der Erfolg scheint mir das Maß der Begabung, und dieser Mann hat nicht weniger erreicht, als daß er sein Land mitten im Frieden in eine Lage brachte, wie sie sonst nur das Ende eines großen, unheilvollen Krieges zu seyn pflegt. Aber e in Verdienst allerdings spreche ich diesem Manne zu, das nämlich, daß er die preuss. Annerionspartei ruiniert hat. Diejenigen, die da meinten, mit Gewalt könne das deutsche Einigungswort vollbracht werden, haben das Ziel jetzt vor Augen, zu dem ihre Bestrebungen führten. Es ist nicht die Einigung, sondern der Bürgerkrieg, — und wenn der Krieg losbricht, so ist sein Ende im schlimmsten Fall die Theilung Deutschlands, im günstigen Fall vielleicht die Reaktion und die alte Bundesmiserie.

Der Abgeordnete Haager hat die Begeisterung des österreichischen Volkes gerühmt; dem will ich nicht widersprechen. Aber auch ich habe mit Aufmerksamkeit die Stimmung in der österreichischen Presse verfolgt. Ich finde darin die größte Erbitterung gegen Preußen, — eine Erbitterung, die ich den Oesterreichern wahrhaftig nicht übel nehme, sie haben ein Recht dazu; — aber von deutsch-nationalen Sympathien finde ich keine Spur. Kein zweites Olmütz, ein zweites Jena! heißt die Losung; bei einer Kartendivision könne Oesterreich nur gewinnen, für die Abtretung Venetiens würde sich der Gewinn von Schlesien und vielleicht die Stärkung Tyrols durch deutsche Hinterländer bis zum Denauf von selbst verstehen. Ich will von den preussischen Annerionsisten nichts wissen, aber von den österreichischen Annerionsisten erwarte ich auch kein Heil. Davon, daß man in den Provinzen da und dort den religiösen Fanatismus und den Hass gegen Preußen wieder aufstacheln, will ich nicht reden. Ich glaube nicht, daß die österreichischen Staatsmänner daran schuld sind. Aber darauf möchte ich hinweisen, daß man einer Bevölkerung, die solcher Mittel bedarf, um sie in Bewegung zu bringen, auch in seinen Zielen sich anpassen muß. Mit dem Pfaffensthum kann man die Freiheit nicht erobern, mit Magyaren, Czedern und Polen läßt sich das Wort der deutschen Einheit nicht gründen.

Auch das preussische Volk hat mir in der neuesten Zeit nicht immer gefallen. Das preussische Volk hat über seinen inneren Konflikt das große Deutschland zuweilen vergessen. Doch dieses Volk beginnt sich bereits zu besinnen, und die Zeit wird wohl nicht fern seyn, wo es die Erkenntnis, die ihm in diesen schweren Stunden geworden ist, durch die That an den Tag legt. Ob wir aber das preussische Volk in seinem deutschen Beruf bestärken, wenn sich ganz Deutschland gegen dasselbe in einen Krieg stürzt, bezweifle ich. Unsere Kanonen richten sich nicht gegen den Grafen Bismarck, sondern gegen das preussische Volk, und die Gefahr, die wir heraufbeschworen, gilt nicht dem Ministerium Bismarck, sondern dem preussischen Staat. Die jetzige Regierung kann nur von dem preussischen Volke gestützt werden. Ein zweites Olmütz aber würde uns wahrscheinlich so wenig wie das erste in Preußen oder in irgend einem andern deutschen Lande eine liberale Regierung bringen.

Es ist sehr viel von Neutralität die Rede gewesen. Seit die Frankfurter Volksversammlung Neutralität für Feigheit erklärt hat, hält man er für einen point d'honneur, den Gedanken an Neutralität ausdrücklich zurückzuweisen. In meinen Augen gibt es nur die eine Alternative: entweder ergreift man Partei, oder man bleibt neutral. Ich sehe nicht ein, warum wir uns scheuen sollen, offen zu sagen: in einem Kampf, in welchem jeder der streitenden Theile Zwecke verfolgt, die nicht die unsern sind, können wir vorerst keine Partei ergreifen. Für ein unbekanntes oder gar für ein nach unserer besten Ueberzeugung unheilvolles Ziel einzutreten, das ist nicht Muth, sondern Unbesonnenheit. Ich stimme deshalb den Rednern vollständig bei, welche ein unbedingt eintreten der untheilhaftigen Bundesstaaten in die Aktion verwerfen und vielmehr ein Zurückhalten derselben im Sinne der Vermittlung für das Bessere halten; aber auch im Interesse der Bewahrung unserer Selbstbestimmung, im Interesse der Bewahrung der deutschen Grenzen, die die Großmächte frevelhaft gefährdet haben, und im Interesse der Selbstbestimmung der deutschen Nation wünsche ich diese Zurückhaltung. Ich unterstütze daher namentlich den zweiten Antrag des Abg. Eshard. Denn die Ausführungen des Abg. v. Roggenbach, daß die Wahrscheinlichkeit der Gefahr nicht groß und deshalb nur ein geringes Maß von Rüstungen nöthig sey, kann ich nicht verstehen. Entweder ist keine Gefahr da, dann brauchen wir gar keine Rüstungen, oder die Gefahr ist sehr groß, dann müssen wir alle Kräfte aufzubieten suchen, um derselben wirksam begegnen zu können. Ich glaube aber ferner, dieser Antrag auf Volksbewaffnung hat nur einen Sinn, wenn wir den Motiven, die der Herr Abg.

Eshard demselben gegeben hat, uns anschließen. Was diejenigen, die jetzt schon entschieden in die Aktion eintreten möchten, mit der Volksbewaffnung wollen, verstehe ich nicht. Wir können unser Volk nicht bewaffnen, um für die preussische Annerionspolitik zu sechten, wir können es aber ebenso wenig bewaffnen, um für die alte Bundesmiserie in den Kampf zu ziehen.

Selig: Meine Anschauungen in der vorliegenden Frage haben in den vorausgegangenen Reden ihren vollen Ausdruck gefunden, auch hat mich die Erklärung der Regierung aus dem Munde des Hrn. Präsidenten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vollkommen befriedigt, so daß ich auf alle weitere Ausführung verzichten kann.

Trischler: Zudem ich mir das Wort erbitte, um in der heutigen Angelegenheit zu sprechen, war ich nicht von dem Gefühl getragen, den berechneten Worten meiner Vorredner noch etwas Neues beifügen zu können, wohl aber von dem Gefühl, mich offen und frei dem Lande gegenüber auszusprechen zu sollen. Als vor wenigen Wochen in diesem hohen Hause die schleswig-holsteinische Angelegenheit, beziehungsweise die große deutsche Frage zur Sprache kam, erlaube ich mir, hinzuweisen, daß bei der Entscheidung über große europäische Fragen die Klein- und Mittelstaaten ignorirt würden, wie wenn solche gar nicht existirten. Die Aktien über meine damalige Anschauungen sind bisher nicht gestiegen, wenn gleich sich Oesterreich u. Preußen bemüht haben, diese Staaten beiderseits für sich zu gewinnen. Es handelt sich aber hier meines Erachtens — und dessen sind wir wohl alle gewiß — nicht mehr um die Annerion Schleswig-Holsteins allein, für der Augustenburger von Preußen faktisch anerkannt worden war, welches als erberechtigter Nachfolger im Londoner Protokolle — es handelt sich vielmehr um ein wichtiges Stück Papier, um ein Dokument, aus welchem der unheilvolle Dualismus herausgerissen werden solle, ob in aller Zukunft Preußen und Oesterreich noch abwechselungsweise an der Spitze Deutschlands stehen sollen, oder ob in Zukunft Preußen allein diese Oberleitung erhalten. Da muß ich aufrichtig bedauern, daß Preußen die entgegengelegte wirkenden negativen Mittel angewendet hat, um sich die Sympathien der Klein- und Mittelstaaten zu erwerben. Preußen hat, wie allgemein bekannt ist, einen Vertrag mit Italien abgeschlossen, damit Italien Oesterreich in Venetien angreife, um preussischer Seite Oesterreich um so wirksamer im Norden in Rücken fallen zu können. Für das Gewahrenlassen dieser gefährlichen Pläne ist jedenfalls dem annerionslustigen Nachbar in Venedig ein Preis zuerkannt. Es ist die Fortrennung deutscher Landes dafür zugesagt worden und das ist meines Erachtens auch der wichtigste Grund, weshalb der Krieg weder in Preußen, noch in Deutschland populär werden will, es beweisen dies die vielen Kundgebungen aus allen Provinzen nach Berlin und warum ich es nicht für unmöglich hielte, wenn die Sachen so fortgehen, daß sich schließlich der Krieg gegen Preußen selbst wenden könnte. Oesterreich seiner Seite hat nicht minder unendlich an Deutschland gehandelt und wir brauchen zum Beleg dafür nicht Jahrzehnte zurückzublicken. So sehr ich den Oesterreichern den Sieg bei Magenta und Solferino gegönnt hätte, die Früchte dieser Siege hätte ich für Deutschland nicht gewünscht. Oesterreich hat verschiedene Paragraphen der Bundesakte schwer verletzt und mit Füßen getreten, während es jetzt verlangt, daß der §. 11 von den Mittelstaaten hoch und heilig gehalten werden solle. Ich habe nicht ohne Befremden in den Zeitungsberichten über Volksversammlungen gelesen, daß wir an der Seite Oesterreichs gegen Preußen marschiren sollen, aber an der Seite Oesterreichs gegen Preußen marschiren, habe ich mir so überlegt, an der Seite von 2-300,000 Mann österreichischer Truppen gegen Preußen marschiren, von denen nicht einer weder ein deutsches Wort redet, noch versteht, ebensowenig als die gegen Italien geführten Truppen italienisch verstanden. Es tritt nun die wichtige Frage an uns heran, wie die Klein- und Mittelstaaten sich Angesichts der drohenden Kriegsgefahr verhalten sollen, und da möchte ich mich mit den Herren Vorrednern dahin aussprechen, sich weder auf die eine, noch auf die andere Seite zu weifen. Ich würde es als ein wahres Glück betrachten, wenn die südwestlichen Staaten: Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau, sich zu dem osterwählten Schutz- und Trugbündniß einigen, um im rechten Augenblick nur für die reelle deutsche nationale Sache einzutreten. Was ist es, was das deutsche Volk will? Einen föderativen Staat will es. Im Jahr 1848 mögen es Viele gewesen seyn, die den Einheitsstaat mit preussischer Spitze wollten. Ich glaube aber, daß heute Niemand mehr die konstitutionellen Freiheiten im Staate mit dem Einheitsstaat vertauschen würde. Durch das Schugbündniß würden wir zunächst erreichen, daß einmal die Integrität eines jeden einzelnen Staats am kräftigsten gewahrt würde, dann würde dem Kriege am mächtigsten entgegen getreten werden, es würde endlich die große Schmach von Deutschland abgewendet werden, daß um den Silberling einer vielleicht momentanen Suprematie über Deutschland ein deutscher Volkstamm von dem deutschen Lande losgetrennt würde. Eingedenk des Eides, den ich beim Eintritt in dieses Haus geleistet habe, werde ich mich für jedes Opfer bereit erklären, das man von uns verlangen wird für die Integrität Badens, für unsere konstitutionellen Freiheiten nur für den föderativen Staat, wie er heute oft bezeichnet worden ist, und in diesem Sinne stimme ich dem Kommissionsantrage bei.

Lamey: Die große Regierung kann mit demselben Rechte, wie der Abg. v. Feder es gethan, von sich sagen, daß sie nur mit großem Bedauern die finanziellen Kräfte des Landes zu einer Rüstung in Anspruch nimmt; sie fühlt es so tief, wie nur irgend Jemand, und vielleicht noch mehr, was es heißt, dieses Land mitten im Wachsen seines Wohlstandes bedroht zu sehen von Ereignissen, die all die Güter und all den Erwerb gefährden, der seit einer Reihe von Jahren gemacht worden ist; allein die deutschen Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten im Allgemeinen sind es nicht, die die Lage heraufbeschworen haben, sie sind es nicht, die mit absoluter Selbstständigkeit über die Lage und über die Stellungen entscheiden können, die sie unter den vorkommenden Krisen einzunehmen haben. Wenn wir aus der Welt umschauen, so hören wir von allen Seiten, daß man den Frieden will, es ist in der That auch nicht eine einzige Persönlichkeit vorhanden, die nicht im Allgemeinen versichert, daß es ihr um den Frieden zu thun sey, mögen wir in Deutschland oder sonst wo nachfragen, allseitig wird dieser Wunsch nach Frieden ausgesprochen, auch in diesem Hause geschieht das. Gleichwohl es werden sofort an diesen Frieden weitere Wünsche angebracht, deren Realisirung eben unter Umständen mit der Haltung

des Friedens unvereinbarlich ist. Ich glaube, daß Sie Alle in Ihren Herzen, wie das auch der Kommissionsbericht sagt, zunächst den Frieden in dem wirklichen Sinne der gegenseitigen Abrüstung und der spätern Abmachung im Wege eines friedlichen Verständnisses vorziehen werden.

Dieser Friede könnte meines Erachtens ausgehen von dem Zustande, in dem wir uns befinden haben, bevor wir in die jetzige Kriegsrüstung eingetreten sind, und in diesem Fall würden wir in die Lage kommen, das, was wir wollen, nicht an den Krieg, sondern an ein friedliches Bestreben zu knüpfen. Ich bin im Allgemeinen der Ansicht des Abg. Kries, daß, wenn ein Krieg eintreten sollte, die Ereignisse über unsere Absichten hinausgehen werden; es werden auf längere Zeit alle Wünsche, die wir ausgesprochen haben, niedergebunden und es wird vielleicht erst einem viel spätern Zeitmomente vorbehalten seyn, darauf zurückzukommen. Insofern inzwischen von Seiten des Abg. Eshard solche Wünsche förmlich ausgesprochen worden sind, und in diesem Hause eine vielfache Unterstützung erhalten haben, kann die Regierung ihnen nur die Zulage geben, daß sie diese Wünsche in thunlichste Erwägung ziehen wird. Es ist der eine Wunsch, die Einberufung eines Parlaments, und in diesem begehren Sie, der Ansicht der Regierung, die in der That schon lange diesen Wunsch getheilt hat, und die sich sehr glücklich schätzen würde, wenn sie den Tag herankommen sehen könnte, an dem ein deutsches Parlament unter guten Garantien in Deutschland zu tagen im Stande seyn würde. Es ist ein zweiter Wunsch ausgesprochen worden, der sich darauf bezieht, daß zur Durchführung der Bundesreform die vorhandene Streitmacht durch Organisation einer Volkswehr vermehrt werden sollen. Auch in dieser Beziehung, wenn ich den Wunsch nämlich so verstehen darf, daß Sie eine wirklich kriegsbereite Mannschaft, nicht bloß im Phantom organisiert wünschen, wird die Regierung, wie ich glaube, schon durch die Verhältnisse genöthigt, ihre Erwägungen dem Antrage nicht verschließen zu können, allein es wird doch auch billig seyn, daß wir uns auf den wirklichen Stand der Realität zurückbeugen und fragen, in welcher Lage wir in diesem jetzigen Augenblick sind. Da, begannen wir nun, wie in diesem Hause, so auch in dem großen Deutschland, einer großen Mannigfaltigkeit der Ansichten. Wir sehen einen bestehenden Zustand, der unsern Wünschen durchaus nicht entspricht. Dieser bestehende Zustand soll verändert werden in der oder jener Richtung. Der Eine glaubt, in der Richtung, daß Preußen die Mainlinie gewinnen wolle, der Andere glaubt, daß es die Hegemonie von Deutschland gewinnen wolle, ein Dritter schiebt Oesterreich die Schuld zu; der Eine will Schleswig-Holstein an Preußen anneriren, ein Anderer es dem Herzog von Augustenburg übergeben, ein Dritter ihm die Selbstbestimmung lassen; kurz überall sind über die Frage, wie der Friede hergestellt werden soll, die Ansichten verschieden, nur darüber, daß der Friede hergestellt werden soll, daß er bleiben soll, sind die Ansichten einig.

Wenn wir nun aber auf die dermalen bestehende Kriegswirkung schauen, so können wir nicht läugnen, daß es in erster Linie die beiden deutschen Großstaaten sind, deren gegenseitige Haltung den Frieden zu bedrohen in der Lage ist, und daß es in der Stellung der Mittelstaaten ist, namentlich dem gegenüber in dieser Lage wo möglich den Frieden zu erhalten zu suchen. In dieser Richtung bezeugt sich die Regierung, wie ich glaube, vollkommen mit den Wünschen, wie sie hier ausgesprochen sind; mag die Wirkung dieser Wünsche da oder dort eine andere seyn, mag der Bericht dieses oder jenes ansprechen, was wir in seiner Gesamtheit nicht unterzeichnen würden, die Absicht und der Wunsch der Regierung ist es, wie im Kommissionsbericht auch betont ist, daß gegenüber dem gefährdeten Zustande Deutschlands der Friede wo möglich erhalten wird. Um aber in dieser Beziehung — und es ist dies bereits von der Regierung ausgesprochen worden — wirklich eintreten zu können, ist vor Allem nothwendig, daß die Regierung selbst eine unparteiische Stellung einnimmt; sie kann nicht in der Lage seyn, sich zum Voraus zu entschließen, wie dies Einer oder der Andere der Herren gethan hat, sondern sie muß wie ein richtiger Richter den streitenden Theilen gegenüberstehen. Würde sie schon zum Voraus eine Entscheidung treffen, so würde sie in der That die Rolle, die ihr gebührt, nicht erfüllen können, sie würde aber auch ihre Stellung nicht vollkommen erfüllen können, wenn sie allein stehen wollte, denn welche Anschauungen Sie auch von der Macht der bairischen Regierung haben mögen, soviel müssen Sie fühlen, daß wer ein gewichtiges Wort mit sprechen will, auch eine bis zu einem gewissen Grade gewichtige Macht haben muß; es ist deshalb das Natürlichste für die Regierung gewesen, daß sie in Gemeinschaft mit den übrigen Mittelstaaten zu gehen, versuchte und soweit thunlich auch geht, und diese Gemeinschaft, die vielleicht manchem Mißtrauen begegnet, ist erleichtert dadurch, daß im Großen und Ganzen unter den Regierungen und den Bevölkerungen gleiche Interessen vorhanden sind. Dabei müssen wir freilich einen Fehler ablegen, dem wir sehr leicht begegnen, der überhaupt den süddeutschen Nationen und Staaten, auch unsern nächsten Nachbarn eigen ist, daß sie immer meinen, sie müßten ganz und voll recht haben, sie dürften gar nichts nachgeben, die Andern müßten Alles nachgeben; ein Zusammengehen, erfordert, daß Jeder den Andern achtet, daß Jeder sucht, unter den verlässigsten Gründen seine Wege zu gehen, aber auch Jeder im Stande ist, etwas von seinen Anschauungen nachzugeben. Auf diese Weise haben wir in dem jetzigen Augenblicke, wie mir scheint, eine Position, in der wir Alle einig sind; welche weiteren Ereignisse bevorstehen und welche Position dann genommen werden muß, das können wir Angesichts der Möglichkeiten, die in diesem Widerstreit der deutschen Großstaaten auftreten, nicht erörtern, denn das müssen Sie Alle einräumen, alle unsere Erörterungen über das was möglicherweise geschehen könnte, wenn wir uns an Oesterreich, wenn wir uns an Preußen, wenn wir uns an Keinen anschließen, sind verfrucht, wenn zu diesem Konflikt zwischen der deutschen Staaten noch ein weiterer Konflikt, ein weiteres Eintreten anderer europäischer Staaten kommen sollte.

Kufel: Der Zweck der heutigen Diskussion soll und kann kein anderer seyn, als das Land darüber aufzuklären und zu beruhigen, aus welchen Gründen die große Regierung diese großen Opfer verlangt, und aus welchen Gründen die Vertreter des Volkes dieselben bewilligen. Um in dieser Richtung für die Belehrung und Aufklärung des Volkes, noch einige Worte zu sagen, daß es möchte auch in so vorgerückter Stunde noch Grund vorhanden seyn. Daß die glänzenden patriotischen und staatsmännischen Reden, die heute gehalten worden sind und mit denen ich zum größten Theil einverstanden bin, nicht im Stande seyn werden, beim größten Theil des bairischen Volkes ein je

stimmtes Urtheil über die deutsche Frage herzustellen, über welche heute Minister und Staatsrechtslehrer noch nicht einig sind, ist mir klar. Es ist unmöglich, einem größeren Theile des Volkes mit den Aeußerungen, die heute gegeben werden, mit Zeitungen und Schriften, ein bestimmtes Urtheil beizubringen. Aber eines ist von Werth, das wird in das Land kommen und seine Wirkung äßern, nämlich die Thatsache, daß die große Regierung und die Mehrheit dieses Hauses, vielleicht mit Ausnahme von 2 Stimmen, über den Gang einig sind, der jetzt genommen werden muß. Das Land wird erfahren, daß die große Regierung sich gegenüber seinen Vertretern offen ausgesprochen hat und es wird glauben, daß unter diesen Umständen es billig sey, der Regierung diese Anforderung zu bewilligen. Ein bestimmtes Vertrauen wird man bei der Mehrheit des Landes immer beanspruchen können, selbst wenn man nicht im Stande ist, die Gründe dem Lande vollständig begreiflich zu machen. Damit aber das Volk dieses Vertrauen behält, möchte es gut seyn, auch eine Warnung hinauszuschicken, nämlich die Warnung, daß man sich gänzlich verschließen möge gegen alle Einflüsterungen, die dahin gerichtet sind, eine gewisse Leidenschaft im Lande zu erregen. Es ist nicht zu fürchten, daß eine solche Aufregung gegen Oesterreich in unserem Lande erzeugt wird; dazu ist der Süddeutsche im Allgemeinen nicht geeignet. Ebenso würde es schwer seyn, mit der Idee von der Wiffion Preußens einen Fanatismus hervor zu rufen. Aber umgekehrt ist Gefahr vorhanden. Es sind zwei extreme Parteien, die sich merkwürdigerweise in entscheidenden Augenblicken stets zusammenfinden, die sich Mühe geben, in Wort und Schrift einen fanatischen Preußenhaß zu predigen. Es bedarf aber dem gesunden Sinne des Volkes gegenüber nur des Kennzeichens dieser Parteien, um es vor ihren Rathschlägen zu warnen. Die eine Partei ist die, die seit einer Reihe von Jahren das ganze System unserer Regierung, die freibüchlichen Bestrebungen und auch die Arbeiten dieses Hauses mit einem gründlichen Haß verfolgt. Diese ist es, welche den Preußenhaß predigt und Sympathien für Oesterreich verlangt. Die andere extreme Partei brauche ich auch nicht weiter zu beschreiben; wir kennen sie aus traurigen Tagen und sie hat sich auch neulich in der Frankfurter Volksversammlung ausgesprochen. Diese beiden extremen Parteien sind es, die es versuchen, in unserem Land das Verhältnis zu fördern, welches bisher zwischen Volk und Regierung sich kund gegeben hat. Ich möchte deshalb die Warnung hinauszuschicken, daß das Volk ruhig der Regierung und der Ständen in diesen Dingen vertraue und sich nicht von andern leidenschaftlichen Strömungen weiter treiben lasse. Auch die Meinungen unserer Nachbarn sind nicht unbefangener genug, als daß unser Volk aus denselben zu einem andern Sinne kommen sollte, denn da bestehen ganz verschiedene Meinungen, Furcht vor Annerion und Lust zur Annerion. Ich glaube, unsere Regierung und dieses Haus können darauf Anspruch machen, daß Dasjenige, was sie gemeinschaftlich für das Beste für unser Land halten und wofür sie sich vereinigten, im Lande geglaubt und angenommen wird, und daß die Bestrebungen feindseliger Art keinen Anklang im Volke finden.

Was nun die Anträge des Abg. Eckhard betrifft, so bin ich mit denselben ebenfalls vollkommen einverstanden, aber man muß die Wahrheit nach allen Seiten sagen und so bin ich der Meinung, daß, wenn man das Wort „Volkswehr“ geradezu in das Volk hinaus wirft und demselben die Aussicht eröffnet, alsbald unter die Waffen treten zu müssen, dieser Vorschlag schwerlich einen großen Enthusiasmus finden wird. Ich verstehe es aber auch nicht so; es soll ja nicht davon die Rede seyn, in Baden allein alsbald die Einwohner in Bürgerwehren zu formiren und zu exerciren; davon sind die Vorredner nicht ausgegangen. Man kann aber jetzt schon das Volk darauf aufmerksam machen, daß der Augenblick kommen kann, wo man nicht nur bei uns, sondern in ganz Süddeutschland mit der gewöhnlichen Heeresmacht nicht ausreicht und man große Opfer an Geld und Gut bringen muß. In dieser Richtung bin ich einverstanden, daß der Zweck, den wir erreichen wollen, hoch und theuer genug ist, um das Letzte daran zu setzen. Dann aber wird auch das bairische Volk gerne bereit seyn, diese Opfer zu bringen. Es handelt sich also nicht um eine vereinzelte Errichtung einer Volkswehr in Baden, sondern um die Verstärkung der bewaffneten Macht in einem größeren Theile von Deutschland für bestimmte nationale Zwecke und für den Augenblick, wenn es notwendig wird, sie aufzustellen.

Krausmann: Ich habe mich trotz der vorgerückten Zeit zum Wort gemeldet, weil ich es für meine Pflicht halte, in dieser verhängnißvollen Zeit und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes meine Ueberzeugung offen auszusprechen und meine Abstimmung nur mit zwei Worten zu motiviren. Ich gehöre zu Denjenigen, welche ein Zusammengehen der Regierung mit den übrigen Mittelstaaten wünschen. Ich sage auch, weder für Preußen, noch für Oesterreich soll Baden im Verein mit den Mittelstaaten zunächst für die Erhaltung des Friedens wirken, kommt es aber zum Krieg, dann soll Baden kampfbereit mit seinen Verbündeten sich bestreben, den Krieg möglichst fern vom eigenen Lande zu halten. Die Erklärungen, die von Seiten der Regierungsbank und geworden sind, haben mich in dieser Hinsicht vollkommen befriedigt und ich setze das Vertrauen auf die Regierung, daß sie bei den gegenwärtigen politischen Wirren diejenige Politik einschlägt, die für die eigene Integrität unseres Landes sowohl, als für die deutschen nationalen Interessen die beste ist. Ich werde dem Kommissionsantrage, so wie dem Antrage des Abgeordneten Eckhard zustimmen.

Eckhard: Bezüglich des ersten Antrags, den ich gestellt habe, will ich kurz bemerken, daß ich aus den Gründen, die der Abg. Kirsner geltend gemacht hat, seinem Amendement gerne zustimme. Was den zweiten Antrag betrifft, so kann ich von meinem Standpunkte aus die Auslegung, die der Abg. Kusel ihm gegeben hat, nicht für richtig erklären. Ich bin zwar keineswegs der Meinung, daß man jetzt sofort ohne Weiteres in unserem Lande Volkswehren errichten soll; ich bin aber ebenso wenig der Meinung, daß es bei diesem Wunsche sein Bewenden behalten solle. Meine Absicht geht vielmehr dahin, es möge die große Regierung sofort, wie sie andere vorbereitende Schritte zur Wehrhaftmachung thut, bei ihren Bundesgenossen dahin wirken, daß auch in dieser Richtung die erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden, damit die kommenden Ereignisse uns wohlgerüstet und wohlgeübt finden.

Rosbirt: Ich erlaube mir nur eine ganz kurze Bemerkung. Wenn ich den Abg. Kusel recht verstanden habe, so hat er gesagt, die hohe Kammer werde mit Ausnahme von vielleicht 2 Stimmen der Regierung ihr volles Vertrauen schenken. Ich für meine Theil könnte vielleicht in Gesellschaft des Abg. Haager als eine dieser Stimmen betrachtet werden, muß aber hiemit erklären, daß ich, wie schon der Eingang meines ersten Vortrags zeigt, das volle Vertrauen zur großen Regierung habe, daß sie die Sache in die richtigen Geleise lenken werde, und daß ich deshalb für die Vorlage der großen Regierung stimme.

Haager: Ich bin wahrscheinlich der Zweite, den der Abg. Kusel gemeint hat, ich muß aber bemerken, daß ich gesagt habe, ich habe das volle Vertrauen zu dem Schiffskapitän, daß er uns in einen deutschen Hafen fährt.

Kusel: Ich habe nach zwei Seiten hin persönliche Bemerkungen zu machen, dem Abg. Eckhard habe ich nur zu bemerken, daß ich ihn ganz richtig verstanden habe und nur gegen ein Mißverständnis warnen wollte, was leicht im Lande entsteht, weil die Leute, die die Zeitungen und Kammerberichte lesen, doch nicht mit der Genauigkeit die Worte prüfen, wie wir es thun. Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß es sich nicht darum handelt, jetzt und ohne Plan in unserm Lande Bürgerwehr zu errichten. Was die Bemerkungen der Abgeordneten Rosbirt und Haager betrifft, so muß ich ihnen überlassen, wie sie meine Worte auslegen wollen. Wollen sie die zwei Stimmen seyn, so habe ich nichts dagegen. Wenn sie in Wirklichkeit mit uns der großen Regierung das Vertrauen schenken, so würde ich gerne meine Aeußerung widerrufen und werde sagen, die Kammer ist mit allen Stimmen mit der Erklärung der Regierung einverstanden. Wenn Dem so ist, so wird es mich freuen, ich glaube es aber nicht.

Kirsner: Gestatten Sie mir nur wenige Worte als Berichtserfasser zur Verteidigung der Kommissionsanträge und deren Begründung. Im Allgemeinen freut es mich, daß gegen die Anschauung der Kommission so wenig Stimmen aufgetaucht sind, und diese sich hauptsächlich auf zwei Punkte beschränkt haben, auf den schwankenden Begriff der Neutralität und die Anwendung des §. 11 der Bundesverfassung. Gegen die Neutralität ist man insofern wohl mit Recht zu Felde gezogen, als man darunter versteht, daß man kalt und gleichgültig zusehen soll, wie die zwei Brüder in den großen Bundesstaaten sich zerfeilschen und daß man am Ende nur durch Aufstellung einer Grenzwehr dafür Sorge, daß wir nicht genirt werden. Das war die Absicht meines einzigen Mitgliedes der Kommission, sondern Alle waren für die Politik der Vermittlung, und zwar mit der entschiedensten brüderlichen Theilnahme und nöthigenfalls, je nachdem die Verhältnisse sich gestalten, auch mit Eintreten in militärischer Beziehung.

Es ist von einigen Seiten für den §. 11 sehr ernstlich aufgetreten worden und einige Redner haben geglaubt, er müsse unter allen Umständen maßgebend seyn, man müsse gegen Denjenigen, der den Frieden stört, mit aller Kraft aufzutreten und ihn zu Boden schlagen. Wenn sich die Sache so klar stellen ließe, wer seiner Zeit den Frieden gebrochen haben wird, ließe sich für diese Ansicht etwas sagen; aber gerade das ist eine Unmöglichkeit. Namentlich wie sich jetzt die Dinge gestaltet haben, glaube ich schwerlich, daß die preussische Regierung den Krieg beginnen wird. Wenn sie auch zuerst mit dem Säbel gerastelt und vielleicht gehofft hat, dadurch die andere Großmacht zum Nachgeben zu bringen, so scheint es mir doch, daß sie die Absicht eigentlich nicht hatte, den Krieg herbeizuführen, während die andere Großmacht im jetzigen Augenblick, gestützt von dem berechtigten Grolle der Bevölkerung, vielleicht eher dazu hinneigt, den Kampf zu beginnen. Ich glaube aber, daß alle Diejenigen, welche für den §. 11 eingetreten sind, durchaus nicht und unter keinen Umständen beabsichtigen, wenn Oesterreich den Krieg beginnt, dann mit der ganzen deutschen Volkskraft gegen dasselbe aufzutreten. Von einer Bundeserfution gegen einen Großstaat kann, so viel ich glaube, überhaupt nicht die Rede seyn, denn wer eine Erfution schießt, muß auch eine entscheidende überwiegende Macht haben. Gegenüber einem Großstaat haben wir die nicht. Die Bundeserfution fällt meines Erachtens mit dem Bürgerkrieg zusammen, und diesen haben wir Alle verurtheilt, Niemand hat ihn gewollt, folglich kann auch Niemand die unbedingte Anwendung des §. 11 verlangen. Ich schwärme nicht entfernt für das jetzige System in Preußen und ich glaube, es ist dies auch im Kommissionsbericht ausgesprochen, wie auch dieses System mit Recht von allen Rednern verurtheilt worden ist. Ich bedauere im höchsten Grade, daß die preussische Regierung sich die möglichste Mühe gegeben hat, um alle Sympathien im übrigen Deutschland zu tödten, und ich

glaube, es wird schwer halten, sich die früheren freundlichen Beziehungen wieder zu erwerben. Rasch wird es jedenfalls nicht gehen, vielleicht allmählig, aber vielleicht auch gar nicht, wenn nicht ein rascher Personalwechsel in Preußen eintritt. Der großen Regierung bin ich zum aufrichtigsten Danke verpflichtet für die Uebereinstimmung ihrer Erklärung mit den Wünschen und Absichten der Kommission. Es mag vielleicht seyn, daß sie mit dem einen oder dem andern Sage in der Begründung des Berichtes nicht ganz einverstanden ist, mit den Zielen scheint sie mir vollständig einverstanden zu seyn. Es sind vier Punkte, mit welchen die Erklärung der großen Regierung vollständig übereinstimmt, einmal, daß man in erster Reihe alles Mögliche thun solle, um den Frieden zu erhalten. In dieser Beziehung ist auch keine Einwendung, keine andere Meinung in diesem Hause ausgesprochen worden. Der zweite Punkt, daß, wenn der Friede nicht erhalten werden könne, wenigstens wo möglich die unmittelbare Verheerung des Krieges von dem eigenen Lande abgehalten werden soll, ist wohl so selbstverständlich, daß ich nicht glaube, daß dem etwas entgegen werden kann. Drittens, daß auch während des Kampfes mit möglicher Autorität auf seine Beendigung im deutsch-nationalen Interesse hingewirkt werden solle. Das scheint mir auch von keiner Seite bekämpft worden zu seyn. Hier spielt nur der §. 11 nach der Anschauung einiger Mitglieder hinein; aber auch hier sind wenige Differenzen vorhanden und namentlich scheint die Regierung unsere Absicht vollkommen zu theilen. Sie hat gesagt, das Zusammengehen der süddeutschen Staaten sey das Hauptziel des Strebens der großen Regierung. Auch die Kommission hat diesem Momente ein großes Gewicht beigelegt. Auch wir sind der Ansicht, daß wir an die süddeutsche Staatengruppe angewiesen sind. Wir wollen aber hoffen, daß diese niemals die Politik einschlagen wird, welche nichts von Vermittlung wissen, sondern rücksichtslos den Weg der Bundeserfution, d. h. des Bürgerkrieges einschlagen will. Ich habe namentlich auf die Haltung der Regierung und des Volkes in Bayern volles Vertrauen. Den vierten Punkt, daß auch in dem Falle, wenn im Verlaufe des Krieges das Ausland sich einmischen und die Integrität des deutschen Bodens bedrohen sollte, mit der ganzen Kraft für die Rettung Deutschlands eingetreten werden könne, muß ich trotz der gegnerischen Ansicht aufrecht erhalten. Man hat gesagt, Napoleon werde lachen, wenn die Mittelstaaten mit ihrer Heeresmacht seiner Invasion entgegen treten wollten. Ich glaube dies deshalb nicht, weil ich hoffe, daß wenn es dazu kommt, wenigstens eine Großmacht, wenn auch nicht beide, unter das deutsche Banner zurückkehrt, und dann werden wir auch stark genug seyn, um einem auswärtigen Feinde zu begegnen. Ich habe schließlich noch die Hoffnung, man werde auf den Thronen in Berlin und Wien in der letzten Stunde noch zu der Einsicht kommen, daß man mit denjenigen Mitteln, welche man dort anwenden will, um dynastische Zwecke zu befördern, gerade das Umgekehrte erzielt, daß man dadurch dem monarchischen Prinzip die tiefsten Wunden schlägt, ja es vielleicht zu Grabe trägt. Wir aber wollen die nationale Fahne Deutschlands und der Freiheit hoch halten und vielleicht wird dann auch der Augenblick kommen, wo die beiden Großstaaten, die sich jetzt so feindselig gerüstet gegenüber stehen, veröhnt zu uns zurückkehren, um die größte Gefahr zu beseitigen, die Zerreißung unseres Vaterlandes.

Präsident: Vorbehaltlich der Abstimmung über die Anträge des Abgeordneten Eckhard wenden wir uns zur Beratung des Kommissionsantrages, welcher dahin geht:

- 1) den zum Ankauf von 1400 Militärpferden, sowie zur Unterhaltung derselben und der erforderlichen Mannschaft auf 8 Monate außerordentlicher Kredit von 1,070,800 fl. zu bewilligen,
- 2) die große Regierung zu ermächtigen, von dieser Summe den für die letzten zwei Monate zur Unterhaltung von Pferden und Mannschaft in Ansaß gebrachten Betrag von rund 130,000 fl. für Ausbildung von zu Unteroffizieren bestimmter Mannschaft zu verwenden.

„Die Diskussion ist eröffnet.“

Da sich Niemand zum Wort meldet, schreiten wir zur Abstimmung und ich bitte die Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind, sich zu erheben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den Anträgen des Abgeordneten Eckhard. Der erste geht dahin:

Auf die schnelle Einberufung eines nach dem Wahlgesetz vom Jahr 1849 zu bildenden deutschen Parlaments mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dringen.

Wer damit einverstanden ist, wolle sich erheben.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Der zweite Antrag geht dahin:

Zur Durchführung der deutschen Bundesreform und zu einer dem Rechte und den nationalen Interessen Deutschlands entsprechenden Lösung der schleswig-holsteinischen Fragen die Erhöhung der vorhandenen Streitkräfte durch Organisirung einer das Heer ergänzenden Volkswehr vorschlagen.

Auch dieser Antrag ist angenommen.

Schaaff: Ich habe ihm nicht zugestimmt.

Präsident: Es sind zwei Herrn sitzen geblieben. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

